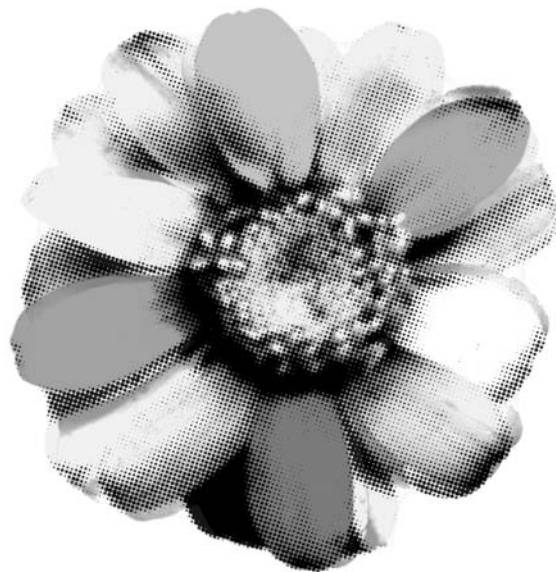


INTEGRATIONSKONZEPT FÜR DIE STADT BOCHUM



ENTWURF ZUR INTEGRATIONSKONFERENZ AM 27. 10. 2007

Berichte der Fachforen im Rahmen des Integrationskonzeptes der Stadt Bochum



INHALTSVERZEICHNIS

Inhaltsverzeichnis	S. 3
Vorwort	S. 5
Exemplarische Maßnahmen	S. 7
BERICHTE DER FACHFOREN	
Fachforum Bildung	S. 9
Fachforum Sprachförderung	S. 50
Fachforum Beschäftigung	S. 75
Fachforum Wohnen	S. 85
Fachforum Kinder- und Jugendarbeit	S. 100

Vorwort

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Bochumerinnen und Bochumer,

die Stadt Bochum ist vor einem Jahr angetreten, die Integration von Mitbürgern mit Migrationshintergrund zu verbessern. Die erste Bochumer Integrationskonferenz am 15.09.2006 war der viel versprechende Startschuss für einen Arbeitsprozess, an dem sich bis zu zweihundert haupt- und ehrenamtlich mit dem Thema „Integration“ befasste Bürgerinnen und Bürger beteiligt haben.

Heute sehen wir mit Freude und Stolz, dass Akteure aus der Migrationsarbeit, der Politik und der Verwaltung die Grundlagen für eine bessere Integration geschaffen haben. Seit der ersten Integrationskonferenz wurde regelmäßig in fünf Fachforen mit dem Ziel getagt, eine auf den jeweiligen Bereich bezogene Bestandserhebung an Angeboten durchzuführen. Zudem wurden denkbare Handlungsziele diskutiert und ein Konsens über priorisierte Ziele herbeigeführt. Schließlich entwickelten die beteiligten Akteure der Fachforen Maßnahmen, die zur Zielerreichung führen sollen.

Vor Ihnen liegt nun ein Entwurf, der die Berichte der fünf Fachforen zusammenfasst. Wir bitten Sie um kritische Würdigung und sind offen für Ihre Anregungen und Verbesserungsvorschläge. Vor den Berichten haben wir in einem Vorblatt erste priorisierte Maßnahmen der Fachforen zusammengefasst, die aus unserer Sicht der baldigen Abstimmung und Umsetzung bedürfen.

Exemplarische Maßnahmenvorschläge aus den Fachforen

Fachforum Bildung

Interkulturelle Begegnungsstätte („Haus der Kulturen“)

Einrichtung einer „Interkulturellen Begegnungsstätte“, die der zentralen Unterbringung von Hilfs- und Beratungsangeboten wie Sprachkurs, Hausaufgabenhilfe, Berufsberatung, Gesundheitsberatung, Rechtsberatung etc. und als Veranstaltungsort für Konzerte, Lesungen, Theater- und Kabarettaufführungen, Diskussionsrunden, Filmvorführungen, Diavorträge, Elterncafes, Tanzabende und Feste von Vereinen und Gesellschaften dient. Diese Begegnungsstätte ist das neue Zuhause aller Bochumerinnen und Bochumer.

Integrationsmanager/innen

Einsatz von sechs Integrationsmanagern/innen zur Mediation, Übersetzung und Hilfestellung in allen Arbeitsfeldern, die die frühkindliche, vorschulische, schulische und außerschulische Integration und Bildung betreffen. Integrationsmanager/innen unterstützen die Integrationsarbeit im Stadtbezirk und wirken vernetzend für alle Beteiligten (Klientel / Professionelle / Dritte).

Fachforum Sprachförderung

Kampagne „Mein Kind ist mehrsprachig- Ihres auch?“/ Bochum ist mehrsprachig

Plakataktion zur Förderung der positiven Wahrnehmung von Mehrsprachigkeit

Die Maßnahmen zur Förderung der Mehrsprachigkeit sowie der muttersprachlichen Kompetenzen von Kindern mit Migrationshintergrund werden von einer gezielten Öffentlichkeitsarbeit begleitet und unterstützt. Die Kampagne setzt die vorhandene Mehrsprachigkeit in ein neues Licht. Das Bewusstsein für den Wert von Mehrsprachigkeit wird bei allen Eltern (mit oder ohne Migrationshintergrund) geweckt und gefördert.

"Anschlüsse für Abschlüsse"

Einrichtung von Deutschkursen auf den hohen Niveaustufen B2-C2 des Gemeinsamen Europäischen Referenzrahmens im Anschluss an den ersten Bildungsweg. Die Sprachkurse erfolgen in Verbindung mit Grundkursen in Mathematik und Englisch. Die Förderung in Modulen berücksichtigt individuelle Lernstände. Sie ermöglicht die schnelle Integration in reguläre (höhere) Schulabschlusskurse und andere Ausbildungslehrgänge.

Fachforum Beschäftigung

Netzwerkmanager/innen

Einsatz eines Netzwerkmanagers (One Stop Agency), der für alle Träger aus dem Bereich Integration / Migration Dienstleister, Ansprechpartner und Netzwerker ist. Netzwerkmanager/innen unterstützen und steuern die kommunalen und freien Trägeraktivitäten im Bereich Beschäftigung für Menschen mit Migrationshintergrund.

Fachforum Wohnen

Quartiersmanager/innen

Einsatz von jeweils zwei Quartiersmanagern/innen in fünf Stadtteilen (räumliche Lage vgl. Sozialbericht 2005) zur Unterstützung und Initiierung von Maßnahmen zur Verbesserung der Lage der Bevölkerung mit und ohne Migrationshintergrund in diesen besonders benachteiligten Stadtteilen. Quartiersmanager unterstützen die Bevölkerung in den benachteiligten Stadtvierteln, sind Ansprechpartner und Unterstützer für alle Beteiligten und wirken als Netzwerker zur Erzeugung von Synergieeffekten und zur Verbesserung der Integration in den Stadtteilen.

Fachforum Arbeit mit Kindern und Jugendlichen

Geschlechterdifferenzierte Arbeit mit Angeboten für Jungen und Mädchen

Eine geschlechterdifferenzierte Arbeit mit Jungen und Mädchen muss in den Einrichtungen der Kinder- und Jugendarbeit beibehalten werden. Insbesondere Mädchen und junge Frauen mit Migrationshintergrund sind stärker ganzheitlich zu unterstützen, damit sie eigene Lebenspläne entwickeln können, autonom werden und sich von diskriminierenden Rollenvorstellungen lösen können. Ebenso haben die Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe Jungen und jungen Männern Alternativen zu ihren traditionellen Rollenbildern anzubieten, um Anerkennung und Selbstbestimmung zu fördern.

Fachforum <u>Bildung</u>	9
<u>1. Die allgemeinen Leitziele des Fachforums Bildung</u>	<u>10</u>
<u>2. Teilziele, Bestandsaufnahme und Maßnahmvorschläge</u>	<u>14</u>
<u>2.1. Elementarbereich</u>	<u>14</u>
<u>2.1.1. Teilziele</u>	<u>15</u>
<u>2.1.2. Bestandsaufnahme</u>	<u>20</u>
<u>2.1.3. Maßnahmvorschläge</u>	<u>21</u>
<u>2.2. Primarbereich</u>	<u>23</u>
<u>2.2.1. Teilziele</u>	<u>24</u>
<u>2.2.2. Bestandsaufnahme</u>	<u>27</u>
<u>2.2.3. Maßnahmvorschläge</u>	<u>28</u>
<u>2.3. Sekundarbereich</u>	<u>31</u>
<u>2.3.1. Teilziele</u>	<u>31</u>
<u>2.3.2. Bestandsaufnahme</u>	<u>34</u>
<u>2.3.3. Maßnahmvorschläge</u>	<u>37</u>
<u>2.4. Erwachsenenbereich</u>	<u>39</u>
<u>2.4.1. Teilziele</u>	<u>39</u>
<u>2.4.2. Bestandsaufnahme</u>	<u>42</u>
<u>2.4.3. Maßnahmvorschläge</u>	<u>43</u>
<u>Übergreifende Maßnahmen</u>	<u>45</u>
<u>Verwendete Literatur</u>	<u>48</u>

Bildung

In der heutigen Wissensgesellschaft sind vor allem Bildung, Ausbildung und lebenslanges Lernen die wichtigsten Voraussetzungen für individuelle Zukunftschancen, Arbeitschancen, gesellschaftliche Teilhabe und Integration.¹ Demnach kommt dem gesamten Bildungssystem eine Schlüsselfunktion für das langfristige Gelingen eines gesellschaftlichen Integrationsprozesses zu. In dieser Funktion hat das Bildungssystem Voraussetzungen dafür zu schaffen, allen Bürgern und Bürgerinnen, unabhängig von ihrer ethnischen und kulturellen Herkunft, Angebote anzubieten, die einer gleichberechtigten Teilhabe an Bildung und einer optimalen Förderung entgegenkommen.² Die formale Gleichstellung von Migranten und Migrantinnen in Bezug auf den Zugang zu Bildungsangeboten und -einrichtungen gegenüber deutschen Bürgern und Bürgerinnen gewährleistet jedoch keineswegs die Verwirklichung von Bildungsgerechtigkeit und Chancengleichheit innerhalb des Bildungssystems. Vielmehr müssen zur Förderung der Bildungsgerechtigkeit und Chancengleichheit niederschwellige, langfristig ausgelegte und finanzierte Projekte und Angebote fest in das Bildungssystem implementiert werden, um Integration gelingen zu lassen.

Diese Projekte und Angebote lassen sich aus einem Ziel- und Maßnahmenkatalog ableiten, den das Fachforum Bildung innerhalb eines Jahres erarbeitet hat. Das gesamte Forum setzte sich aus einer Gruppe von Teilnehmern und Teilnehmerinnen zusammen, deren Vielfalt an Erfahrungen und Expertisen zu lebhaften und fruchtbaren Diskussionen sowie konkreten Formulierungen von Leitzielen führte. Diese Leitziele galten als Grundlage des Erarbeitungsprozesses zur Festlegung von Teilzielen und den darauf aufbauenden Maßnahmen in den jeweiligen Schwerpunktbereichen.

1. Die allgemeinen Leitziele des Fachforums Bildung

***Leitziel 1:** Wechselseitige Anerkennung aller in Bochum lebenden Menschen fördern durch interkulturellen Austausch und interkulturelle Bildung*

Allen in Bochum lebenden Bürgern und Bürgerinnen muss eine gleichberechtigte Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ermöglicht werden. Dazu bedarf es einer wechselseitigen Anerkennung kultureller Vielfalt mit ihren unterschiedlichen Lebenswelten, Wertvorstellungen, Traditionen, Bräuchen und Sitten. Die Anerkennung multikultureller Vielfalt und der regelmäßige Austausch innerhalb dieser Vielfalt ist Voraussetzung für ein funktionierendes Zusammenleben. Zur Förderung dieser Anerkennung muss eine

¹ Frei zitiert nach Schavan (2007); <http://www.bmbf.de/de/411.php>; 16.09.2007, 10.35 Uhr

Interkulturelle Bildung und Erziehung als Querschnittsaufgabe aller Bereiche der Erziehungswissenschaft und der pädagogischen Praxis verstanden werden³. Besonders eine Auseinandersetzung mit den Folgen der Migration und Globalisierung für Bildung und Erziehung sowie mit der Frage nach dem Umgang mit sprachlicher, ethnischer, nationaler und kultureller Heterogenität ist notwendig.

Zudem muss interkulturelle Bildung als Entwicklungsaufgabe gesehen werden, an der alle im Bereich Bildung und Erziehung Tätigen sich beteiligen müssen, um auf die Veränderungen der Strukturen einwirken zu können.⁴

Die Teilnehmer und Teilnehmerinnen des Fachforums Bildung haben dazu folgende Punkte aufgelistet:

- ⇒ interkulturellen Austausch und interkulturelles Zusammenleben fördern
- ⇒ gegenseitigen Respekt vor religiöser und kultureller Andersartigkeit fördern
- ⇒ Sensibilität für Diskriminierung fördern
- ⇒ interkulturelle Verständigung fördern
- ⇒ interkulturelle Begegnung als Unterrichtsthema aufnehmen
- ⇒ interkulturellen und interreligiösen Dialog fördern
- ⇒ schulische Sprachförderung durchführen
- ⇒ Berufsbildung für Migranten und Migrantinnen verbessern
- ⇒ Austausch zwischen der Mehrheitsbevölkerung und den Zuwanderern verbessern
- ⇒ den Dialog zwischen Bildungseinrichtungen und Eltern mit Migrationshintergrund fördern
- ⇒ Zusammenarbeit mit den Eltern verbessern

Leitziel 2: Chancengerechtigkeit erreichen durch frühzeitige und vielseitige Förderung lebenslangen Lernens

Lernen ist das wesentliche Werkzeug zum Erlangen von Bildung und damit für die Gestaltung individueller Lebens- und Arbeitschancen.⁵ Lernen ist nicht nach Schule, Ausbildung oder Studium abgeschlossen, sondern wird als fortlaufender Prozess betrachtet,

² siehe auch: Bothmer et al. (2002), S. 94

³ vgl. Krüger-Potratz (2005), S. 30

⁴ ebd.

⁵ Vgl. <http://www.bmbf.de/de/411.php>; 16.09.2007, 10.35 Uhr

der sich durch das ganze Leben zieht.⁶ Lebenslanges Lernen verhilft ebenfalls dazu, den Zusammenhalt in der Gesellschaft zu stärken und Ausgrenzung soweit wie möglich zu vermeiden.⁷ Dazu muss durch frühzeitige und vielseitige Förderung aller in Bochum lebender Bürger und Bürgerinnen die Bildungsteilhabe erhöht werden, um jedem einzelnen Menschen die Chancen zur persönlichen, seinen Begabungen entsprechenden, gesellschaftlichen und beruflichen Entwicklung zu ermöglichen.⁸ Gleichzeitig muss das lebenslange Lernen als eine Grundvoraussetzung zur Erreichung der Chancengerechtigkeit verstanden werden. Im Besonderen muss dabei im Fokus der Chancen- und Bildungsgerechtigkeit das Bemühen stehen, den individuellen Bildungsmöglichkeiten von Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen gerecht zu werden.⁹

Die Teilnehmer und Teilnehmerinnen des Fachforums Bildung haben dazu folgende Punkte aufgelistet:

- ⇒ Studierende mit Migrationshintergrund fördern
- ⇒ Frühförderung ausbauen
- ⇒ Chancengleichheit erreichen
- ⇒ Bildungsarbeit im Elternhaus unterstützen
- ⇒ Muttersprache und Zweitsprache Deutsch vom Elementarbereich an fördern
- ⇒ schulische Sprachförderung durchführen
- ⇒ Zusammenarbeit mit den Eltern verbessern

Leitziel 3: Schaffung verbindlicher, transparenter und nachhaltiger Strukturen zur Erreichung von Bildungsgerechtigkeit und Emanzipation

Einschlägige Studien (PISA u.a.) bringen derzeit immer häufiger hervor, dass fehlende Bildungsgerechtigkeit zu den Hauptdefiziten des deutschen Bildungssystems gehört. Die Teilhabechancen an Bildung aller Lernenden, im Besonderen der Lernenden mit Migrationshintergrund, werden soweit von Disparitäten verringert, dass in Folge dessen die Bildungskarriere des Einzelnen erheblich von seiner Herkunft determiniert ist.¹⁰

Entgegenwirkend müssen deshalb verbindliche, transparente und nachhaltige Organisationsstrukturen für die Integrationsförderung geschaffen werden, um zum einen

⁶ vgl. Välijärvi (2007), S. 104

⁷ vgl. <http://www.bmbf.de/de/411.php>; 16.09.2007, 10.38 Uhr

⁸ frei zitiert nach: <http://www.bmbf.de/de/411.php>; 16.09.2007, 10.40 Uhr

⁹ vgl. Schweitzer (2007), S. 57

¹⁰ vgl. Blossfeld et al. (2007), S. 135

Bildungsgerechtigkeit und zum anderen die Emanzipation dieser Disparitäten erreichen zu können, die das rationale, emotionale und soziale Handeln beschränken.¹¹

Die Teilnehmer und Teilnehmerinnen des Fachforums Bildung haben dazu folgende Punkte aufgelistet:

- ⇒ Unterrichtseinheiten zum Thema Zuwanderung in den Lehrplan einbinden
- ⇒ faire Kosten und Elternbeiträge einführen
- ⇒ für den interkulturellen Austausch Infrastruktur und Räume anbieten
- ⇒ Vortragsreihen in den Bildungsinstitutionen anbieten
- ⇒ Beschäftigung von Migranten und Migrantinnen im Bildungssystem fördern
- ⇒ Ganztagschulen qualitativ ausbauen
- ⇒ kostenlosen Kindergarten ermöglichen
- ⇒ Zugangshindernisse abbauen und -voraussetzungen fördern
- ⇒ Bildungs- und Beratungsangeboten koordinieren und vernetzen
- ⇒ Integration als Fortbildung für alle im Bildungsbereich Tätigen verpflichtend machen
- ⇒ Erzieher- und Lehrerausbildung reformieren
- ⇒ Sprachförderung verbindlich und systematisch gestalten
- ⇒ Familienzentren errichten
- ⇒ weg vom selektierenden Schulsystem hin zu mehr Förderung gelangen
- ⇒ die Bildungsarbeit institutionsübergreifend aufeinander abstimmen und fortsetzen
- ⇒ bundesdeutsche Bildungspolitik an erfolgreichen ausländischen Vorbildern orientieren
- ⇒ Zusammenarbeit mit den Eltern verbessern

Leitziel 4: Verstärkung der Partizipation von Menschen mit Migrationshintergrund in allen Lebensbereichen, insbesondere im Bildungssystem

Integration ist ohne Partizipation nicht möglich. Partizipation ohne Integration ebenfalls nicht!¹²

¹¹ vgl. Lexikon der Sozialpädagogik und der Sozialarbeit (1994)

¹² frei zitiert nach Laschet (2005): Rede des Ministers für Generationen, Familie, Frauen und Integration des Landes Nordrhein-Westfalen Herrn Armin Laschet anlässlich der Hauptausschusssitzung der Landesarbeitsgemeinschaft der kommunalen Migrantenvertretungen NRW (LAGA NRW) am 12. November 2005 in Eschweiler

Die Verbesserung der politischen Beteiligung von Migranten und Migrantinnen ist ein wesentlicher und unverzichtbarer Beitrag zur Integration. Sie kann nur dann gelingen, wenn Bürger und Bürgerinnen mit Migrationshintergrund nicht nur als Objekt der Politik gesehen werden, sondern ihnen die Möglichkeit gegeben wird, auf demokratischer Handlungsebene mitzuwirken. Zudem muss der Abbau von Ausgrenzung und Diskriminierung durch gleichberechtigte Teilhabe in allen Lebensbereichen sichergestellt und gefördert werden. Speziell muss an dieser Stelle die Förderung der Partizipation im Bildungssystem etabliert werden.

Die Teilnehmer und Teilnehmerinnen des Fachforums Bildung haben dazu folgende Punkte aufgelistet:

- ⇒ Erwachsenenbildung und damit Elternbildung besonders für Migranten und Migrantinnen fördern
- ⇒ Wünsche / Bedürfnisse ermitteln
- ⇒ Sprachförderung durchführen
- ⇒ interkulturelle Kompetenzen aufwerten und nutzen
- ⇒ Partizipation der Eltern in der Schule und der Gesellschaft fördern
- ⇒ Migranten und Migrantinnen in verschiedenen Lebenssituationen fördern
- ⇒ politische und soziale Aufklärung / Beratung verbessern
- ⇒ Zusammenarbeit mit den Eltern verbessern
- ⇒ politische Beteiligung erhöhen

2. Teilziele, Bestandsaufnahme und Maßnahmenvorschläge

Die Leitziele wurden zur Konkretisierung in den Arbeitsgruppen „Elementarbereich“, „Primarbereich“, „Sekundarbereich“ und „Erwachsenenbildung“ weiter bearbeitet.

Im Folgenden werden die erarbeiteten Teilziele, Bestandsaufnahmen und Maßnahmenvorschläge zur Erreichung einer erfolgreichen Integration innerhalb der Schwerpunktbereiche des Fachforums vorgestellt:

2.1. Elementarbereich

Das elementare Bildungssystem muss mit zunehmender Pluralisierung und Heterogenität der Gesellschaft als multikultureller Lernort betrachtet werden; die Elementarpädagogik kann als eine „*Pädagogik der Vielfalt*“¹³ verstanden werden, die sich zum Ziel gesetzt hat, interkulturelle Bildung und Erziehung in allen Einrichtungen für Familien und ihre Kinder von 0-6 Jahren fest zu implementieren.

2.1.1. Teilziele

Leitziel 1: *Wechselseitige Anerkennung aller in Bochum lebenden Menschen fördern durch interkulturellen Austausch und interkulturelle Bildung*

Interkulturelle Bildung und Erziehung ist die pädagogische Antwort auf eine multikulturelle Gesellschaft. Sie umschreibt einen interaktiven Prozess, der die Entwicklung interkultureller Kompetenz ermöglicht.¹⁴ In der frühkindlichen Pädagogik hat sie die Funktion, die multikulturelle Lebenswelt der Kinder, ihrer Eltern, ihrer ganzen Familien lebenswert und erfahrungsreich zu gestalten.¹⁵ Das kann nur gelingen, wenn Grundlagen geschaffen werden, die einen interkulturellen Austausch und eine wechselseitige Akzeptanz ermöglichen. Die Teilnehmer aus dem Schwerpunktbereich haben dazu folgende Teilziele formuliert, die diesen Prozess aktiv leiten sollen. Zur Aktivierung des Prozesses sind vor allem die Eltern und die Elternarbeit vonnöten. Dazu wird die leitzielspezifische Elternarbeit explizit formuliert.

Allgemeine Teilziele:

- ⇒ Kennenlernen anderer Kulturen, Lebenswelten, Bräuche, Feste und Sprachen
- Interesse an anderen Kulturen wecken mit gemeinsamem Spielen, Ausflügen, gemeinsamem Kochen und Essen, Feste feiern...
- Anschaffung von interkulturellem pädagogischen Material zum Einsatz im Elementarbereich (Bücher, Spiele...)
- Interesse an anderen Sprachen wecken mit Spielen und Liedern, durch das Erlernen von alltäglichen Worten und Sätzen in anderen Sprachen
 - ⇒ Andersartigkeit, Anderssein und Andersaussehen kennen, akzeptieren und schätzen lernen
- gemeinsame Feste feiern, um andere Lebensweisen und Religionen kennen und verstehen zu lernen
- Gespräche führen
- Themenaktionen, -tage und -wochen organisieren
- Spielmaterial, z.B. Spiele, Puppen in verschiedenen Hautfarben, Bilderbücher etc. anschaffen und einsetzen
- Selbstwertgefühl stärken, zum Anderssein stehen, Anerkennung aller Kulturen und Sprachen als gleichwertig schätzen lernen

¹³ Blaschke (2006), S. 69

¹⁴ vgl. Filtzinger (2006), S. 216

¹⁵ ebd., S. 217

⇒ Vorurteilen begegnen, Vorurteile abbauen, Toleranz und gegenseitigen Respekt fördern

- gemeinsame Interessen aller Eltern betonen und fördern (z.B. in den Bereichen allgemeines Wohlergehen von Kindern, Fördermöglichkeiten, Gesundheit, Sicherheit...)
- interkulturelle (wechselseitige) Orientierung fördern
- interkulturelle Einrichtungen für deutsche Eltern interessant machen (z.B. durch zusätzliche Angebote, kleinere Gruppen, besonders geschultes Personal)
 - ⇒ Netzwerke mit anderen Institutionen aufbauen und pflegen
- sozialraumorientierte Arbeit in Form von Kulturarbeit, sozialer Beratung etc. aufbauen
- Kontakte mit Vereinen, Institutionen (auch Moschee-Vereinen...) aufbauen
- stadtteilübergreifende Angebote gezielt ausbauen, um weitreichende Begegnungen zu ermöglichen
- stadtteil- und trägerübergreifenden Austausch zwischen den Einrichtungen fördern

Teilziele für die Elternarbeit:

- ⇒ Eltern informieren, sensibilisieren und unterstützen
- über tradierte Überzeugungen kommunizieren:
 - Entwicklungsverläufe – Wie entwickeln sich Kinder?
 - Wie können Eltern zu einem positiven Selbstwertgefühl ihrer Kinder beitragen?
 - Warum ist „Lernen lernen“ so bedeutsam? Wie können Eltern die Sprachkontakte ihrer Kinder ausweiten und damit zum Gelingen der Zweisprachigkeit beitragen?
 - Wie können Geschwisterkinder effektiv voneinander lernen?
- ⇒ Eltern als Experten in die Arbeit mit einbeziehen
- Austausch zwischen den Eltern und den Einrichtungen fördern
- Eltern in die Vorbereitungen einzelner Angebote mit einbeziehen
- Eltern durch das Übertragen von vertrauensvollen Aufgaben anerkennen und respektieren
- ⇒ Aufklärung über und Vermittlung des deutschen Bildungssystems
- Eltern-Kind-Sprachkurse durchführen
- Sprachkurse für Eltern während der Kindergartenzeit durchführen

- Einsicht in die Notwendigkeit des Erlernens der deutschen Sprache für Eltern und Kinder vermitteln
- Informationsveranstaltungen anbieten

Leitziel 2: Chancengerechtigkeit erreichen durch frühzeitige und vielseitige Förderung lebenslangen Lernens

Kinder müssen schon frühzeitig im vorschulischen Bereich die Kompetenzen entwickeln, die für ein gleichberechtigtes Leben in einer multikulturellen Gesellschaft nötig sind.¹⁶

Kindertageseinrichtungen können zu dieser Entwicklung, unabhängig vom familiären Hintergrund, wichtige Beiträge liefern.¹⁷ Aber auch Familienbildungsstätten, Vereine, Frühförder- oder Beratungsstellen haben mit ihren vielseitigen Angeboten für Familien und Kindern von Geburt an erheblichen Einfluss auf die frühkindliche Bildung.

*„Rechtliche Grundlage für die interkulturelle Bildung und Erziehung ist die Beachtung der internationalen Konventionen der Kinderrechte, vor allem auf das Recht auf Bildung, auf kulturelle und religiöse Identität, auf die Muttersprache, auf Chancengleichheit in Erziehungs- und Bildungseinrichtungen“.*¹⁸

Somit ergibt sich für die Interkulturalität eine rechtliche und sozialpolitische Herausforderung sowie eine sozialpädagogische Gestaltungsaufgabe, die in der frühen Kindheit ansetzt und sich durch die gesamte Entwicklung jedes Einzelnen zieht.

Allgemeine Teilziele:

- ⇒ Eltern vermitteln, dass sie durch ihr Verhalten und ihre gezielte, frühzeitige Unterstützung und Förderung einen großen Beitrag für eine gute Zukunft ihrer Kinder in unserer Gesellschaft leisten können (wichtig für Familien aller Nationen)
- ⇒ Vielseitige Angebote von Geburt an für Familien schaffen

Sprachunabhängige Bildung

- Bildung in allen Bereichen (Mathematik, Naturwissenschaften, Ästhetik, Motorik, Gesundheit...) anbieten
- Medienkompetenz fördern

¹⁶ vgl. Brockmann (2006), S. 121; Blaschke (2006), S. 67ff.

¹⁷ vgl. Tietze in Bothmer (2002), S. 125

¹⁸ Filtzinger (2006), S. 223

- Besuche kultureller Veranstaltungen, wie Besuch eines Museums, Theaters, einer Musikschule etc. anbieten
- gemeinsame Freizeitaktivitäten gestalten
- Eltern-Kind-Gruppen von der Geburt an bis zur Kindergartenzeit schaffen und durchführen

Sprachliche Bildung

- Bedeutung der Muttersprache für das Erlernen der deutschen Sprache betonen
- Sprachförderkurse anbieten und durchführen
- Erzähl-, Gesprächs- oder Vorlesekreise anbieten sowie die Wichtigkeit dieser Komponenten der Sprache vermitteln
- Besuche von Büchereien anbieten und durchführen
- Besuche von Eltern-Kind-Gruppen vor der Kindergartenzeit anbieten und durchführen
- Literacy-Förderung

Teilziele für die Elternarbeit:

- ⇒ Eltern im Umgang mit ihren Kindern anleiten und unterstützen
- fördernde Spielmaterialien vorstellen
- zum Spielen anleiten
- in der zweisprachigen Erziehung unterstützen
- ⇒ Informationsveranstaltungen
- zur Zweisprachigkeit
- zum deutschen Bildungssystem
- zu Behörden
- zu Medien
- zu allen Themen des Familienalltags
- ⇒ die Bedeutung des Erlernens der deutschen Sprache für eine gute Zukunft in der Gesellschaft vermitteln
- ⇒ den Kontakt und den Austausch der Familien untereinander fördern

Leitziel 3: Schaffung verbindlicher, transparenter und nachhaltiger Strukturen zur Erreichung von Bildungsgerechtigkeit und Emanzipation

Das Gelingen, interkulturelle Dimensionen in die frühkindliche Bildung und Erziehung einzuführen und zu verankern, ist im Wesentlichen von der Ausbildung zur Interkulturellen

Kompetenz der pädagogischen Fachkräfte abhängig. Eine Schlüsselfunktion hat diesbezüglich die Bildung von multikulturellen und mehrsprachigen Teams. Zudem ist die interkulturelle Bildungsgestaltung ohne das Mitwirken von Menschen mit Migrationshintergrund nicht möglich. Wirkungsvoll ist eine gegenseitige Öffnung und gemeinsame Zusammenarbeit aller gesellschaftlichen Institutionen, wie der Familie, der Stadtteilarbeit, des Gemeinwesens, der Schule etc.¹⁹

Allgemeine Teilziele:

- ⇒ Qualifizierung des Personals
 - Interkulturelle Kompetenz vermitteln
 - Information und Auseinandersetzung mit Sprachentwicklung und Mehrsprachigkeit anbieten
 - Beobachtungskompetenz unter den Aspekten entwickeln: Wie wird beobachtet, was wird beobachtet und welche Konsequenzen hat dies auf die Bildungs- und Erziehungssituation?
- ⇒ Netzwerkarbeit mit verschiedenen Institutionen
 - mit Beratungsstellen, Ärzten, Logopäden, Frühförderstellen, Hochbegabtenstellen etc. zusammenarbeiten
 - verbindliche Strukturen der Einrichtung für die Übergänge im Elementarbereich (Familienbildung – Kindergarten – Grundschule) schaffen
 - Ehrenamtlichkeit nutzen
- ⇒ langfristige Bündelung von Kompetenz, Sprache und Know-how
 - Qualitätssicherung implementieren
 - Professionalität sicherstellen
- ⇒ zusätzliche Qualifikationen bzw. qualifizierteres Personal für besondere Anforderungen für die Arbeit in interkulturellen Einrichtungen
 - Personal qualifizieren (mehrsprachiges Personal etc.)
 - Integrationsmanager / Intergrationsmanagerin zur Unterstützung der Einrichtungen mit erhöhtem Bedarf (hoher Anteil an Kindern / Familien mit Migrationshintergrund) einsetzen

Teilziele für die Elternarbeit:

- ⇒ kostengünstige Angebote zur Unterstützung aller Eltern schaffen durch kommunale Mittel oder Landesmittel

¹⁹ vgl. Filtzinger (2006), S. 221f. angelehnt an den zwölften Kinder- und Jugendbericht „Zur Qualifikation der Erzieherinnen und Erzieher für eine interkulturell gestaltete Elementarerziehung“ (Neumann, 2005)

Leitziel 4: Verstärkung der Partizipation von Menschen mit Migrationshintergrund in allen Lebensbereichen, insbesondere im Bildungssystem

Allgemeine Teilziele:

- ⇒ offene Treffpunkte zur Begegnung schaffen
 - in Kindergärten, Familienzentren, Stadtteilzentren (diese sollen als Anlaufstelle fungieren)
- ⇒ niederschwellige Freizeitangebote schaffen
 - Cafés einrichten
 - Ausflüge ausrichten
 - Unternehmungen wie Theaterbesuche etc. anbieten
 - gemeinsames Kochen und Essen
 - Angebote wie Kreativkurse etc. festschreiben
- ⇒ Sprachförderung
 - Sprachkurse für Erwachsene durchführen
 - Sprachförderung für Kinder durchführen
 - Literacyförderung (Förderung der Erzählfähigkeit, Förderung der phonologischen Bewusstheit als Vorläuferfähigkeit des Leserechtschreibprozesses) durchführen
- ⇒ Kontakte zu einzelnen Familien und Personen aufbauen und pflegen (Tür- und Angelgespräche)
- ⇒ die ganze Familie im Blick haben:
 - Eltern, Geschwister, Großeltern, Familienmitglieder beider Geschlechter
- ⇒ Kontakte zu Vereinen und Religionsgemeinschaften
 - sich mit den Ideen verschiedener Einrichtungen auseinandersetzen und diese umsetzen

2.1.2. Bestandsaufnahme

Folgende Projekte werden gegenwärtig für die Bürger und Bürgerinnen der Stadt Bochum angeboten.

(Diese exemplarische Auswahl bezieht sich speziell auf die von den Teilnehmern und Teilnehmerinnen formulierten Leitziele und Teilziele)

Projekt Rucksack – Elternbildung und Sprachförderung durch die RAA Bochum

Das Rucksackprogramm zielt auf die Förderung der Muttersprachenkompetenz, auf die Förderung der deutschen Sprache und auf die Förderung der allgemeinen kindlichen Entwicklung ab. Das Programm ist ein Elternbildungsprojekt, das in Bochum von Kindertageseinrichtungen und Grundschulen in Türkisch und Russisch durchgeführt wird. Durch Anleitung und mit Hilfe von Arbeitsmaterialien werden die Mütter einmal pro Woche, jeweils 2 Stunden, auf die Förderung der Muttersprache vorbereitet. In den wöchentlichen Treffen lernen sie den Wert von Literatur, Bilderbüchern, Liedern, den Wert des Spielens und Malens sowie der Verbindung von Sprache und Handeln für die Entwicklung ihres Kindes in der alltäglichen Beschäftigung kennen.

Integratives Elterncafé – Falkenheim Akademiestraße

Das Falkenheim Akademiestraße bietet ein religions- und kulturübergreifendes Integratives Elterncafé an, in dem Mütter und Väter aus verschiedenen Nationen zusammen mit ihren Kindern ihre sprachlichen und sozialen Kontakte ausweiten können. Die Maßnahmen beziehen sich auf regelmäßige Beratungsangebote, Durchführung von Freizeitangeboten, Informationsveranstaltungen und Herausgabe von Informationsmaterial. In dieser Einrichtung können Familien in Russisch, Polnisch, Englisch, Italienisch und Pakistanisch (Urdu) beraten werden.

Stadtteilspielgruppe für türkische Mütter und ihre Kinder von 1-3 Jahren – Familienbildungsstätte

Die Familienbildungsstätte der Stadt Bochum bietet insgesamt vier türkischsprachige Stadtteilspielgruppen für Mütter mit ihren Kindern im Alter von 1 bis 3 Jahren in unterschiedlichen Stadtbezirken an. In diesen Kursen erhalten die Mütter wichtige Informationen über die frühkindliche Entwicklung vor der Kindergartenzeit. Zudem geht es um den Austausch der Eltern untereinander, um die Vorbereitung auf den Kindergarten, um Spielanregungen und Sprachförderung. Unter Anleitung lernen Mütter Spiele und Aktivitäten kennen, die Kindern Spaß machen und gleichzeitig einen Lerneffekt haben. Das Konzept der Bochumer **Elternschule** ist wichtiger Bestandteil dieser Gruppen.

2.1.3. Maßnahmenvorschläge

Zur Umsetzung der Teilziele sollen die zuvor beispielhaft vorgestellten Maßnahmen weiterhin gefördert sowie folgende Maßnahmen zusätzlich in den Elementarbereich implementiert werden:

Einsatz von Integrationsmanagern:

Zum Aufbau eines vernetzten Gesamtkonzeptes zur Interkulturellen Bildung und Erziehung ist der Einsatz eines übergeordneten Integrationsmanagers / einer übergeordneten Integrationsmanagerin von wesentlicher Bedeutung. Diese Person soll Einrichtungen mit erhöhtem Bedarf Hilfestellung leisten, wenn es um die Ausgestaltung des alltäglichen Zusammenlebens verschiedener Kulturen geht.

Um ein gesamtes Netzwerk für die Stadt Bochum zu errichten, müsste für jeden Bezirk mit erhöhtem Migrantenanteil eine Stelle eingerichtet werden. Das ergibt ein Team von sechs hauptamtlichen Integrationsmanagern und -managerinnen. Die Aufgaben beziehen sich auf Organisation, Netzwerkarbeit im Bezirk, Sozialberatung, Koordination von Integrationsmaßnahmen, Elternarbeit, Vermittlung von Hilfe und Beratung. Sie beinhalten die Funktion eines Multiplikators für ehrenamtliche Integrationshelfer.

Die Stelle des hauptamtlichen Integrationsmanagers / der hauptamtlichen Integrationsmanagerin sollte von einer Person mit mindestens Fachhochschulabschluss in einem sozialen Studium besetzt werden. Die Teilnehmern und Teilnehmerinnen des Bildungsforums schlagen folgende Qualifikationen vor: Pädagogik mit einer Zusatzausbildung Interkulturelle Bildung und Erziehung, Lehramt mit der Zusatzqualifikation Interkulturelle Pädagogik und Deutsch als Zweitsprache, Sozialpädagogik, Sozialarbeit und soziale Arbeit. Weitere Voraussetzungen sollten Mehrsprachigkeit in Bezug auf die zielgruppenorientierte Mehrheitssprache sowie einschlägige Erfahrung im Bereich der interkulturellen Arbeit sein. Personell sollte diese Stelle in Jugendhilfezentren angesiedelt und mit städtischen Mitteln finanziert werden.

Diese hauptamtliche Tätigkeit soll ehrenamtlich z.B. durch im Kindergarten gewählte Eltern mit Migrationshintergrund unterstützt werden. Die Integrationshelfer sollen vor Ort Ansprechpartner sein und mit Unterstützung des hauptamtlichen Integrationsmanagers / der hauptamtlichen Integrationsmanagerin aktiv zur Interkulturellen Bildung und Erziehung beitragen.

Kooperationspartner sind Familienzentren, Schulen, Eltern-Kind-Projekte, Kindertagesstätten, Familienbildungsstätten, Beratungsstellen, das Gesundheitsamt, Vereine, Migrantenselbstorganisationen, Stadtteilzentren, das Integrationsbüro etc.

Installation eines trägerübergreifenden Arbeitskreises für Kindertageseinrichtungen und Grundschulen zur Interkulturellen Bildung und Erziehung

Mit diesem Arbeitskreis soll trägerübergreifend allen frühkindlichen Bildungseinrichtungen, wie Kindertageseinrichtungen, Beratungs- oder Förderstellen und Schulen die Möglichkeit gegeben werden, sich über die eigenen Erfahrungen in interkultureller Bildung und

Erziehung auszutauschen, weiterzubilden und zu qualifizieren. Das könnte unter anderem über eine gemeinsame Sammlung und Bearbeitung von Themen geschehen, aber auch über eine eigenständige Auseinandersetzung mit interkulturellen Materialien, um zu einer umfangreichen Expertise zu gelangen. Regelmäßige Besuche von Referenten des Fachreferentenpools²⁰ wären eine angemessene Ergänzung zur Erlangung Interkultureller Kompetenz.

Dieser Arbeitskreis zur Interkulturellen Bildung und Erziehung sollte vorläufig unter der Leitung des Integrationsbüros stehen, bis er in der Lage ist, sich selbst zu organisieren und zu verwalten. Die Auftaktveranstaltung soll für alle Interessenten gemeinsam ausgerichtet werden. Zu dieser Veranstaltung sollen die Zielvereinbarungen und das organisatorische Vorgehen beschlossen werden. Langfristig ist eine Aufteilung in Untergruppen möglich. Das soll jedoch im Rahmen des Arbeitskreises von den Teilnehmer und Teilnehmerinnen selbstständig entschieden werden.

Der Arbeitskreis sollte noch Ende 2007 eingerichtet werden.

Ausbau der Eltern-Kind-Arbeit

Der Ausbau der Eltern-Kind-Arbeit ist ein wesentlicher Beitrag zum interkulturellen Austausch. Gemeinsames Handeln auf multinationaler Ebene ermöglicht einen wechselseitigen Erfahrungsaustausch, viele Lernerfahrungen und kann zu neuen Kontakten führen. Die Eltern-Kind-Gruppen können ebenfalls dazu beitragen, dass Probleme des Familienalltags bearbeitet und Erfahrungen in der Kindererziehung diskutiert werden.²¹ Kinder und Eltern lernen in der Gruppe andere Kinder und Erwachsene kennen, sammeln soziale Erfahrungen, erleben Freude beim gemeinsamen Spielen und Feiern und machen neue Lernerfahrungen in angeleiteten oder freien Angebotsstrukturen.

Zur Weiterführung und Erweiterung von insgesamt fünf Internationalen Spielgruppen sowie Frühfördermaßnahmen (z.B. „Firstbooks“) sollte eine feste Finanzierung über 30.000 € im städtischen Haushalt veranschlagt werden. Im optimalen Falle sollte in jedem Stadtteil eine Eltern-Kind-Gruppe kontinuierlich und kostengünstig angeboten werden. Generell müssen Frühfördermaßnahmen fest im Bildungssystem verankert werden.

2.2. Primarbereich

Der Lebensraum Grundschule ist die erste verpflichtende Institution, die ein Kind im Bildungswesen durchläuft. Daher muss die Institution versuchen, in Zusammenarbeit mit allen Beteiligten, das Potenzial jedes einzelnen Schülers zu fördern. Für Kinder mit und ohne

²⁰ siehe übergreifende Maßnahme

²¹ vgl. Schnabel (1990), S. 25 ff.

Migrationshintergrund müssen langfristig erfolgreiche interkulturelle Maßnahmen entwickelt werden, die Bildungshemmnisse abbauen und Bildungsgerechtigkeit fördern²².

2.2.1. Teilziele

Die Teilnehmer und Teilnehmerinnen des Primarbereiches haben einen Ziel- und Maßnahmenkatalog erstellt, der in seiner Umsetzung für eine gelungene Integration der Kinder und ihren Familien notwendig ist.

Leitziel 1: Wechselseitige Anerkennung aller in Bochum lebenden Menschen fördern durch interkulturellen Austausch und interkulturelle Bildung

Interkulturalität gilt heute als wesentliche Schlüsselqualifikation für die berufliche Zukunft.²³ Interkulturelle Bildung und Erziehung in der Grundschule kann erheblich dazu beitragen, indem der im Elementarbereich begonnene interkulturelle Austausch in der Grundschule in Form von interkulturellem Lernen fortgesetzt wird. Neben dem Erwerb allgemeiner und fachbezogener Kenntnisse muss interkulturelle Kompetenz gefördert werden.²⁴

Teilziele:

- ⇒ Feste aus anderen Kulturen in der Schule gemeinsam feiern
- ⇒ das Schulleben für einen bestimmten Zeitraum (Tag, Woche, Monat) nach den kulturellen Bräuchen aus einem anderen Land gestalten
- ⇒ den Schulalltag mit Bräuchen aus anderen Kulturen wie z.B. Geburtstagsritualen bereichern
- ⇒ ein interkulturelles Programm für das Elterncafé gestalten
- ⇒ interkulturelle Freundschaften fördern
- ⇒ gegenseitige Einladungen der Kinder und Eltern organisieren
- ⇒ gemeinsame Mahlzeiten einnehmen und dabei über fremde Nahrungsmittel und fremdartig zubereitete Mahlzeiten ins Gespräch kommen
- ⇒ Vorlesezeiten (z. B. Vorlese Morgen) mit Texten aus verschiedenen Kulturen im Schulleben verankern
- ⇒ Ausleihmöglichkeiten von interkulturellen Texten in der Schülerbücherei anbieten

²² vgl. Gogolin (2003), S. 30

²³ vgl. Bothmer (2002), S. 115

²⁴ ebd., S. 114f.; Blaschke (2006), S. 58ff.

- ⇒ Eltern, Migrantenselbstorganisationen, Institutionen und Wohlfahrtsverbände aktiv bei der Vorbereitung und Gestaltung von interkulturellen Aktivitäten mit einbeziehen
- ⇒ über kulturelle Ereignisse, die manchen Kindern fremd sind, informieren
- ⇒ Erfahrungsbereiche von Zuwandererkindern in der täglichen Unterrichtsarbeit nutzen: Berichte über andere Länder, Essen, Rituale, Bräuche

Leitziel 2: Chancengerechtigkeit erreichen durch frühzeitige und vielseitige Förderung lebenslangen Lernens

Zur Erreichung einer Chancengerechtigkeit muss ein strukturierter Bildungsraum geschaffen werden, der frühzeitig anregungsreiche und begabungsfördernde Möglichkeiten schafft, in denen sich die Kinder die verschiedenen Bildungsgegenstände vieldimensional erschließen können, der unterschiedliche Zugänge zum Lernen eröffnet und individuelle Lernweisen berücksichtigt.²⁵

Teilziele:

- ⇒ Frühförderung mit interkulturellen Materialien und Konzepten anbieten
- ⇒ breite Basisförderung von allen Kindern anstreben (Musik, Bewegung, Kunst)
- ⇒ frühe Kontaktaufnahme der Schule mit den Einrichtungen und den Eltern zwei Jahre vor der Einschulung einrichten und die Wichtigkeit einer gezielten Vorschulförderung aufzeigen
- ⇒ Kompetenzen in den Bereichen Zwei-/Mehrsprachigkeit, Mathematik, Bewegung, Wahrnehmung, Lern-, Arbeits- und Sozialverhalten fördern
- ⇒ Leseförderung durch Vorlesepaten, Büchereibesuche, Ferien- und Theaterprojekte betreiben
- ⇒ eine Sammlung von Liedern, Spielen und Reimen erstellen

Leitziel 3: Schaffung verbindlicher, transparenter und nachhaltiger Strukturen zur Erreichung von Bildungsgerechtigkeit und Emanzipation

Voraussetzungen für Bildungsgerechtigkeit zu schaffen ist eine kooperative Aufgabe zwischen den Verantwortlichen der Schule, Elternschaft und Politik. Bei den Lehrern und Lehrerinnen ist eine personale, fachliche und interkulturelle Kompetenz gefragt, damit sie

das Lernen fördernde Bedingungen in ihrem Unterricht zu realisieren verstehen. Eltern und Lehrkräfte sollten in einen Verständigungsprozess treten, um beidseitig den hohen Stellenwert von Interkultureller Bildung und Erziehung ihrer Kinder zu unterstützen. Die Herausforderung liegt vor allem beim Abbau der Berührungssängste und dem Aufbau einer Kommunikationsform, die vertrauensvolle Zusammenarbeit ermöglicht. Die Politik muss die Grundversorgung für eine das Lernen fördernde Schule sicherstellen. Dazu gehören eine qualifizierte personelle Ausstattung, die gezielt auf multikulturell bedingte Situationen eingehen kann sowie eine materielle und räumliche Versorgung, die den komplexen Anforderungen und Aufgabestellungen der Grundschule entspricht.²⁶

Teilziele:

- ⇒ Integrationskurse im Stadtteil organisieren
- ⇒ ausreichendes Raumangebot für den Offenen Ganzttag bereitstellen
- ⇒ Träger des Offenen Ganztags mit ausreichendem Fachpersonal und Fördermaterialien ausstatten
- ⇒ Ressourcen für Sozialräume mit besonderem Förderbedarf erhöhen
- ⇒ alle Akteure in der Integrationsarbeit im Stadtteil vernetzen
- ⇒ zusätzliche Lehrkräfte für den muttersprachlichen Unterricht, die auch Beratungen für Eltern anbieten, einstellen
- ⇒ regelmäßige Elternsprechstunden von Lehrkräften und Mitarbeitern im Offenen Ganzttag anbieten
- ⇒ zwei- und mehrsprachige Mitarbeiter und Lehrkräfte einstellen
- ⇒ Eltern mit Migrationshintergrund für die Gremienarbeit in der Schule motivieren
- ⇒ die Eltern werden von den Lehrern und Lehrerinnen regelmäßig über die Entwicklung ihrer Kinder informiert
- ⇒ regelmäßige interkulturelle Ausflüge mit Elterneinbeziehung ausrichten
- ⇒ Zusammenarbeit der Schule mit der Jugend- und Familienhilfe und den Betreuern von Wohnheimen ausbauen
- ⇒ parallele Bearbeitung von Unterrichtsthemen im Regel-, DaZ²⁷- und muttersprachlichen Unterricht ausbauen

²⁵ vgl. Bothmer (2002), S. 142f.

²⁶ vgl. Bothmer (2002), S.144ff.

²⁷ Deutsch als Zweitsprache

Leitziel 4: Verstärkung der Partizipation von Menschen mit Migrationshintergrund in allen Lebensbereichen, insbesondere im Bildungssystem

Teilziele:

- ⇒ Barrieren und Ängste abbauen mit niederschwelligen Angeboten für Mütter (Näh- und Kochkurse)
- ⇒ Müttergesprächskreise zu Erziehungs- und Bildungsfragen anbieten
- ⇒ Mütter als Multiplikatoren zu bestimmten Themen (Erziehung, Gesundheit, Bildung, Mehrsprachigkeit, Sprachentwicklung ...) gewinnen
- ⇒ Mütter und Väter als Experten für Theater, Musik, Tanz, Basteln, Werken oder Sport in interkulturellen Projekten und Unterrichtsvorhaben, auf Exkursionen und in der Betreuung einbeziehen
- ⇒ Mütter und Väter in das Schulleben integrieren durch das Übertragen von Aufgaben in der Schülerbücherei (Besprechen von zweisprachigen CDs), im Schülercafé, beim Schulfrühstück und beim Spielangebot in den Pausen
- ⇒ Migrantenselbstorganisationen als Kooperationspartner zur interkulturellen Förderung einbinden
- ⇒ wichtige Informationsveranstaltungen und Beratungsgespräche zweisprachig durchführen
- ⇒ Integrationskurse für Eltern mit dem Schulleben vernetzen oder in den Schulräumen durchführen
- ⇒ Sprachförderung mit interkulturellen Projekten verzahnen
- ⇒ Kleingruppenförderung von leistungsstarken Schülern und Schülerinnen mit Migrationshintergrund durch Lehrkräfte, Studierende, Freiwillige oder Honorarkräfte durchführen

2.2.2. Bestandsaufnahme

Schulische und außerschulische Projekte unterstützen den primären Bildungsverlauf aller in Bochum lebenden Kinder. Im Folgenden werden exemplarisch einige bestehende Projekte vorgestellt.

Mehrsprachige Vorlesestunde für Vor- und Grundschul Kinder – Stadtbücherei

Die Stadtbücherei Bochum bietet einmal monatlich muttersprachliche Leseförderaktionen in Form von zweisprachigen Vorlesestunden in Deutsch und der jeweiligen Herkunftssprache der Kinder (z.B. Deutsch-Türkisch, Deutsch-Spanisch und Deutsch-Griechisch) für Vor- und

Grundschulkindern an. Ziel ist es, bei den Kindern die Lust auf Bücher und selbständiges Lesen zu wecken. Diese Angebote sind kontinuierlich und kostenfrei.

Übergang Grundschule zur weiterführenden Schule – Integrationsbüro / RAA Bochum

Das Integrationsbüro bietet Schülern und Schülerinnen eine Beratung beim Übergang von der Grundschule zur weiterführenden Schule an. Ziel ist es, die Schüler und Schülerinnen über die weiterführenden Schulen zu informieren und aufzuzeigen, welche Abschlüsse an welcher Schulform möglich sind. Die Beratung kann in Türkisch und in Englisch stattfinden. Die Beratungsangebote und die Herausgabe von Informationsmaterial sind kontinuierlich und kostenfrei.

Sprachförderung im Offenen Ganztage – BLK FöRMig

In diesem Projekt geht es um den Stellenwert von Sprachförderung und interkulturellem Lernen und um die Effekte der Förderarbeit in diesem zeitlich und organisatorisch erweiterten Rahmen von Schule. Dazu wird mit Partnern der Jugendhilfe kooperiert, um durch außerunterrichtliche Sprach- und Sprechanlässe (z.B. im musisch-kulturellen Bereich, Sport oder Freizeit) eine gezielte Sprachförderung am Nachmittag zu optimieren. Der Zusammenarbeit mit den Eltern kommt dabei eine entscheidende Bedeutung zu.

2.2.3. Maßnahmenvorschläge

Zur Umsetzung der vorausgegangenen Leit- bzw. Teilziele müssen zusätzlich zu den vorgestellten Projekten folgende Maßnahmen durchgeführt werden:

Einrichtung eines interkulturellen Elterntreffpunkts

Der interkulturelle Elterntreffpunkt soll allgemeiner Treffpunkt sowie sozialpädagogische Anlaufstelle für alle Eltern aller Nationen sein. Mit einem vernetzten Gesamtkonzept und langfristig angelegten Projekten sollen Eltern in das Bildungswesen mit einbezogen, kontinuierlich begleitet und beraten werden. Je nach Schule können unterschiedliche Akzente gesetzt werden, die sich an den Lebenswelten der Adressaten orientieren. Im Allgemeinen soll der Treffpunkt zum Abbau von Hemmschwellen dienen, die Möglichkeit zur wechselseitigen Kontaktaufnahme geben, Informationsaustausch ermöglichen oder einfach eine Anlaufstelle zum Kennen lernen bieten. Im Besonderen sollen Angebote wie Erziehungsberatung oder Sprachkurse stattfinden. Parallel zum Elterntreffpunkt und dessen festen Projekten ist eine kontinuierliche Kinderbetreuung notwendig, damit Angebote von den Eltern genutzt werden.

Als wichtige Unterstützung der Arbeit gilt die Kooperation mit den ortsansässigen familienbezogenen Diensten und Vereinen, welche die Akzeptanz und Inanspruchnahme der Einrichtung fördert und gemeinsame Aktionen im Stadtteil ermöglicht. Zudem ist eine Kooperationen und koordinierte Zusammenarbeit auf übergeordneter Ebene, mit z.B. der RAA, dem Jugendamt, dem Sozialamt, den weiterführenden Schulen, den Migrantenselbstorganisationen o. ä. angedacht.

Zum Aufbau des vernetzten Gesamtkonzeptes und der Projekte ist der Einsatz des Integrationsmanagers/der Integrationsmanagerin von wesentlicher Bedeutung. Mit der Kenntnis aller in Bochum laufender Projekte und Angebote sowie dem fachlichem Wissen über Interkulturelle Bildung und Erziehung soll die Einrichtung des interkulturellen Elterntreffpunkts hauptamtlich aufgebaut und begleitet werden. Unter Einbeziehung einer sozialpädagogischen Fachkraft und von ehrenamtlichen Helfern vor Ort, soll jedoch langfristig die Selbstverwaltung angestrebt werden. Außerdem muss eine dauerhafte Stelle für eine sozialpädagogische Fachkraft geschaffen werden, die sich mit einem Team aus Eltern, Lehrern und Lehrerinnen sowie Schülern und Schülerinnen um das erfolgreiche Gelingen dieser Maßnahme bemüht.

Notwendig für die Einrichtung eines interkulturellen Elterntreffpunkts ist eine langfristige, kontinuierliche und gebundene Finanzierung durch städtische oder Landesmittel. Eine anteilige Finanzierung durch die Eltern, z.B. Einnahmen aus gewerblichem Verkauf von Kaffee, Kuchen etc., Teilnahmegebühren aus kostenpflichtigen Angeboten oder Unkostenbeiträgen der Kinderbetreuung, mindert den Aufwand an städtischen Mitteln.

Muttersprachlicher Unterricht und koordinierte Alphabetisierung

Der muttersprachliche Unterricht ist ein Angebot für Schüler und Schülerinnen, die mit Deutsch als Zweitsprache und ihrer Herkunftssprache aufwachsen. Er trägt zum Erhalt der Mehrsprachigkeit bei und gewährleistet die Bindungen und Verbindungen junger Menschen zum Herkunftsland der Familie. Der muttersprachliche Unterricht fördert den sprachlichen Reichtum in Nordrhein-Westfalen; dieser ist nicht nur ein kultureller, sondern auch ein nicht zu unterschätzender außenwirtschaftlicher Pluspunkt.²⁸ Das Erlernen der deutschen Sprache steht weiterhin an erster Stelle aller Unterrichtsziele. Angebote in der Muttersprache sind keine Alternative, sondern ergänzen den Erwerb der Zweitsprache. Wissenschaftliche Untersuchungen belegen²⁹, dass die Pflege der Herkunftssprache ein ausgezeichneter Beitrag zum Erwerb der deutschen Sprache ist. Auch die Schulpraxis zeigt häufig, dass Schüler und Schülerinnen mit altersgemäßer Perfektion in der Herkunftssprache, die als sogenannte Seiteneinsteiger im Verlauf ihrer Schullaufbahn in eine deutsche Schule aufgenommen werden, weitaus leichter Deutsch lernen als Gleichaltrige, die in Deutschland

²⁸ vgl. <http://www.schulministerium.nrw.de/BP/Unterricht/Faecher/Fremdsprachen/FAQMU/ZieleMU.html>

anrengungsarm aufgewachsen sind.³⁰ In der bildungspolitischen Diskussion wird gelegentlich gefordert, den muttersprachlichen Unterricht an Schulen zugunsten von erweitertem Unterricht in Deutsch als Zweitsprache abzubauen. Beide Angebote sind aber keine Alternative, sondern ergänzen einander.³¹

Darauf aufbauend fordern die Teilnehmer und Teilnehmerinnen des Primarbereichs weiterhin den muttersprachlichen Unterricht für Schüler und Schülerinnen anderer Herkunftssprachen. Ergänzend soll dazu eine koordinierte Alphabetisierung im Anfangsunterricht stattfinden, die gemeinsam mit Lehrkräften des muttersprachlichen Unterrichts durchgeführt wird. Diese Forderung könnte sich an das bestehende Projekt KOALA NRW (Koordinierte Zweisprachige Alphabetisierung im Anfangsunterricht) anlehnen. Dieser zweisprachige Unterricht hat zum Ziel, die im Deutschen gelernten Buchstaben und Laute zu festigen, die Sprachkenntnisse in beiden Sprachen zu verbessern, das Sprachbewusstsein durch den Sprachvergleich zu fördern, die Kinder ganzheitlich mit beiden Sprachen und Kulturen wahrzunehmen und dadurch die Motivation und das Selbstwertgefühl zu steigern sowie die Schulleistungen und schnellere Integration der Kinder zu verbessern. Erfahrungen der Lehrer und Lehrerinnen der KOALA - Schulen in NRW gaben Einschätzungen über den schnelleren und besseren Verlauf von Lesen und Schreiben, die Verbesserung der Sprachlernkompetenz in beiden Sprachen sowie die höhere Beteiligung der Kinder am Unterricht ab.³²

Förderung zur Gestaltung des Übergangs zu den weiterführenden Schulen

Der Übergang von der Primar- zur Sekundarstufe ist die wichtigste Bildungsentscheidung im Lebenslauf des Kindes, indem sie die weitere Schullaufbahn erheblich prägt. Der dadurch zu erlangende Schul- bzw. Bildungsabschluss ist zum Übergang in den Beruf das entscheidende Selektionskriterium.³³ Diefenbach konnte in ihren Untersuchungen feststellen, dass prozentual mehr ausländische Kinder als deutsche Kinder von der Grundschule in eine Hauptschule eintraten und seltener ein Gymnasium besuchten.³⁴

Zur Erlangung von Bildungsgerechtigkeit ist es daher wichtig, Kinder in ihren Stärken zu fordern und bei Schwächen zu fördern. Dazu sollen nach Ansicht der Teilnehmer und Teilnehmerinnen des Primarbereiches die Kinder eine Förderung erhalten, die auf persönliche und fachliche Leistungsdispositionen abgestimmt ist, damit sie beim Übergang zur weiterführenden Schule die Qualifikationen für das Gymnasium erhalten. Dazu ist eine Einzelförderung oder Kleingruppenförderung in der 3./4. Klasse angedacht, die über ein Netzwerk in Klasse 5 fortgesetzt werden kann. Im Besonderen soll den Kindern eine

²⁹ z.B. Arbeiten von Gogolin, I. und Ehlich, K.

³⁰ vgl. <http://www.bildungsportal.nrw.de/BP/Unterricht/Faecher/Fremdsprachen/FAQMU/Deutsch.html>

³¹ vgl. Illner jetzt Köditz et al. (2003), <http://archiv.forum-schule.de/archiv/03/pdf/melisa.pdf>

³² vgl. Projekt KOALA NRW – Hauptstelle RAA NRW; nach einem Konzept von Berrin Nakipoğlu- Schimang, Staatliches Schulamt Frankfurt/Main- Fachberaterzentrum „Unterricht für Kinder ausländischer Herkunft“

³³ nach Ditton (1992) in: Diefenbach (2007), S. 50

Hilfestellung oder Unterstützung geboten werden, deren Eltern sich diese nicht leisten können.

2.3. Sekundarbereich

Die Schule als Bildungsinstitution hat allen Schülern und Schülerinnen gleichwertige Bedingungen und Gelegenheiten für ihre Bildung zu gewähren, unabhängig von ihrer kulturellen oder sprachlichen Herkunft. Um das zu erreichen müssen verbindliche und transparente Strukturen der Interkulturellen Bildung und Erziehung bzw. des interkulturellen Lernens geschaffen werden, mit denen die Schule als Institution sowie die Lehrer und Lehrerinnen als pädagogische Begleiter zur Bildungsgerechtigkeit aller Schüler und Schülerinnen beitragen.

2.3.1. Teilziele

Die Teilnehmer und Teilnehmerinnen des Sekundarbereichs erachten folgende allgemeine und individuelle Förderprogramme als notwendig, um die oben formulierten Ansätze zu verfolgen.

Wenn ein Kind mit Migrationshintergrund nach der vierten Klasse in die weiterführende Schule geht, wäre es für seine Integration wichtig, dass ihm folgende Hilfen geboten werden:

Sprachförderung

Deutsche Schulen stehen im internationalen Vergleich keineswegs hervorragend dar. Die vorrangige Ursache wird der mangelbehafteten deutschen Sprache von deutschsprachigen, aber vor allem von Kindern mit einer anderen Familiensprache angelastet.³⁵ Die Voraussetzung für eine optimale Bildungsteilhabe und die damit einhergehende erfolgreiche schulische Bildung ist eine umfangreiche Kompetenz in der deutschen Sprache in allen schulischen Bereichen.

Neben dem Deutschunterricht und der Förderung der deutschen Sprache in allen Fächern, gibt es individuellen Förderunterricht (Förderprogramm 5. – 10. Klasse) und zusätzlich

- ⇒ einen Ausbau von Selbstlernzentren,
- ⇒ einen Materialpool,
- ⇒ eine individuelle Betreuung,
- ⇒ eine Hausaufgabenbetreuung,

³⁴ vgl. Diefenbach (2007), S. 151

⇒ und eine Förderung leistungsstarker Schüler und Schülerinnen.

Seiteneinsteiger

Die Integration von Kindern nichtdeutscher Herkunftssprache in das Schulsystem und in die soziale Gemeinschaft kann nur gesichert werden, wenn ihnen über die Schule eine kognitive und kommunikative Entfaltung und damit auch eine emotionale Selbstverwirklichung ermöglicht wird. Dieses ist aber nur dann Erfolg versprechend, wenn in der Schule auf den vorschulischen Erfahrungen der Kinder im emotionalen, kognitiven und kommunikativen Bereich aufgebaut wird. Sie müssen dort abgeholt werden, wo sie beim Schulbeginn stehen.³⁶ Dazu benötigen sie

- ⇒ eine besondere Betreuung in Fördergruppen oder Förderklassen durch besonders geschultes Personal
- ⇒ und Crash-Kurse im Bereich Sprache und Kultur für Neuankömmlinge.

Förderung der Muttersprache

Die Sprache ist der wichtigste Träger der jeweiligen Kultur. Ein Bruch in der muttersprachlichen Entwicklung und der dabei in Kauf genommene mögliche Bruch mit der Muttersprache verhindert nicht nur eine gelungene schulische Integration und beschränkt die Entwicklung aller kognitiven und kommunikativen Fähigkeiten, sondern führt ebenso zu Missverständnissen und Konflikten zwischen den Kindern nichtdeutscher Herkunftssprache und ihren Eltern sowie ihrer Herkunftskultur. Immer deutlicher wird, dass Integration nicht im Gegensatz zum muttersprachlichen Unterricht steht und dass der muttersprachliche Unterricht nicht dem Erlernen der deutschen Sprache entgegensteht. Mehr noch: Die Vernachlässigung der Entwicklung der Muttersprache wirkt sich auf die Entwicklung des Kindes äußerst negativ aus.³⁷

Die Spracherwerbsforschung brachte Erkenntnisse, dass das Aufwachsen mit zwei Sprachen günstigere Voraussetzungen für die sprachliche und allgemeine geistige Entwicklung mit sich brachte. Somit hat die Förderung der Zwei- oder sogar Mehrsprachigkeit positive Wirkung auf die schulischen Lernprozesse.³⁸ Um die Lernprozesse optimal zu gestalten, muss

³⁵ vgl. List, G. (2005),

http://www.mbwjk.rlp.de/fileadmin/Dateien/Downloads/Jugend/sprache_foerdern_vortrag.pdf

³⁶ vgl. Baran (2002), http://www.migrationsrat.de/themen/bildung_104_muttersprache_riza.htm

³⁷ ebd.

³⁸ vgl. Gogolin (2001), http://www.bmbf.de/pub/studie_foerderung_migration.pdf

- ⇒ der muttersprachliche Unterricht in der eigenen Schule möglichst im Vormittagsbereich für alle Sprachen angeboten werden
- ⇒ und die Heimatsprache als zweite Fremdsprache ab der 6. Klasse durchgeführt werden.

Kultur

Integration bedeutet Beibehalten der kulturellen Identität der Gruppe mit dem gleichzeitigen Bestreben, mit anderen Gruppen oder mit der Aufnahmegesellschaft zu kommunizieren und engere Kontakte aufzubauen. Kennzeichnend ist das Bestreben, integrierter Teil einer größeren sozialen Struktur zu werden.³⁹ Dazu gehört

- ⇒ andere Religionen, Bräuche, Feiertage etc. kennen zu lernen und wertzuschätzen,
- ⇒ Kirchen, Moscheen, Tempel, Synagogen zu besuchen,
- ⇒ „Dialog“ - Gottesdienste zu erarbeiten,
- ⇒ Projekte, z.B. das Abraham-Projekt, weiterzuführen und fest zu implementieren
- ⇒ und eine Lebensweg- und Berufsberatung durch Lehrer und Lehrerinnen anzubieten.

Musisch-künstlerische Erziehung

Der musisch-künstlerischen Bildung kommt insofern eine besondere Bedeutung zu, als sie dazu beitragen kann, bei jedem Schüler und jeder Schülerin die individuelle Persönlichkeitsentwicklung zu fördern, den Menschen in seiner Ganzheit zu erfassen, in besonderem Maße zum sozialen und kommunikativen Handeln zu befähigen, ein kulturelles Erbe zu vermitteln und Hilfen und Möglichkeiten zu einer sinnerfüllten Lebensgestaltung zu bieten.⁴⁰ Hierzu bieten sich an,

- ⇒ Musik und Tänze (Folklore) der Heimatländer kennen zu lernen,
- ⇒ Literatur der Heimatländer bei z.B. zweisprachigen Lesungen kennen zu lernen
- ⇒ und sich mit Kunst, Architektur und handwerklichen Traditionen anderer Länder beschäftigen.

Schulorganisation

³⁹ vgl. Cerci o.J., <http://www.kinderaerzte-lippe.de/Integration-Kultur.htm>

⁴⁰ nach: Richtlinien und Lehrpläne MUSIK NRW. Kultusminister des Landes NRW, Düsseldorf 1993, S.35

Die Erhöhung der Bildungsteilhabe aller Schüler und Schülerinnen beruht auf einer Schulgemeinschaft, die sich kollektiv auf die gemeinsame Aufgabe der Interkulturellen Bildung und Erziehung zur Unterstützung einer gelungenen Integration vorbereitet und diese ausübt. Nur ein gemeinschaftliches Verständnis kann dazu beitragen, Bildungsungerechtigkeit entgegenzuwirken.

- ⇒ Lehrerfortbildungen anbieten in:
 - Diagnostik – Deutsch als Zweitsprache
 - Förderung der deutschen Sprache in allen Fächern
 - Kennen lernen des interkulturellen Hintergrundes
- ⇒ Kontaktperson für Integration an jeder Schule bestimmen
- ⇒ Integrationsförderung ins Schulprogramm übernehmen

Elternarbeit

- ⇒ Migranteneleiternvertreter in den Gremien wählen
- ⇒ Informationen auch in den Muttersprachen verfügbar machen (Briefe oder Übersetzer)
- ⇒ das Projektes „Integrationsfachkraft“ ausbauen

Außerschulische Partner

Außerschulische Partner und Partnerinnen werden in den zukünftigen Umstrukturierungen von Schule eine wichtige Rolle spielen. Die Kooperation kann zu einer regionalen Vernetzung führen und die gesellschaftliche Einbindung aller Akteure fördern.

- ⇒ Sozialpädagogen/-arbeiter in der Schule einsetzen
- ⇒ Übermittagsbetreuung anbieten
- ⇒ Hausaufgabenhilfe anbieten
- ⇒ Berufswahlförderung (Praktika, BIZ, Bewerbungstraining etc.) durchführen
- ⇒ Studierende (z.B. über RUB + Mercator-Stiftung) mit einbeziehen

2.3.2. Bestandsaufnahme

Abraham-Projekt zum interkulturellen Austausch – Anne-Frank-Realschule

Abraham, der für Toleranz und Nächstenliebe steht und der im jüdischen, christlichen und muslimischen Glauben eine Rolle spielt, ist Namensgeber für ein Projekt an der Anne-Frank-Realschule.

Schülerinnen und Schüler der Anne-Frank-Realschule haben unter Anleitung des peruanischen Künstlers Yuri Eslava einen Wandpokal gestaltet, der den Gedanken der Toleranz und der Menschenliebe zum Ausdruck bringt. Gott hält in einem Teilbild des gelungenen Kunstwerks seine Hände über drei Weltreligionen. Das soll bedeuten: Sie gehören vor Gott zusammen, haben vieles gemeinsam, können voneinander lernen. Die Anne-Frank-Realschule ist die erste Schule in Nordrhein-Westfalen, welche dieses Projekt ausgestaltet wird, ein Projekt gegen Rassismus und Intoleranz und für den Dialog zwischen den Religionen.⁴¹ Mit dem Modellprojekt zum interkulturellen Austausch sollen Schüler und Schülerinnen in Bezug auf Rassismus und Intoleranz sensibilisiert werden. Ziel ist die Verbindung zwischen religiösen Aspekten, Kunst und musischer Erziehung⁴². Insgesamt werden vier Teilprojekte⁴³ dazu angeboten.

Projekt 1 - Let's groove!

Eine Schülergruppe verfasste zu bestehenden Liedern neue antirassistische Texte, die sie bei der Abschlussfeier der 10. Klassen vortragen möchte.

Projekt 2 - Kunstprojekt 1

Die Schülerinnen und Schüler dieser Projektgruppe zeichneten die Abrahamskulptur in Postkartengröße und ließen diese drucken. Ein Teil der Postkarten soll zum Verkauf angeboten werden. Der andere Teil „in alle Welt“ verschickt werden.

Projekt 3 - Kunstprojekt 2

Diese Gruppe erarbeitete unter dem großen Thema Flora und Fauna ein Wandmotiv gegen Rassismus und Gewalt für den Naturwissenschafts-Trakt der Schule.

Projekt 4 - Wir spielen Theater

Die Theatergruppe bereitete während der Projektstage ein Bühnenstück zum Thema Rassismus und Rechte Gewalt vor. Das Comicheft, welches vom Innenministerium zu diesem Thema herausgegeben wurde, sollte in ein anschauliches Bühnenstück umgesetzt werden. Ein Präsentationstag stand bei Redaktionsschluss noch nicht fest.

⁴¹ in gekürzter Form übernommen aus den Aufzeichnungen der Teilnehmer und Teilnehmerinnen des Sekundarbereiches

⁴² vgl. Protokoll der „Zwischenkonferenz Integration“ am 31.05.2007

⁴³ in gekürzter Form übernommen aus Aufzeichnungen von Schülern der Anne-Frank-Realschule

Nach Meinungen der Vertreter und Vertreterinnen der Arbeitsgruppe kann das Projekt mit seinen Unterprojekten „vernetzend für die Zukunft wirken und den interkulturellen sowie interreligiösen Dialog fördern“.⁴⁴

Förderkonzept – Mercator-Stiftung, RAA, Zentrum für Lehrerbildung Ruhr-Universität Bochum

Das Zentrum für Lehrerbildung der Ruhr-Universität Bochum und das Integrationsbüro / RAA der Stadt Bochum führen mit einem Arbeitskreis der Bochumer Lehrer und Lehrerinnen ein Projekt durch, in dem seit 2002 die folgenden drei Schwerpunkte entwickelt wurden:

1. Qualifizierung von Studierenden für den Unterricht von “Deutsch als Zweitsprache” und Förderunterricht,
2. Förderung von Kindern zur Chancenverbesserung der Schullaufbahn,
3. Fortbildungen für Lehrer und Lehrerinnen zur Sprachförderung in allen Fächern.

Die Umsetzung geschieht mit folgenden Maßnahmen:

An der Universität wird den Studierenden eine Studieneinheit zur Sprachförderung mit Praktikum angeboten, in der sie zunächst ein wissenschaftliches Einführungsseminar in “Deutsch als Zweitsprache” und ihre Didaktik erhalten und im folgenden Semester ein Praktikum absolvieren. Zu zweit unterrichten die Studierenden dann selbständig kleine Gruppen von vier bis acht Schülern und Schülerinnen mit Migrationshintergrund der Klassen 5 und 6. Zusätzlich werden sie durch ein pädagogisches Begleitseminar in ihrer Lehrtätigkeit unterstützt.

Auf den deutlich gewordenen Bedarf an Fortbildungen für Lehrerinnen und Lehrer der beteiligten Schulen konnte das Zentrum für Lehrerbildung der Ruhr-Universität mit Fortbildungen für die Lehrkräfte reagieren, wie z. B. zur kontrastiven Grammatik Türkisch-Deutsch oder zu Methoden der Sprachförderung. Weitere Fortbildungen bietet das Integrationsbüro / RAA Bochum an. Bisher fanden diese Fortbildungen große Resonanz. Zur Förderung des Kooperationsprojektes bewarben sich das Integrationsbüro / RAA Bochum und das Zentrum für Lehrerbildung mit einem gemeinsamen Antrag bei der Stiftung Mercator und erhielten im August 2004 den Zuschlag für eine zunächst dreijährige Förderung. Aus den Stiftungsgeldern werden seitdem Honorare für Förderlehrkräfte gezahlt, die in der Sekundarstufe I Kleingruppen betreuen. Zudem können Studierende nach dem Praktikum an den Schulen gegen Honorar die Förderung in Kleingruppen fortsetzen. Mittlerweile sind vierzehn Schulen an dem Projekt beteiligt. Dieses Projekt wird von einem Arbeitskreis des Integrationsbüros / RAA Bochum mit dem Zentrum für Lehrerbildung koordiniert.⁴⁵

⁴⁴ Protokoll der „Zwischenkonferenz Integration“ am 31.05.2007

2.3.3. Maßnahmenvorschläge

Für den Sekundarbereich werden entsprechend folgende Maßnahmen gefordert:

Intensivkurse (Crashkurse) für Seiteneinsteiger

Kinder und Jugendliche, die während ihrer Schulzeit in ein fremdes Land kommen, brauchen nicht nur emotionale und moralische Unterstützung, sondern vor allem die Möglichkeit sich sprachlich in das neue Bildungssystem einzufinden. Dazu müssen sie innerhalb kürzester Zeit die Verkehrssprache Deutsch beherrschen. Für eine sinnvolle Integration der Seiteneinsteiger sollte eine besondere sprachliche Förderung in Form von Crashkursen angeboten werden, bevor sie in die Seiteneinsteigerklassen kommen. Inhaltlich muss dabei die Kompatibilität zu den danach folgenden Seiteneinsteigerkursen beachtet werden. Ziel soll die schnellstmögliche Eingliederung der Migranten und Migrantinnen in die ihrem Alter und ihrer Leistungsfähigkeit entsprechende Regelklasse sein.

Die Crashkurse beginnen im optimalen Falle zu mehreren Zeitpunkten an verschiedenen Standorten, damit jedem Kind und Jugendlichen die gleiche Bildungschance geboten werden kann. Die Gruppen setzen sich aus 1-3 Kindern zusammen, so dass je nach Bedarf eine intensive Einzel- oder Kleingruppenförderung stattfinden kann. In dieser Zeit ist die Verpflichtung zum Regelunterricht freigestellt bzw. soll der Regelunterricht entfallen. Zur Einrichtung und Standortkoordinierung dieser Kurse soll der Integrationsmanager eingesetzt werden, der über das entsprechende Wissen bezüglich der Klientel verfügt und darauf aufbauend bedarfsgerecht die Integrationsfachkräfte / Sprachförderkräfte einsetzt.

Qualifiziertere Lehrerfortbildungen

Alle Lehrer und Lehrerinnen brauchen für einen bildungsgerechten Unterricht das Wissen über Interkulturelle Bildung und Erziehung, ethnische Unterschiede innerhalb der eigenen Schülerschaft, den fachlichen Hintergrund zu „Deutsch als Zweitsprache“ und „Deutsch als Fremdsprache“ sowie diagnostische Methoden und die dazugehörigen Förderungen. Dazu müssen obligatorisch qualifizierte Lehrerfortbildungen in allen Fachbereichen angeboten werden, die diese Kompetenzen für die Vermittlung der deutschen Sprache in allen Fächern erwerbbar machen. Ziel dieser Forderung ist eine flächendeckende Verbesserung der Schülerleistungen in allen Fächern, auch z.B. in Mathematik, Biologie usw.

Flächendeckender muttersprachlicher Unterricht an der eigenen Schule im Vormittagsbereich

⁴⁵ vgl. <http://www.bochum.de/integrationsbuero/frame07.htm>

In Nordrhein-Westfalen wächst ein erheblicher Anteil Schüler und Schülerinnen mit zwei oder mehreren Sprachen auf. Der muttersprachliche Unterricht ist ein Angebot für die Schüler und Schülerinnen mit Migrationshintergrund, die mit Deutsch als Zweitsprache und ihrer Herkunftssprache aufwachsen. Er trägt zum Erhalt der Mehrsprachigkeit bei und gewährleistet die Bindungen und Verbindungen junger Menschen zum Herkunftsland der Familie. Der muttersprachliche Unterricht fördert den sprachlichen Reichtum in Nordrhein-Westfalen; dieser ist nicht nur ein kultureller, sondern auch ein nicht zu unterschätzender außenwirtschaftlicher Pluspunkt.⁴⁶

Die Forderungen der Akteure des Sekundarbereiches beziehen sich auf die Rahmenbedingungen des vorhandenen muttersprachlichen Unterrichts. Demnach soll der muttersprachliche Unterricht flächendeckend an jeder Schule im Vormittagsbereich durchgeführt werden.

Ersatz für die Finanzierung der Sprachförderung (bisher Mercator-Stiftung)

Das gemeinsame Sprachförderprojekt des Integrationsbüros / der RAA Bochum und des Zentrums für Lehrerbildung (siehe 2.3.2. Bestandsaufnahme: Förderkonzept – Mercator-Stiftung, RAA, Zentrum für Lehrerbildung Ruhr-Universität Bochum) wird derzeit von der Stiftung Mercator finanziell gefördert. Aus den Stiftungsgeldern werden Honorare für Förderlehrkräfte gezahlt, die in der Sekundarstufe I Kleingruppen betreuen. Mittlerweile sind vierzehn Schulen an dem Projekt beteiligt.

Die Stiftungsgelder laufen nach einer dreijährigen Förderung in diesem Jahr 2007 aus. Um weiterhin die Verbesserung der Bildungschancen der Schüler und Schülerinnen mit Migrationshintergrund und damit einhergehend die Chancen eines erfolgreichen Schulabschluss zu erhöhen, muss ein Ersatz für die Finanzierung der Sprachförderung bereitgestellt werden.

Pädagogische Fachkraft mit dem Schwerpunkt Integration – ViA - Bochum

Der Verein für integrative Arbeit in Bochum (ViA - Bochum) führt ein Modellprojekt durch, in dem Migrantenkinder in den Schulen so unterstützt werden sollen, dass sich ihre schulische und damit auch ihre berufliche Perspektive verbessert. Dabei werden sie durch vormals arbeitslose Akademiker und Akademikerinnen und Erzieher und Erzieherinnen unterstützt. Aufgaben sind z.B. die Betreuung und Unterstützung von einzelnen Schülern mit Schwierigkeiten im Unterricht, die Betreuung von Seiteneinsteigern in den ersten Schulwochen (z.B. Begleitung im Unterricht, Verkehrsregelvermittlung, Stundenplanerläuterung, Verzahnung von Vormittags- und Nachmittagsbereich) oder die Zusammenarbeit mit den Eltern der Migrantenkinder. Die Fachkräfte werden bei ViA -

⁴⁶ vgl. <http://www.schulministerium.nrw.de/BP/Unterricht/Faecher/Fremdsprachen/FAQMU/ZieleMU.html>

Bochum qualifiziert. Insgesamt sind 20 Teilnehmer und Teilnehmerinnen dieses Projektes an 20 Bochumer Schulen eingesetzt. Dabei sind alle Schulformen außer der Berufsschule vertreten.⁴⁷

Um die schulische Unterstützung der Migrantenkinder optimal zu gestalten und damit auch ihre beruflichen Perspektiven zu verbessern, fordern die Akteure des Sekundarbereichs die flächendeckende und unbefristete Gestaltung dieser integrationspädagogischen Arbeit. Die bisher einjährige Qualifizierung sollte als langfristige Maßnahme ergänzend und begleitend zum regulärem Schulunterricht implementiert werden.

Kontaktpersonen für Integration von allen Schulen benennen lassen

Für jede Schule sollte eine Kontaktperson für Integration benannt werden, die als Ansprechpartner oder Ansprechpartnerin für Lehrer und Lehrerinnen, Eltern, Schüler und Schülerinnen und externe, in den Schulalltag involvierte Personen mit Rat und Tat zur Seite steht. In Verbindung mit den Kontaktpersonen der anderen Schulen könnte ein Netzwerk entstehen, in dem erfolgreiche Maßnahmen zur Integration an Bochumer Schulen ausgetauscht, aber auch Möglichkeiten zu einer besseren gemeinsamen Bildungsgestaltung der Bochumer Schüler und Schülerinnen mit Migrationshintergrund diskutiert werden können.

In Zusammenarbeit mit der pädagogischen Fachkraft mit dem Schwerpunkt Integration und dem Integrationsmanager/der Integrationsmanagerin könnte ein Team entstehen, dass sich intensiv mit den theoretischen und praktischen Belangen der Integration vor Ort beschäftigt sowie in ein Gesamtsystem eingebettet ist.

2.4. Erwachsenenbereich

Der Erwachsenenbereich unterstützt u. a. die Bewältigung der mit der Alterung der Bevölkerung entstehenden Bildungsherausforderungen sowie die Bereitstellung von Möglichkeiten für Erwachsene, ihr Wissen und ihre Kompetenzen auszubauen.⁴⁸ Demnach leistet die Erwachsenenbildung einen entscheidenden Beitrag zur Integration auch älterer, nicht in Deutschland geborener Migranten und Migrantinnen. Zudem ist die Rückkopplung zwischen den Älteren und den Jüngeren nicht zu unterschätzen. Wenn sich die Erwachsenen in der Gesellschaft angenommen fühlen, kann sich das Gefühl auch auf die Kinder übertragen.

2.4.1. Teilziele

Der Erwachsenenbereich hat zu diesen allgemeinen Zielen folgende Teilziele formuliert.

⁴⁷ <http://www.via-bochum.de/zusaetzliche.htm#jobplus>

Leitziel 1: Wechselseitige Anerkennung aller in Bochum lebenden Menschen fördern durch interkulturellen Austausch und interkulturelle Bildung

Integration kann nur gelingen, wenn in einem wechselseitigen Prozess Deutsche und Bürger und Bürgerinnen nichtdeutscher Herkunft aufeinander zugehen. Das Zusammenleben von Menschen mit unterschiedlicher kultureller Herkunft kann dabei nur gelingen, wenn die übergreifende Gesellschaft Rahmenbedingungen schafft, die eine gleichwertige Koexistenz der unterschiedlichen Kulturen und ihre wechselseitige Interaktion ermöglichen sowie eine strukturelle Diskriminierung aufgrund von Ungleichheiten weitgehend ausschließen.⁴⁹

Teilziele:

- ⇒ ein „interkulturelles Programm“ für Bochum in der Form eines Faltblattes und eines Internetauftritts in regelmäßigen Abständen veröffentlichen
- ⇒ Begegnungsmöglichkeiten und Räume für interkulturelle Veranstaltungen schaffen
- ⇒ Programme aller Kultur- und Bildungsanbieter in Bochum für die Zielgruppe der Migranten und Migrantinnen bewusst öffnen
- ⇒ fortlaufende Fortbildungsreihen für städtische Beschäftigte und Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen der Migrantenselbstorganisationen (MSO) einrichten
- ⇒ Kompetenzen der Migranten und Migrantinnen durch verstärkte Einbeziehung nutzen

Leitziel 2: Chancengerechtigkeit erreichen durch frühzeitige und vielseitige Förderung lebenslangen Lernens

Die Erwachsenenbildung bietet die Möglichkeit des lebenslangen Lernens, das aus Sicht aller Teilnehmer und Teilnehmerinnen des Fachforums Bildung zu einer gelungenen Integration beiträgt. Beim lebenslangen Lernen wird über die ganze Lebensspanne hinweg der Anspruch verfolgt zu bilden.⁵⁰

Teilziele:

⁴⁸ frei nach Grundtvig

⁴⁹ vgl. Baran (2002)

⁵⁰ vgl. Knowles (2007)

- ⇒ Infokurse, niederschwellige Angebote zu Themen wie: Gesundheit, das Bildungssystem, kommunale Strukturen, Ämter usw. (gesellschaftliche, politische Teilhabe) anbieten
- ⇒ Pool von Referenten und Referentinnen und Experten zum Thema Integration aufbauen
- ⇒ spezielle Maßnahmen für die Zielgruppe „ältere Migranten und Migrantinnen“ (Sprache, Kultur) und „Frauen“ (Sprache, berufliche Teilhabe) durchführen
- ⇒ besondere Programme und Fortbildungen für jugendliche Migranten und Migrantinnen gestalten
- ⇒ Erziehungsberatungsstellen gezielt einbeziehen

Leitziel 3: Schaffung verbindlicher, transparenter und nachhaltiger Strukturen zur Erreichung von Bildungsgerechtigkeit und Emanzipation

Empirische Studien zur Beteiligung an Erwachsenenbildung⁵¹ zeigen, dass die Weiterbildungsbeteiligung über die Lebensspanne verstärkt zurückgeht. Die Bildungsferne wird verstärkt durch Barrieren, welche die Beteiligung an Weiterbildung erschweren und verhindern. Für eine gerechte Teilhabe an Bildung müssen Strukturen geschaffen werden, in denen möglichst alle kommunale Fachkräfte und Einrichtungen der Erwachsenenbildung eingebunden werden. So kann sich Transparenz, Nachhaltigkeit und Vernetzung entwickeln.

Teilziele:

- ⇒ Gesundheitsmediatoren einsetzen
- ⇒ Elternarbeit ausbauen
- ⇒ Netzwerk von Experten und Expertinnen erstellen
- ⇒ MSOs und Integrationsgruppen in Planung und Programmen einbeziehen
- ⇒ regelmäßige Fortbildungen (s. LZ 2) anbieten

Leitziel 4: Verstärkung der Partizipation von Menschen mit Migrationshintergrund in allen Lebensbereichen, insbesondere im Bildungssystem

Teilziele:

⁵¹ siehe z.B. R. Tippelt

- ⇒ die Einbeziehung und die Umsetzung der in Leitziel 2 und 3 formulierten Teilziele und Maßnahmen sind die Voraussetzung zur Partizipation aller in Bochum lebender Migranten und Migrantinnen.
- ⇒ kommunales Wahlrecht einführen

2.4.2. Bestandsaufnahme

Die folgenden bestehenden Projekte sollen exemplarisch einen Eindruck über die Förderung der Integration im Erwachsenenbildungsbereich geben.

Migration und Gesundheit – AWO

Das Projekt Migration und Gesundheit bezieht sich auf eine mehrsprachige und kultursensible Information über Gesundheitsförderung und Prävention. Auf der Basis dieser Information sollen Migranten und Migrantinnen mit der Unterstützung der Akteure des Gesundheitswesens ihre Gesundheit selbst „in die Hände nehmen“. Dazu erwerben sie zuerst ausreichende Kenntnisse der deutschen Sprache mittels ausgewählter Themen zur Gesundheitsförderung und Prävention, wie z.B.:

1. Migration und Gesundheit.
2. Das deutsche Gesundheitswesen.
3. Alkoholkonsum und Hintergründe.
4. Schwangerschaftsvor- und -nachsorge.
5. Demenz.
6. Pflegesystem u.v.m.

Im Anschluss an das sprachliche Modul werden Informationsveranstaltungen mit der Unterstützung von Fachkräften zu den ausgewählten Themen durchgeführt. Kooperationspartner sind u. a. das Martin-Luther Krankenhaus, Ämter, Behörden, Institutionen, Verbände und Vereine. Das Angebot ist kontinuierlich und kostenfrei.

Bildungs- und Kulturarbeit der deutsch-italienischen Gesellschaft Bochum e. V.

(cicuit)

Der Verein cicuit leistet seit 1988 deutsch-italienische Kulturarbeit im Geiste eines vereinten Europas. Diese Arbeit soll die Beziehungen zwischen Deutschland und Italien, zwischen Deutschen und Italienern verbessern und kann möglicherweise innerhalb Bochums als ein Modell für gelungene Integrationsarbeit gelten. Von Anfang an war den Verantwortlichen im cicuit klar, dass Integration nur gelingen kann, wenn Deutsche und Migranten und

Migrantinnen aufeinander zu gehen und sich kennen lernen. Die vielfältigen Angebote des circuit haben diese Zusammenarbeit immer wieder ermöglicht.

Zu dem genannten Ziel bietet der Verein circuit ebenfalls Lesungen, Vorträge, Dia-Shows, politische Diskussions- und Informationsveranstaltungen, Reisen, Museumsbesuche, Kochkurse, Sprachkurse, Exkursionen innerhalb von NRW, Musikveranstaltungen u. v. a., an. Die Veranstaltungen stehen allen in Bochum lebenden Bürgern und Bürgerinnen offen.

Beratungs- sowie Bildungsangebote und Informationen für Prostituierte und ehemalige Prostituierte – Madonna e.V.

Die Beratungs- und Bildungsangebote von Madonna e.V. haben zum Ziel, die rechtliche und soziale Gleichstellung von Prostituierten und die Anerkennung von Prostitution als Erwerbstätigkeit zu verstärken. Es werden Beratungen und Informationen zu allen Fragen, die Prostituierte und ehemalige Prostituierte betreffen, angeboten. Beispielsweise werden im Bereich des Aufenthalts- und Arbeitsrechtes, allgemeine Sozialberatung sowie eine Gesundheitsberatung (im Auftrag des Bochumer Gesundheitsamtes, speziell für Prostituierte) durchgeführt. Zudem erhalten Prostituierte, die ihre berufliche Situation neu planen, verändern oder verbessern wollen, Profiling, Coaching und Existenzgründungsberatung und zeitweise Bildungs- und Qualifizierungsangebote zur Integration in den Arbeitsmarkt sowie niederschwellige Sprachkurse. Die Beratungen können in Englisch stattfinden. Für andere Sprachen werden bei Bedarf und mit Termin Übersetzerinnen organisiert.

Die Maßnahme ist kontinuierlich und kostenfrei.

2.4.3. Maßnahmenvorschläge

Ein zentrales Anliegen der Teilnehmer und Teilnehmerinnen ist der Dialog zwischen verschiedenen kulturellen Gruppierungen.⁵² Die folgenden aufgeführten Maßnahmenvorschläge sollen einen erheblichen Beitrag dazu leisten.

„Das interkulturelle Programm“ für niedrigschwellige Weiterbildungsangebote, Programme und Förderung zum lebenslangen Lernen

Das interkulturelle Programm fasst alle in Bochum angebotenen Maßnahmen interkultureller Bildung zusammen, die sich auf niederschwellige Angebote und Programme lebenslangen Lernens konzentrieren. Das Programm soll im Internet regelmäßig und aktualisiert veröffentlicht werden. Dazu sollen das bestehende Integrationsportal sowie das Kulturportal der Stadt Bochum miteinander verknüpft werden (eventuell über Links), um zum einen eine

⁵² vgl. Protokoll der „Zwischenkonferenz Integration“ am 31.05.2007

breitere Klientel anzusprechen und zum anderen aktuelle Angebote anzeigen zu lassen. Konkret hieße das, im Fenster Veranstaltungsart des Kulturportals eine zusätzliche Option „interkulturelle Bildung“ zu eröffnen, die tägliche Angebote anzeigt und bei langfristigen Angeboten auf das Integrationsportal verweist. Die täglichen Angebote müssen von den jeweiligen Veranstaltern in eigener Verantwortung bereitgestellt werden. Umgekehrt müsste eine Verlinkung vom Integrationsportal zum Kulturportal eingerichtet werden. Zur Umsetzung eines umfangreichen interkulturellen Programms muss in allen Bildungseinrichtungen, speziell in Migrantenselbstorganisationen Werbung für beide Portale betrieben werden. Für Verbreitung und Weitergabe des interkulturellen Programms sind die Fachleute der Einrichtungen zuständig.

Eine zusätzliche Werbung für interkulturelle Bildungs- und Weiterbildungsangebote soll über die feste Installation des interkulturellen Programms in der Lokalpresse geschehen. Dazu sollen ebenfalls tägliche Angebote vorgestellt und es soll auf die Onlineplattformen Integrations- und Kulturportal verwiesen werden. Für die inhaltliche Umsetzung sind die jeweiligen Veranstalter verantwortlich.

Interkulturelles Haus / Begegnungszentrum

Das Haus der Orientierung ist ein interkulturelles Begegnungszentrum, das allen Migranten und Migrantinnen und Bürgern und Bürgerinnen der Stadt Bochum Treffpunkt, Informationsstelle und Bildungsstätte zugleich sein soll.

In einem zentral liegenden, nicht genutzten Gebäude oder einer leerstehenden Kirche soll zukünftig das Haus für interkulturelles Leben eingerichtet werden. Durch den zentralen Standort können gebündelte Angebote gemacht werden und Beratungen oder Informationsveranstaltungen stattfinden. Dieses neue Haus bietet allen Kulturen kurze Wege und ist damit ein erster Schritt zu einer niederschweligen Bildungsphilosophie.

An übergeordneter Stelle für die Organisation könnte die Stadtverwaltung stehen.

Strukturgebend ist eine zentrale Ansiedlung von integrationsrelevanten Einrichtungen, von Beratungsstellen für Migranten und Migrantinnen und von Verwaltungsräumen. Zusätzlich werden kontinuierlich und zeitlich begrenzte Seminarräume zur Miete angeboten. Im Einzelnen sollen sich aber auch Vereine oder andere Organisationen in diesem Haus ansiedeln. Zur Zielsetzung der Interkulturalität ist eine paritätische Besetzung sinnvoll. Ungeklärt ist noch die Finanzierung. Eine Teilfinanzierung durch Mieteinnahmen ist angedacht. Ergänzend könnten gastronomische Räume verpachtet werden. Eine Finanzierung aus öffentlichen oder privaten Mitteln ist jedoch unumgänglich.

Netzwerk von fremdsprachlichen Beratern und Beraterinnen / Mediatoren und Mediatorinnen in allen Beratungs-, Bildungs-, Gesundheits- und Verwaltungsbereichen

Das Netzwerk soll aus fremdsprachlichen Beratern und Beraterinnen oder Mediatoren und Mediatorinnen aus allen Beratungs-, Bildungs-, Gesundheits- und Verwaltungsbereichen bestehen. Es soll dazu dienen, allen in Bochum lebenden Bürgern und Bürgerinnen, egal mit welchem nationalen Hintergrund, die gleiche Teilhabe an Bildungs-, Beratungs- und Informationsangeboten zu ermöglichen, indem alle Angebote in der Landessprache der Migranten und Migrantinnen stattfinden können. Die fremdsprachliche Beratung soll primär auf ehrenamtlicher Mitarbeiter basieren. Die Aufwandsentschädigungen und anfallende Materialkosten übernehmen die Organisationen, die diese Leistung in Anspruch nehmen. Als zentraler Ansprechpartner und Organisator ist die RAA Bochum vorgesehen. Die RAA leitet die Berater und Beraterinnen kostenlos an die Organisationen weiter. Zudem übernimmt die RAA die regelmäßigen Schulungen der Berater und Beraterinnen über Themen aus dem Beratungs-, Bildungs-, Gesundheits- und Verwaltungswesen.

Die fremdsprachliche Beratergruppe soll im Internet veröffentlicht werden.

Übergreifende Maßnahmen

Verschiedene Lebensphasen beinhalten Einstiege und Übergänge in unterschiedliche Bildungsangebote. Nicht für alle Menschen, besonders für Menschen mit Migrationshintergrund, sind diese Einstiege und Übergänge durchlässig und selbstverständlich. Aus diesem Grund müssen Informations- und Beratungsangebote für Kindergarten, Schule, Aus-, Fort- und Weiterbildung besonders transparent gestaltet werden und in der Praxis funktionieren. Mit den folgenden übergreifenden Maßnahmen soll ein Schritt in diese Richtung geschaffen werden.

Fachkräftepool mit Referenten und Referentinnen unterschiedlicher Bildungssituationen

Der Fachkräftepool soll Experten und Expertinnen beinhalten, die als Referenten und Referentinnen oder als Berater und Beraterinnen zum Thema Bildung und Integration zur Verfügung stehen. Zu diesen Bereichen können z.B. Leistungen, wie Beratung, Vorträge, Durchführung von Seminaren etc., evtl. in mehreren Sprachen angeboten werden.

Die Fachkräfte können sich in der Online-Datenbank selbst registrieren und ihr Profil erstellen und jederzeit eigenständig über individuelle Zugangsdaten aktualisieren.

Interessierte Institutionen, Verbände oder Organisationen können dann, evtl. gegliedert nach Themenschwerpunkten, Angebotsformen oder Sprachen, nach geeigneten Experten und Expertinnen suchen und mit ihnen Kontakt aufnehmen.

Der Fachkräftepool soll regelmäßig aktualisiert und ausgebaut werden. Die Nutzung als auch die Aufnahme sind kostenfrei.

Integrationsmanager / Integrationsmanagerin

Zum Aufbau eines vernetzten Gesamtkonzeptes zur Interkulturellen Bildung und Erziehung ist der Einsatz eines übergeordnetem Integrationsmanagers / einer übergeordneten Integrationsmanagerin von wesentlicher Bedeutung. Diese Person soll Einrichtungen mit erhöhtem Bedarf Hilfestellung leisten, wenn es um die Ausgestaltung des alltäglichen Zusammenlebens verschiedener Kulturen geht.

Um ein gesamtes Netzwerk für die Stadt Bochum zu errichten, müsste für jeden Bezirk mit erhöhtem Migrantenanteil eine Stelle eingerichtet werden. Das ergibt ein Team von sechs hauptamtlichen Integrationsmanagern und -managerinnen. Die Aufgaben beziehen sich auf Organisation, Netzwerkarbeit im Bezirk, Sozialberatung, Koordination von Integrationsmaßnahmen, Elternarbeit, Vermitteln von Hilfe und Beratung. Sie beinhalten die Funktion eines Multiplikators für ehrenamtliche Integrationshelfer.

Die Stelle des hauptamtlichen Integrationsmanagers / der hauptamtlichen Integrationsmanagerin sollte von einer Person mit mindestens Fachhochschulabschluss in einem sozialem Studium besetzt werden. Die Teilnehmern und Teilnehmerinnen des Bildungsforums schlagen folgende Qualifikationen vor: Pädagogik mit einer Zusatzausbildung Interkulturelle Bildung und Erziehung, Lehramt mit der Zusatzqualifikation Interkulturelle Pädagogik und Deutsch als Zweitsprache, Sozialpädagogik, Sozialarbeit und soziale Arbeit. Weitere Voraussetzung sollten Mehrsprachigkeit in Bezug auf die zielgruppenorientierte Mehrheitssprache sowie einschlägige Erfahrung im Bereich Interkultureller Arbeit sein. Personell sollte diese Stelle in Jugendhilfezentren angesiedelt und über städtische Mittel finanziert werden.

Unterstützt werden muss diese hauptamtliche Tätigkeit durch ehrenamtliche Integrationshelfer mit Migrationshintergrund. Die Integrationshelfer sollen vor Ort Ansprechpartner sein und mit Unterstützung des hauptamtlichen Integrationsmanagers / der hauptamtlichen Integrationsmanagerin aktiv zur Interkulturellen Bildung und Erziehung beitragen.

Kooperationspartner sind alle Einrichtungen, die die Lebenswelt aller in Bochum lebenden Menschen betreffen.

Pflege und Aktualisierung des Integrationsportals

Das mit Mitteln des Ministerium für Generationen, Familie, Frauen und Integration des Landes NRW entwickelte Bochumer Integrationsportal, ist eine übergreifende Sammlung aller Projekte, Angebote und Maßnahmen, die sich aktiv für die Integration in Bochum einsetzen. Die regelmäßige Aktualisierung dieses Portals aller in Bochum agierenden Einrichtungen ist von wesentlicher Bedeutung zur Erstellung eines umfangreichen Netzwerkes.

Qualifizierung des Fachpersonals

Mit der regelmäßigen Qualifizierung des Fachpersonals soll das Erlangen von Fertigkeiten und Kompetenzen unterstützt werden, die wichtig sind, um die Aufgaben oder Anforderungen zur Bildungsgerechtigkeit erfüllen zu können. Eine gut qualifizierte Fachkraft sollte neben einer hohen fachlichen Qualifikation auch eine hohe pädagogische sowie interkulturelle Kompetenz besitzen. Dazu ist es notwendig allen in Bochum agierenden Fachkräften durchgängige, kostenfreie und auf die Anforderungen der einzelnen Bildungsbereiche zugeschnittene Qualifizierungsangebote zu bieten, um ein hohes allgemeines und individuelles Niveau zu erreichen.

Verwendete Literatur

Blaschke, G. (2006): Interkulturelle Erziehung in der frühen Kindheit. Grundlagen – Konzepte – Qualität; Logos Verlag: Berlin

Blossfeld, H.-P.; Bos, W.; Lenzen, D.; Müller-Böling, D.; Oelkers, J.; Prenzel, M.; Wößmann, L. (2007): Bildungsgerechtigkeit – Jahresgutachten 2007; VS Verlag für Sozialwissenschaften / GWV Fachverlage GmbH: Wiesbaden

Bothmer, H. von; Faulstich-Wieland, H.; Hellert, U.; Hölscher, P.; Laewen, H. J.; Loebe, H.; Münchmeier, R.; Röbe, E. (2002): Förderung von Chancengleichheit. Bericht der Expertengruppe des Forums Bildung in: Expertenberichte des Forums Bildung; Arbeitsstab Forum Bildung in der Geschäftsstelle der Bund – Länder – Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung (Hrsg.): Bonn

Brockmann, St. (2006): Diversität und Vielfalt im Vorschulbereich. Zu interkulturellen und antirassistischen Ansätzen; Schriftenreihe des interdisziplinären Zentrums für Bildung und Kommunikation in Migrationsprozessen (IBKM); BIS-Verlag: Oldenburg

Diefenbach, H. (2007): Kinder und Jugendliche aus Migrantenfamilien im deutschen Bildungssystem. Erklärungen und empirische Befunde; 1. Auflage; VS Verlag für Sozialwissenschaften / GWV Fachverlage GmbH: Wiesbaden

Filtzinger, O. (2006): Interkulturelle Erziehung und Bildung in: Fried, L. & Roux, S. (Hrsg.): Pädagogik der frühen Kindheit. Handbuch und Nachschlagewerk; 1. Auflage; Beltz Verlag: Weinheim und Basel

Gogolin, I. (2003): Gleiche Bildungschancen für Kinder mit Migrationshintergrund – möglich auch in Deutschland? In: Förderung von Migranten und Migrantinnen im Elementar- und Primarbereich. Fachtagung am 7. März 2003 in Berlin. Dokumentation; Beauftragter der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration (Hrsg.); Bonner Universitäts-Buchdruckerei: Bonn

Knowles, M. S.; Holton III, E. F.; Swanson, R. A. (2007): Lebenslanges Lernen. Andragogik und Erwachsenenlernen; 6. Auflage; Jäger, R. S. (Hrsg.); Spektrum Akademischer Verlag Elsevier GmbH: München

Krüger-Potratz, M. (2005): Interkulturelle Bildung. Eine Einführung; Waxmann Verlag GmbH: Münster

Schnabel, M. (1990): Theorie und Praxis der Eltern-Kind-Gruppenarbeit. Einführung in die Ziele, Inhalte, Methoden und theoretischen Zusammenhänge des Eltern-Kind-Programms (EKP), Stockdorf S. 25 ff.

Schweitzer, F. (2007): Bildung und Gerechtigkeit – oder: Was ist unter Bildungsgerechtigkeit zu verstehen In: Fischer, D. & Elsenbast, V. (Hrsg.): Zur Gerechtigkeit im Bildungssystem; Waxmann Verlag GmbH: Münster

Stimmer, F. (1994): Lexikon der Sozialpädagogik und der Sozialarbeit; Oldenbourg Verlag GmbH: München

Välijärvi, J. (2002): Chancengleichheit und Bildung in der finnischen Schule in: Fischer, D. & Elsenbast, V. (Hrsg.): Zur Gerechtigkeit im Bildungssystem; Waxmann Verlag GmbH: Münster

Internetressourcen

<http://www.bmbf.de/de/89.php>; 16.09.2007, 10.35 Uhr

<http://www.bmbf.de/de/411.php>; 16.09.2007, 10.35 Uhr, 10.38 Uhr, 10.40 Uhr

http://www.laga-nrw.de/xd/public/content/index._cGikPT11Mw_.html; 16.09.2007, 11.05 Uhr
Rede des Ministers für Generationen, Familie, Frauen und Integration des Landes Nordrhein-Westfalen Herrn Armin Laschet anlässlich der Hauptausschusssitzung der Landesarbeitsgemeinschaft der kommunalen Migrantenvertretungen NRW (LAGA NRW) am 12. November 2005 in Eschweiler

<http://www.bildungsportal.nrw.de/BP/Unterricht/Faecher/Fremdsprachen/FAQMU/Deutsch.html>; 16.09.2007, 11.15 Uhr

<http://archiv.forum-schule.de/archiv/03/pdf/melisa.pdf>; Melisas Wege zur Mehrsprachigkeit aus: Schulmagazin 5-10, Heft 1/2000, S. 8-11, Oldenbourg Schulverlag

http://www.migrationsrat.de/themen/bildung_104_muttersprache_riza.htm; 16.09.2007, 11.40 Uhr

http://www.migrationsrat.de/themen/bildung_104_muttersprache_riza.htm; 16.09.2007, 11.40 Uhr

<http://www.kinderaerzte-lippe.de/Integration-Kultur.htm>; 16.09.2007, 11.45 Uhr

http://www.mbwjk.rlp.de/fileadmin/Dateien/Downloads/Jugend/sprache_foerdern_vortrag.pdf;
16.09.2007, 11.55 Uhr

Sprachliche Entwicklung, kognitions- und sozialpsychologisch wahrgenommen: Was soll gefördert werden und mit welchen Zielen? (Vortrag auf der Fachtagung „Sprache fördern – aber wie?“ 18. Oktober 2005)

http://www.bmbf.de/pub/studie_foerderung_migration.pdf; 16.09.2007, 11.55 Uhr
Förderung von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund; Gutachten von Prof. Dr. Ingrid Gogolin (Federführung), Prof. Dr. Ursula Neumann, Prof. Dr. Hans-Joachim Roth, Universität Hamburg; Materialien zur Bildungsplanung und zur Forschungsförderung, Heft 107; Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung (BLK)

<http://www.bochum.de/integrationsbuero/frame07.htm>; 23.09.2007, 15.00 Uhr
Studentischer Förderunterricht an Bochumer Schulen

<http://www.via-bochum.de/zusaetzliche.htm#jobplus>; 23.09.2007, 15.15 Uhr
Pädagogische Fachkraft mit dem Schwerpunkt Integration

FORUM SPRACHFÖRDERUNG

INHALT

1	Einführung	50
2	Leitziele	55
2.1	Leitziel	55
2.2	Prozessziele	55
	Grundsätze	55
	Information und Transparenz	55
	Gestaltung der Sprachförderung	55
	Qualitätssicherung	56
3	Bestandsaufnahme	57
3.1	Förderung der deutschen Sprache	57
	Im Grünen Bereich! Angebote im Elementarbereich	58
	Im Grünen Bereich? Angebote für Arbeitslose, Seniorinnen und Senioren, sowie für Sozialhilfeempfängerinnen und nicht berufstätige Personen	58
	In der Grauzone: Sekundarbereich und Angebote für Berufstätige	58
	Im roten Bereich: Übergang Schule-Beruf, junge Erwachsene:	59
3.2	Sprachförderung- muttersprachliche Kompetenz	59
4	Maßnahmenkatalog	60
4.1	Maßnahmen zur Strukturentwicklung und Netzwerkbildung	60
	Netzwerk Deutschkurse in Bochum	60
	Koordinierungsstelle für Sprachkursangebote	60
	Bochumer Fachkräftepool	61
	Entwicklung eines Integrationsfahrplans	62
4.2	Angebote für besondere Zielgruppen	62
	Ausbau des Sprachkursangebots auf den Niveaus B2-C2	62
	Anschlüsse bilden („Anschlüsse für Abschlüsse“)	62
	Wiedereinführung des Arbeitskreises Übergang Schule-Beruf	63
	Ausbau berufsbezogener Deutschkurse	63
	Sprachförderangebote für Personen mit Lerndefiziten	64
	Sprachförderung von Eltern	64
4.3	Förderung der muttersprachlichen Kompetenzen	64
	Koala:Koordinierte Alphabetisierung in der Grundschule	64
	Kampagne „Mein Kind ist mehrsprachig - Ihres auch?“ / Bochum ist mehrsprachig	64

<u>Verankerung des Unterricht in der Muttersprache im Grundschulunterricht und im</u>	
<u>Sekundarbereich</u>	<u>65</u>
<u>Unterricht in der Muttersprache für Jugendliche und Erwachsene</u>	<u>65</u>
5 <u>Anlagen</u>	<u>66</u>

Einführung

Die Sprache nimmt im Integrationsprozess eine besondere Stellung ein. Diese kommt nicht nur zum Tragen, wenn es um die Beherrschung der deutschen Sprache durch die Zugewanderten geht, sondern auch als Bereicherung der kulturellen Vielfalt durch andere Sprachen.

Sprache als Bedingung für Integration

Die Sprache ist eine Ressource, an der der Zugang zu den strukturellen Dimensionen der Sozialintegration (Arbeitsmarkt, Bildung) hängt. Sehr gute Deutschkenntnisse sind bei Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen entscheidend für den Bildungserfolg und natürlich auch für den anschließenden Einstieg in das Berufsleben. Bildung, Weiterbildung und Arbeitsleben finden auch für Erwachsene vor allem in deutscher Sprache statt. Dabei spielt die Beherrschung der Schriftsprache eine zunehmend wichtige Rolle.

Gleichzeitig ist die gute Beherrschung der Sprache notwendig für eine aktive Teilhabe am gesellschaftlichen Leben.

Sprache als Folge von Integration

Die Beherrschung der deutschen Sprache ist jedoch nicht nur Bedingung für andere Prozesse von Integration, sondern auch ihre Folge. Sprachbeherrschung ist messbar. Indem sie zum Messinstrument der sozialen Integrationswilligkeit und der bereits erfolgten kulturellen Integration gemacht wird, kommt ihr in der gegenwärtigen Diskussion eine zentrale Rolle zu. Das Zuwanderungsgesetz macht für Erwachsene die Prüfung auf ausreichende deutsche Sprachkenntnisse zu einer der Voraussetzungen für die Erlangung der deutschen Staatsangehörigkeit.

Muttersprachlicher Unterricht

Nun bedeutet für viele Menschen mit Migrationshintergrund Sprache nicht automatisch in erster Linie deutsche Sprache, sondern auch der Muttersprache wird eine wichtige Rolle zugesprochen. Anders als bei anderen sich unter Umständen ausschließenden Dimensionen der Integration (einander widersprechende ethische Grundsätze beispielsweise) gilt für Sprache, dass man sowohl die eine als auch die andere Sprache nebeneinander leben kann. Die Annahme der deutschen Sprache muss und soll daher nicht den Verlust der Muttersprache beinhalten.

Vorstellung des Berichtes

Der hier vorliegende Arbeitsbericht fasst die Arbeitsergebnisse des Forums Sprachförderung zusammen. Eine aus VertreterInnen vieler Bereiche der Sprachförderung zusammengesetzte Arbeitsgruppe⁵³ formulierte auf der Basis der Leitziele⁵⁴ und Themen, die von der ersten Bochumer Integrationskonferenz erarbeitet wurden, spezifische Leitziele für die Sprachförderung in Bochum (Kapitel 2). Die Bestandsaufnahme der vorhandenen

⁵³ Siehe Anlage 1 Zusammensetzung des Forums

Maßnahmen zeigt bereits bestehende Sprachförderangebote auf (Kapitel 3). Der Abgleich der Leitziele mit den vorhandenen Angeboten und Strukturen deckt auf, in welchen Bereichen es noch keine oder unzureichende Angebote und Strukturen gibt. Diese Lücken zu füllen und gleichzeitig Maßnahmen für ein transparentes und strukturiertes und qualitätsorientiertes Sprachförderangebot vorzuschlagen, ist der Leitgedanke des Maßnahmenkataloges (Kapitel 4).

⁵⁴ Siehe Anlage 2 Leitziele und Themen –1. Integrationskonferenz

Leitziele

Die Definition des Leitziels und der daraus abgeleiteten Handlungsziele basiert auf den Ergebnissen der ersten Integrationskonferenz am 15. September 2006. Geleitet wurde die Diskussion von der folgenden Aufgabenstellung:

Wir sind im Jahr 2011. Die Integrationsarbeit in Bochum war erfolgreich. Woran merken Sie das?

Die Integrationsarbeit im Bereich der Sprachförderung ist nach Ansicht des Forums dann erfolgreich, wenn das unten stehende Leitziel erreicht ist.

Integration ist jedoch ein Prozess und diesen Prozess gilt es zu gestalten. Der Prozess der Sprachförderung verläuft dann erfolgreich, wenn die Prozessziele erreicht sind.

Leitziel

Das Leitziel bestimmt den Kern der Sprachförderung in Bochum.

Das Forum Sprachförderung definiert das Leitziel der Sprachförderung wie folgt:

Ziel der Sprachförderung ist, dass für Menschen mit Migrationshintergrund durch ihre allgemeine Sprachkompetenz die Basis für Chancengleichheit, gesellschaftliche Teilhabe, politische Partizipation, Gleichberechtigung, friedliches Zusammenleben und kulturellen Austausch geschaffen wird.

Prozessziele

Die Prozessziele definieren, wie die Sprachförderung in Bochum gestaltet sein sollte. Dabei unterscheiden wir zwischen vier Untergruppen: den Grundsätzen für die Sprachförderung, der Forderung nach Information und Transparenz, dem Bestehen auf der Qualitätssicherung und nicht zuletzt den Vorgaben für die Gestaltung der Sprachförderangebote.

Grundsätze

Die deutsche sowie die muttersprachliche Sprachkompetenz werden gefördert.

Die Sprachförderung ist flächendeckend im Bildungssystem in allen Alterstufen verankert und vernetzt.

Information und Transparenz

Es gibt eine transparente Darstellung sowie eine umfassende Beratung zum Angebot in den Herkunftssprachen.

Die Migrantenselbstorganisationen und Religionsgemeinschaften sind in Information und Beratung eingebunden.

Gestaltung der Sprachförderung

Die Förderung findet individuell unter Berücksichtigung der schulischen, beruflichen und sprachlichen Vorbildung statt.

Es wird zielgruppenbezogenes Lehrmaterial eingesetzt.

Teil der Sprachförderung ist die Vermittlung von Kenntnissen über das gesellschaftliche, kulturelle und wirtschaftliche Leben sowie über die in unserer Gesellschaft geltenden Normen und Werte.

Qualitätssicherung

Die Sprachförderung wird durch qualifiziertes Personal durchgeführt und begleitet.

Die Qualitätssicherung erfolgt durch die Sicherstellung von Zielen und eine begleitende Evaluierung der Zielerreichung.

Bestandsaufnahme

Für die Erreichung des Leitziels ist ein umfassendes Angebot an Sprachfördermaßnahmen notwendig. Vieles ist in Bochum bereits vorhanden, ist aber bisher nicht vollständig erfasst worden. Bei der Bestandsaufnahme handelt es sich natürlich um Momentaufnahmen.

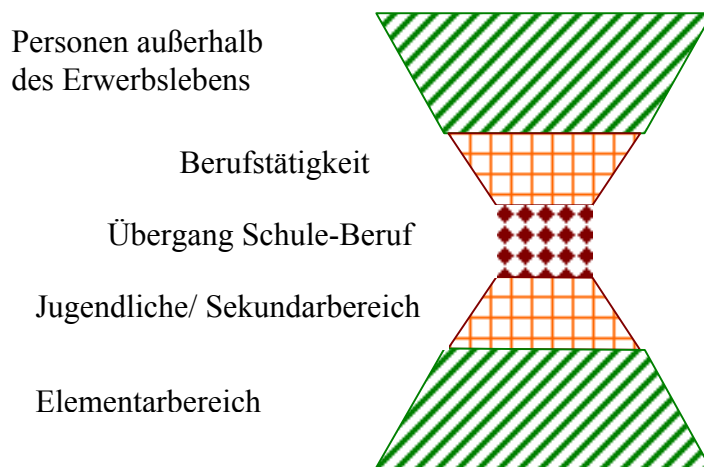
Das Forum Sprachförderung hat eine erste Aufstellung der vorhandenen Sprachförderangebote erstellt. Die Angebote erfassen die organisierten Sprachförderangebote, z.B. in Form von Kursen, Maßnahmen oder Vorlesestunden. Nicht erfasst sind Angebote, die als Folge auch eine Sprachförderung implizieren, wie zum Beispiel das Chorangebot eines Männergesangsvereins: Deutsch lernen durch Singen. Der Blick auf die Angebote im Bereich der muttersprachlichen Förderung beschränkt sich auf die Angebote außerhalb der Schulen und bezieht sich auf Informationen aus dem Forum Sprachförderung beziehungsweise aus dem Integrationsportal. Die Bestandsaufnahme der Angebote in den Schulen erfolgte durch das Forum Bildung.

Förderung der deutschen Sprache

Zur Strukturierung der Sprachförderangebote unterscheiden wir zwischen den Angeboten für die verschiedenen Alterstufen. Innerhalb der Alterstufen ist eine weitere Differenzierung nach Zielgruppe, Niveau, Finanzierung sowie nach weiteren Kriterien erfolgt.⁵⁵

⁵⁵ Siehe Anlage 3 und 4

Die folgende Grafik bietet einen Überblick über den Umfang der vorhandenen Sprachförderangebote im Bereich des Erlernens der deutschen Sprache.



Im grünen Bereich! Angebote im Elementarbereich

Im Elementarbereich existieren Programme für alle Altersstufen. Es ist viel in Bewegung, z.B. durch neue Programme und Sprachstandsfeststellungstests im Alter von 4 Jahren (Delfin 4). Die Sprachförderung im Elementarbereich bewegt sich tatsächlich im „grünen Bereich“.

Im grünen Bereich? Angebote für Arbeitslose, Seniorinnen und Senioren, sowie für Sozialhilfeempfängerinnen und nicht berufstätige Personen

Deutlich ist auch zu sehen, dass für Personen außerhalb des Erwerbslebens ein ausreichendes Angebot vorhanden ist. Dies ist vor allem auf ein vielfältiges Angebot an allgemeinsprachlichen Integrationskursen zurückzuführen.

Eine weiter differenzierende Betrachtung zeigt jedoch, dass dieses positive Urteil für einzelne Zielgruppen und besondere Angebote nicht gilt. Besondere Zielgruppen wie Analphabeten oder Senioren und Seniorinnen und speziellere Angebote wie berufsvorbereitende Sprachkurse auf höheren Niveaus sind nicht in ausreichendem Maße vorhanden.

In der Grauzone: Sekundarbereich und Angebote für Berufstätige

In beiden Bereichen sind sowohl das Angebot als auch der Bedarf schwer einzuschätzen. Datenmaterial liegt anders als im Elementarbereich mit Sprachstandstests nicht vor. Tendenziell ist eine steigende Bedeutung der mündlichen, vor allem aber der schriftlichen Ausdrucksfähigkeit auch in Berufen für niedrig qualifizierte ArbeitnehmerInnen zu verzeichnen.

Im roten Bereich: Übergang Schule-Beruf, junge Erwachsene:

Anders sieht es jedoch im Bereich der Angebote für junge Erwachsene, insbesondere im Übergang von der Schule in den Beruf aus. Angebote sind dem Forum nur begrenzt bekannt. Bekannt ist jedoch, dass der Bedarf an Angeboten, die sich speziell an diese Zielgruppe wenden, besonders hoch ist. Wir sehen hier besonderen Handlungsbedarf.

Sprachförderung- muttersprachliche Kompetenz

Die Sprachförderung im Bereich der muttersprachlichen Kompetenz wendet sich vor allem an Kinder und Jugendliche. Neben der Sprachförderung an einzelnen Schulen bieten vor allem die Stadtbücherei und Migrantenselbstorganisationen muttersprachliche Förderung in Form von Vorlesestunden und Sprachkursen an.

Maßnahmenkatalog

Die Erstellung eines Maßnahmenkatalogs begleitete die Diskussion seit der ersten Integrationskonferenz. Die erste Frage war, woran man erfolgreiche Sprachförderung in Bochum erkennen kann. Anschließend stellte sich die Frage nach den Hindernissen auf dem Weg dorthin. Der Maßnahmenkatalog ist das Ergebnis eines Abgleichs zwischen Soll = Forderungen – der Erfüllung der prozessorientierten Leitziele – und Haben = Vorhandenem – den bestehenden Sprachförderangeboten.

Maßnahmen zur Strukturentwicklung und Netzwerkbildung

Die Maßnahmen zur Strukturentwicklung und Netzwerkbildung ergeben sich aus der Forderung nach Transparenz und Information.

Netzwerk Deutschkurse in Bochum

Bereits heute finden unter Leitung der Regionalkoordination des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge regelmäßige Treffen der Bochumer Träger von Integrationskursen statt. An den Treffen beteiligen sich VertreterInnen der ARGE und des Ausländerbüros, die MigrationserstberaterInnen sowie das Integrationsbüro.

Ziel ist es, das bisherige Sprachkursträgertreffen zu einem regelmäßig tagenden Netzwerk zum Thema „Sprachförderung für Erwachsene“ auszubauen, das noch weitere Akteure mit einbezieht und seine Aktivitäten ausbaut.

Bei der Planung von Integrationskursen, niederschweligen Kursen sowie Verbundprojekten kooperieren die Träger und Mitglieder des Netzwerkes. Das Netzwerk informiert sich gegenseitig und tritt nach außen als Ansprechpartner für die Sprachförderung Erwachsener in Bochum auf. Das Netzwerk sucht derzeit nach einem griffigen Namen und arbeitet an seiner konkreten Ausgestaltung.

Koordinierungsstelle für Sprachkursangebote

Eine neu zu gründende zentrale kommunale Anlaufstelle für erwachsene InteressentInnen an Sprachkursen bietet Auskunft über das Angebot an Deutschkursen für Erwachsene in Bochum.

Ziele:

Das Angebot an Deutschkursen in Bochum ist transparent.

Die Wartezeiten für die Teilnahme an Deutschkursen werden verkürzt. Möglichst viele BochumerInnen mit Migrationshintergrund ohne ausreichende Deutschkenntnisse besuchen einen Integrationskurs.

Beschreibung

In der neu zu gründenden kommunalen Anlaufstelle für Sprachkursangebote wird der Interessent oder die Interessentin bezüglich der verschiedenen Angebote, wie zum Beispiel Integrationskurs oder niederschwelliges Angebot, berufsbezogene Sprachförderung oder „Mama lernt Deutsch“, beraten.

Darüber hinaus wird sowohl über die Kosten des Angebotes als auch über die Finanzierungsmöglichkeiten informiert. Hier können Anträge auf Zulassung zum Integrationskurs gestellt und Einstufungstests absolviert werden.

Die neu zu gründende Anlaufstelle arbeitet eng mit dem *Netzwerk Deutschkurse in Bochum* und dem *Informationsbüro für Neuzugewanderte* zusammen.

Bochumer Fachkräftepool

Für eine erfolgreiche Sprachförderung ist der Einsatz qualifizierten Personals unabdingbar. Deshalb versammelt der Bochumer Fachkräftepool qualifiziertes Personal aus dem Sprachförderbereich vom Elementarbereich bis zur SeniorInnenbildung.

Eine Datei gibt Auskunft über die Qualifikation der Lehrkräfte und ErzieherInnen, besonders im Hinblick auf interkulturelle Kompetenz und Sprachförderung. Die Datei wird gepflegt. Fortbildungsangebote werden dem Bedarf entsprechend konzipiert und veranstaltet. Die Aufnahme in diese Datei erfolgt freiwillig.

Der Bochumer Fachkräftepool erleichtert den Trägern die Suche nach qualifiziertem Personal. Die Transparenz über die Qualifizierung des Personals wird sowohl für die Träger als auch für die Teilnehmenden an Sprachfördermaßnahmen gefördert.

Das Fachforum Sprachförderung schlägt eine sinnvolle Verbindung mit den entsprechenden Vorschlägen des Fachforums Bildung vor.

Fortbildung

Fortbildungsangebote werden koordiniert und damit leichter zugänglich.

Für die im Pool registrierten Personen werden besondere Fortbildungen angeboten. Die Teilnahme daran wird durch die Träger der Einrichtungen unterstützt. Dies betrifft insbesondere die Einrichtungen in kommunaler Trägerschaft. Anreize zur Teilnahme für fest angestelltes Personal können z.B. durch Teilnahme während der Arbeitszeit bzw. durch besondere Anreize (Bonussystem) geschaffen werden.

Angestrebt wird eine freiwillige Selbstverpflichtung der Träger, ihr Personal aus diesem Pool zu beziehen bzw. ihr Personal im Pool zu registrieren. Eine qualitätsorientierte Auswahl des Personals kann so eher garantiert werden.

Entwicklung eines Integrationsfahrplans

Ein Laufzettel listet die wichtigsten Adressen zur Integrationsförderung in Bochum auf. Der Integrationsfahrplan wird im Arbeitskreis der Migrationserstberatung unter der Leitung des Integrationsbüros erstellt.

Angebote für besondere Zielgruppen

Die Notwendigkeit von Angeboten für besondere Zielgruppen resultiert aus den unter dem Punkt *Gestaltung der Sprachförderung* definierten Prozesszielen, nämlich die Vorbildung zu berücksichtigen und zielgruppenbezogenes Lehrmaterial einzusetzen.

Ausbau des Sprachkursangebots auf den Niveaus B2-C2

Niederschwellige Deutschkurse sowie Integrationskurse erreichen auf der Skala des CEF⁵⁶ maximal das Niveau B1. Das Angebot an Deutschkursen auf höheren Niveaustufen richtet sich meistens an eine sehr lerngewohnte Zielgruppe.

Die Ausübung eines qualifizierten Berufs oder auch eine qualifizierte Berufsausbildung verlangen jedoch Deutschkenntnisse, die über das Niveau B1 hinausgehen. Die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ist ohne diesen Sprachstand ebenfalls nur eingeschränkt möglich.

Ziel: mehr Erwachsene erreichen ein Sprachniveau oberhalb des Niveaus B1.

Zielgruppe: Erwachsene, die ihre Deutschkenntnisse über das Niveau B1 hinaus verbessern wollen.

Ein differenziertes Angebot an Sprachkursen für diese Zielgruppe muss aufgebaut werden.

Anschlüsse bilden („Anschlüsse für Abschlüsse“)

Zielgruppen:

SchulabgängerInnen mit Sprachförderbedarf

Personen mit Migrationshintergrund, die einen höheren Bildungsabschluss oder eine Ausbildung anstreben

Ziel: Steigerung der Rate höherer und besserer Schulabschlüsse, der Ausbildungsquote und der erfolgreichen berufsbezogenen Abschlüsse für Personen mit Migrationshintergrund

Die Maßnahme schließt die Sprachförderlücke zwischen dem Beenden des Ersten Bildungsweges (mit Abschluss / ohne Abschluss) und dem Berufseingang besonders ab dem Niveau B2. Sie ermöglicht Personen mit Migrationshintergrund, die signifikant durch sprachliche und soziale Barrieren benachteiligt sind, durch eine gezielte Förderung einen (höheren oder besseren) Schulabschluss zu erreichen, um damit die Ausbildungsnachteile auszugleichen und die Chancen auf dem Arbeitsmarkt zu verbessern. Letztere hängen

¹⁰⁵: CEF: Gemeinsamer Europäischer Referenzrahmen für Sprachen. Die sechs Kompetenzstufen des CEF helfen, sprachliche Fähigkeiten europaweit zu vergleichen.

bekanntermaßen vor allem von der Sprachkompetenz **und** der Qualität des Schulabschlusses ab.

Die Maßnahme geht von der allgemeinen Erfahrung aus, dass bei der komplexen Problematik, die gerade die Sprachkompetenz im Zusammenhang von nicht oder wenig erfolgreichem Erreichen des Schulabschlusses spielt, eine Kombination aus Sprachförderung und Verbesserung des Schulabschlusses möglichst flexibel und anschlussoffen konzipiert sein muss. Infolgedessen wird ein modulares Modell vorgeschlagen. Dies ist an das Projekt der „integrierten Integrationskurse“ angelehnt (Kooperation zwischen dem Otilie – Schoenewald - Weiterbildungskolleg und der VHS), das die intensive Förderung der Deutschkenntnisse in Integrationskursen mit einem schulischen Teil (zusätzliche intensive Sprachförderung und Angebot in den Fächern Deutsch, Englisch, Mathematik) verknüpft und damit einen flexiblen Übergang in das System des Weiterbildungskollegs mit dem potenziellen Erreichen aller Schulabschlüsse ermöglicht. Die Förderung erfolgt in Modulen, so dass die individuellen Lernstände in den verschiedenen Fächern berücksichtigt werden und die Teilnehmenden so schnell wie möglich in reguläre Schulabschlusskurse beziehungsweise andere Ausbildungsgänge integriert werden. Die Deutschkurse werden auf den Niveaus des Gemeinsamen Europäischen Referenzrahmens für Sprachen (GER) B2 bis C2 angeboten. Ausgangspunkt ist die Überlegung, dass für einen guten Schulabschluss ebenso wie für den Besuch des Berufskollegs oder für eine Ausbildung gute Deutschkenntnisse, d.h. mindestens auf C1-Niveau, unabdingbar sind. Gleichzeitig ist die nicht ausreichende Sprachkompetenz häufig an Lücken in den Grundfächern Mathematik und Englisch gekoppelt. Das Projekt kann durch die Volkshochschule und das Otilie – Schoenewald - Weiterbildungskolleg durchgeführt werden.

Wiedereinführung des Arbeitskreises Übergang Schule - Beruf

Für eine erfolgreiche Durchführung des Projektes *Anschlüsse durch Abschlüsse* ist eine umfassende Information und Beratung nötig. Dafür schlagen wir folgende Vorgehensweise vor:

Wiedereinführung des Arbeitskreises Übergang Schule-Beruf (Berufskollegs + Weiterbildungskolleg, RAA)

im AK: Erfassung der SchülerInnen mit Sprachförderbedarf

Information der SchülerInnen über das Angebot

zentrale Einstufung und Beratung durch qualifiziertes Personal.

Ausbau berufsbezogener Deutschkurse

Siehe Forum Beschäftigung

Sprachförderangebote für Personen mit Lerndefiziten

Es fehlen Maßnahmen innerhalb der Schulen sowie für diese Zielgruppe passende Qualifizierungsangebote mit Sprachförderung, speziell auch im Übergang von der Schule zum Beruf. Konkrete Maßnahmen müssen konzipiert werden.

Sprachförderung von Eltern

Die Sprachförderung von Eltern schulpflichtiger Kinder wird häufig an den Schulen selbst gewünscht. Hierfür ist die Einbindung der Schulen notwendig. Ebenso wünschenswert ist die Einbindung der Elternvereine.

Förderung der muttersprachlichen Kompetenzen

Kern der Sprachförderung ist es, die allgemeine Sprachkompetenz der Bochumer und Bochumerinnen mit Migrationshintergrund derart zu fördern, dass Integration möglich ist. Hiermit ist selbstverständlich nicht nur die Beherrschung der deutschen Sprache, sondern auch die der Muttersprache (oder anderer Sprachen) gemeint. Ausdrücklich präzisiert wird dies im ersten grundsätzlichen Prozessziel.

Das erste grundsätzliche Prozessziel legt fest, dass sowohl die deutsche als auch die muttersprachliche Sprachkompetenz gefördert wird.

Koala: Koordinierte Alphabetisierung in der Grundschule

Bei dem Koala-Projekt handelt es sich um die Einführung der koordinierten Alphabetisierung in der Grundschule (z. B. auf Türkisch, Arabisch oder Kurdisch und Deutsch),
Projektbeschreibung siehe Forum Bildung.

Zielgruppe: Kinder mit und ohne Migrationshintergrund in der ersten Grundschulklasse

Ziel: Förderung der Mehrsprachigkeit und Förderung der Akzeptanz und Selbstverständlichkeit der Herkunftssprachen.

Kampagne „Mein Kind ist mehrsprachig - Ihres auch?“ / Bochum ist mehrsprachig

Die Maßnahmen zur Förderung der muttersprachlichen Kompetenz und der Mehrsprachigkeit müssen von einer gezielten Öffentlichkeitsarbeit begleitet und unterstützt werden. Koalaklassen sollen als Klassen mit "Mehrwert" angesehen werden. Eine Plakataktion soll Aufmerksamkeit schaffen, Interesse wecken und die vorhandene Mehrsprachigkeit in ein neues Licht setzen.

Zielgruppe:

Eltern von Kindern im Vorschulalter, breite Öffentlichkeit

Ziele:

Förderung des Bewusstseins für den Wert von Mehrsprachigkeit sowohl bei Eltern mit deutschem Hintergrund als auch bei Eltern mit Migrationshintergrund.

Förderung der Wahrnehmung von Mehrsprachigkeit als Chance, unabhängig von den beherrschten Sprachen.

Verankerung des Unterrichts in der Muttersprache im Grundschulunterricht und im Sekundarbereich

Siehe Forum Bildung.

Unterricht in der Muttersprache für Jugendliche und Erwachsene

Nicht nur Kinder und Jugendliche, auch Erwachsene wünschen oder benötigen gezielte Förderung der Muttersprache. Ziel ist, vor allem jungen Erwachsenen mit Migrationshintergrund schriftsprachliche Kompetenz in ihrer nichtdeutschen Muttersprache zu vermitteln.

Der Bedarf wird insbesondere für die Sprachen Türkisch, Polnisch, Russisch, Arabisch und Kurdisch gesehen.

Anlagen

Anlage 1: Liste der beteiligten Ämter, Vereine und Institutionen	66
Anlage 2: Leitziele und Themen. 1. Integrationskonferenz am 15.09.2006, Forum Sprachförderung	67
Anlage 3: Bestandsaufnahme der Sprachförderangebote für Kinder und Jugendliche	68
Anlage 4: Bestandsaufnahme der Sprachförderung für Erwachsene und im Übergang Schule und Beruf	70
Anlage 5: Bestandsaufnahme Förderung der Muttersprache	74

Anlage 1: Liste der beteiligten Ämter, Vereine und Institutionen⁵⁷

Institution
Amt 33 Ausländerbüro
Amt 51 5 Jugendamt
ARGE BOCHUM
AWO
Bundesamt für Migration und Flüchtlinge
Die GRÜNEN
HS Albert-Schweitzer-Schule
IFAK e.V.
Integrationsbüro/RAA
Otilie – Schoenewald - Weiterbildungskolleg
Privatpersonen
SKFM Wattenscheid Kdg St. Barbara
VHS Bochum

⁵⁷ Aufgezählt sind alle Personen und Institutionen, die regelmäßig nach der Integrationskonferenz am Forum Sprachförderung teilgenommen haben. Die Aufzählung erfolgt alphabetisch.

Anlage 2: Leitziele und Themen. 1. Integrationskonferenz am 15.09.2006, Forum Sprachförderung

Sieben priorisierte Leitziele für die Arbeit im Forum Sprachförderung

- Koordiniertes und kontrolliertes Sprachkursangebot für alle Generationen
- Qualifiziertes Personal
- Interkulturelle Öffnung aller Angebote und Akzeptanz der Muttersprache
- Sprachfördermaßnahmen in Kindertagesstätten und Grundschulen mit genügend Personal und räumlichen Ressourcen
- Kursangebot im Wohnumfeld
- mehr Kinder erreichen einen höheren Bildungsabschluss
- es gibt eine koordinierte Schul- und Sozialarbeit

Fünf Themen im Themenspeicher

- interkulturelle Kompetenz
- Motivation/ Anreize zum Sprachenlernen
- Lernmethodik
- Analphabetismus
- Zusammenhang zwischen Wohnumfeld, Tradition und Sprachkompetenz

Anlage 3: Bestandsaufnahme der Sprachförderangebote für Kinder und Jugendliche

Der gesamte Bereich wurde in vier Altersstufen eingeteilt. Die bekannten Angebote und Maßnahmen im Bereich Sprachförderung "Deutsch" wurden aufgenommen.

Altersstufe 0 - 3 Jahre

- Allgemeine Sprachförderung
- Adaption von "Griffbereit"/RAA durch FB der Stadt Bochum
Spielgruppe für Eltern und Kinder im Alter von 1 - 3 Jahren

Altersstufe 3 - 6 Jahre

ab 4 Jahren Sprachförderung in den Tageseinrichtungen nach Delfin 4, Antrag über das Jugendamt

2.2.1/Landesmittel; Antrag über das Jugendamt

ab 5 Jahren 2.2.2/Landesmittel; Antrag über die RAA

Kinder außerhalb der Institutionen

ab 4 Jahren 2.2.3/Landesmittel, RAA

4 - bis 6 - Jährige "Rucksack" I
und Eltern Sprach- und Lernprogramm der RAA für Kindertages-
einrichtungen (mehrsprachiger Ansatz)

Altersstufe 6 - 10 Jahre

- "Rucksack II" - Sprach- und Lernprogramm der RAA für die ersten und zweiten Klassen der Grundschule (Adressatengruppen: Eltern und Kinder)
- Fördergruppen
- Zusätzlicher Deutschunterricht für Seiteneinsteiger
- Integrationsstunden - an Konzepte gebundene Förderstunden

Altersstufe 10 - 16 Jahre

- Hauptschulen 5.-6./7. Klasse
Sprachförderstunden (an Konzepte gebunden)
- Alle Schulformen
Sprachförderstunden (an Konzepte gebunden)
- Seiteneinsteigerklassen
- "Mercator Project" - Förderung an Realschulen, Gymnasien , Gesamtschulen
- Einzelförderung
- Förderklasse für Seiteneinsteiger/Sekundarstufe II
am Alice-Salomon-Berufskolleg

Anlage 4: Bestandsaufnahme der Sprachförderung für Erwachsene und im Übergang Schule und Beruf

Förderobergrenze	Förderuntergrenze	Ziel	Zielgruppe	Art	Umfang	Abschluss	Anbieter	Förderung durch
B 1	Ab Analphabeten aufwärts	Ausreichende Kenntnisse der deutschen Sprache sowie Kenntnisse über das gesellschaftliche, kulturelle und wirtschaftliche Leben sowie über die in unserer Gesellschaft geltenden Normen und Werte	Alle Personen mit Migrationshintergrund	Integrationskurse	430-1245 UE	Zertifikat / B 1 Prüfung	Div., nach Zulassung durch BAMF	BAMF
B 1	A 1	sprachliche, berufliche und gesellschaftliche Integration	Migranten und Migrantinnen im AIG 2 Bezug	4 x 16 Teilnehmer / -innen für jeweils 24 Wochen	Vollzeit (40 h je Woche). Theoretische Sprachqualifikation, Berufsorientierung & 2 betriebl. Praktika	B1	RAG Benedict School	ARGE Bochum

C2	Ab Alphabetisierung	Das jeweilige Kursziel ergibt sich durch die Niveaustufen der Kurse, bzw. durch das BAMF	Alle, zum Teil nach Zielgruppen unterschieden: Frauen, Männer, hohes Bildungsniveau etc.	Allg. Deutschkurse, Sonderkurse, Integrationskurse niederschwellige Frauenkurse	80 Module à 60-100 Unterrichtsstunden	Fremdprüfung: C1, C2; interne Prüfung: A1 und A2, Zertifikat Deutsch B1	VHS	Land (nach WBG) und Stadt Bochum, Förderung der Teilnehmenden durch BAMF und ARGE
B1	A2 in Einzelfällen auch A1	sprachliche, berufliche und gesellschaftliche Integration	Migranten und Migrantinnen im ALG 2 Bezug mit päd. Vorbildung	12 TN/-innen vom 01.09.07 bis 31.05.08	30 Stunden / Woche Jeweils 15 Stunden in einem Jugendfreizeithaus und theoretische Sprachqualifikation	B1	Bildungszentrum des Handels. (Teilnehmende münden ausschließlich über die ARGE BO in die AGH ein)	ARGE Bochum
es müssen beruf-	A 2 (immanent vorausgesetzt)	Förderung beruflicher Sprachkenntnisse	Migranten und Migrantinnen mit	ESF Kurse, berufsbezogene	(2007 - 1 Maßnahme 15 Pers.),	Keine Abschlussprüfung, nur	Ausschreibung an Träger	AA

liche Sprachkenntnisse fehlen			dauerhaftem Aufenthalt, Vor. ALG I Bezug und Aufstocker	Sprachkenntnisse, Bewerbustraining, u. U. Praktika,	455 UE in 13 Wochen	Wissenstandsüberprüfungen, es erfolgt eine Beurteilung		
	A2 oder B1 nach Abschluss eines Integrationskurses oder Zertifikat Start Deutsch 2z	sprachliche, berufliche und gesellschaftliche Integration	Migranten und Migrantinnen im AIG 2 Bezug	30 TN vom 01.10.07 bis 30.09.08	Vollzeit (2 Qualifikationsphasen und 2 betriebliche Praktika; Begleitung durch einen Integrationscoach)	mind. Zertifikat Deutsch und max. Zertifikat Deutsch für den Beruf; Integration in den Arbeitsmarkt	Bildungszentrum des Handels. (Teilnehmer/-innen münden ausschließlich über die ARGE Bochum in das Projekt ein)	EU Land NRW ARGE Bochum
Sprachliche Defizite	B 1	sprachliche (Steigerung um eine Kompetenzstufe CEF), berufliche und gesellschaftliche Integration	Migranten und Migrantinnen mit abgeschlossenem Schulabschluss im ALG 2 Bezug	20 TN/-innen vom 01.09.07 bis 04.07.08	1 Phase 01.09.07 bis 15.02.08 30 W-St Theaterarbeit & 2 Phase vom 16.02.08 bis 04.07.08 38 W-St Praktikum	Sprachstandserhebung zu Beginn und externe zertifizierte Prüfung am Ende	Projektfabrik Witten e.V. (TN/-innen münden ausschließlich über die ARGE Bochum in das Projekt ein)	ARGE Bochum

	B 1	sprachliche, berufliche und gesellschaftliche Integration	Migranten und Migrantinnen im AIG 2 Bezug unter 25 Jahren	20 TN/-innen vom 01.08.06 bis 31.12.07	Profiling, ind. Schulungsplan ohne besondere Sprachförderung. 6 Monate insg., davon 3 im Praktikum. Lfd. Einstieg.	nein	Grieseler GmbH (TN/-innen münden ausschließlich über die ARGE Bochum in das Projekt ein)	EU Land NRW ARGE Bochum
Nicht definiert					BGF Klasse mit Sprachförderung		Alice Salomon Kolleg	
Nicht definiert					Teilung Schule Praktikum		Hauptschulen	
Nicht definiert							Beruf und Schule (BUS Klassen)	

Anlage 5: Bestandsaufnahme Förderung der Muttersprache⁵⁸

Organisation	Titel
Bücherei Wattenscheid im Gertrudis - Center (Stadtbücherei)	Türkisch-deutsche Vorlesestunde
Familienbildungsstätte der Stadt Bochum	Stadtteilspielgruppe für türkische Mütter mit ihren Kindern im Alter von 1 bis 3 Jahren
Istok e.V.	Muttersprachlicher Unterricht im Fach Russisch
Istok e.V.	Projekt zur Leseförderung: Leserclub
Lukomorje e.V.	Russische Samstagsschule
RAA	Rucksack I
RAA	Rucksack II
RAA	Vorlesewettbewerb Polnisch
RAA	Vorlesewettbewerb Russisch
RAA	Vorlesewettbewerb Türkisch
Stadtbücherei Bochum	Vorlesestunden für griechische Vor- und Grundschulkinder.
Stadtbücherei Bochum	Vorlesestunden für spanische Vor- und Grundschulkinder.
Stadtbücherei Bochum	Vorlesestunden für türkische Vor- und Grundschulkinder

⁵⁸ Quelle: Internetangebot Integrationsportal der Stadt Bochum, <http://integrationsportal.bochum.de/>

Fachforum Beschäftigung

Die Beschäftigungssituation von Migranten

Allgemein hat sich die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in den letzten 10 Jahren verringert. In Deutschland waren dies 1996 27,8 Millionen, im Jahre 2005 nur noch 26,2 Millionen. Der Anteil der Ausländer fiel dabei von 7,6% im Jahre 1996 auf 6,7% im Jahre 2005 (Quelle: Bundesagentur für Arbeit). Zuwanderer sind also erheblich von der allgemeinen Verringerung der sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätze betroffen.

Die Arbeitslosenquote von Ausländern (auf der Basis der abhängigen zivilen Erwerbspersonen) blieb dabei stets nahezu doppelt so groß wie die der Gesamtbevölkerung in Deutschland. Für 2005 heißt das: eine allgemeine Arbeitslosigkeit von 13% gegenüber der Arbeitslosenquote von Ausländern in Höhe von 25,2%.

Ebenso hat sich im Zuge der Hartz - Reformen der Anteil der Ausländer an den Arbeitslosengeld II - Zahlungen erhöht: Es zeigt sich, dass ausländische Personen und ihre Angehörigen doppelt so häufig Arbeitslosengeld II beziehen wie Deutsche. Im Juli 2005 erhielten von 1.000 Ausländern 166 Personen diese Leistung, während von 1.000 Deutschen 83 Personen hilfebedürftig waren.

In Bochum stellt sich die Situation folgendermaßen dar: Anteil Arbeitslose gesamt 9,7 %, im Vergleich dazu beträgt der Anteil der arbeitslosen Ausländer 12,3 %. Der Anteil der Hartz - IV - Empfänger beträgt in Bochum 10,3%, der Anteil der ausländischen Hartz - IV - Empfänger dagegen 20,5% (Bundesagentur für Arbeit).

Die Ausbildungssituation von Migranten

Wie bei den obigen Angaben zur Arbeitsmarktsituation unterscheiden die vorliegenden amtlichen Statistiken auf kommunaler Ebene nur Inländer - Ausländer nach Pass, das Merkmal Migrationshintergrund ist (noch) nicht erfasst.

Für die Ausbildungssituation ist der Grad des Schulabschlusses von Interesse.

Ein tabellarischer Vergleich der Abschlüsse bringt folgende Ergebnisse (bezogen auf das Schuljahr 2004 / 2005):

	ohne Abschluss	Abschluss SEK I	Abitur
deutsche Schüler	7,4%	50%	33%
ausländ. Schüler	14%	60%	15%

Damit ist die Abiturientenquote der ausländischen Schulentlassenen weniger als halb so hoch wie die der deutschen, während die Quote derjenigen ohne Schulabschluss etwa doppelt so hoch ist wie die Vergleichszahl für die deutschen Schulentlassenen.

Bundesweit steht einem erheblichen Anstieg der Schulabsolventen eine spürbare Abnahme der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge gegenüber. Diese gegenläufige Entwicklung drückt sich besonders drastisch in der Einmündungsquote⁵⁹ aus: Sie stürzte von 1992 bis 2005 von 77% auf zuletzt knapp 60% bundesweit ab.

Lt. den Angaben der Agentur für Arbeit zählte man am 31.3.2005 insgesamt 1.831 Auszubildende im Alter von 15- bis unter 20 Jahren, die in Bochum wohnhaft waren (und eventuell in einer anderen Stadt ausgebildet werden). In dieser Zahl sind 83 junge Menschen mit einem ausländischen Pass enthalten. Ihr Anteil liegt bei lediglich 4,5 %.

Die Situation von Jugendlichen von 20 bis unter 25 Jahren sieht wie folgt aus: Insgesamt befanden sich am 31.3.2005 in Bochum 3.186 aller hier wohnhaften jungen Menschen im Alter von 20 bis unter 25 Jahren in einer Ausbildung. Darunter waren 153 (4,8%) Ausländerinnen und Ausländer.

Bezogen auf alle Bochumerinnen und Bochumer in Ausbildung ergeben sich folgende Zahlen:

Von insgesamt 5.757 Frauen und Männern, die sich am 31.3.2005 in einer Ausbildung befanden, waren 285 (5,0%) Ausländerinnen und Ausländer.

Die Zahlen zeigen, dass offensichtlich junge Ausländerinnen und Ausländer in besonderer Weise von den Problemen auf dem Ausbildungsstellenmarkt betroffen sind. Ihr Anteil an allen Auszubildenden unter 20 Jahren liegt mit 4,5% eindeutig niedriger als ihr Anteil an den Schulentlassenen im Jahre 2005.

⁵⁹ Die Einmündungsquote gibt die Zahl der Ausbildungsanfänger je 100 Schulabgänger an.

Procedere

Aufgrund dieser defizitären Entwicklung erschien die Etablierung eines "Fachforums Beschäftigung" zur Bearbeitung dieses wichtigen Handlungsfeldes im Rahmen des Integrationsprozesses notwendig.

Die bei der Integrationskonferenz im September des letzten Jahres von Herrn Prof. Dr. Krummacher formulierten allgemeinen Leitziele und der von der Kommunalen Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsvereinfachung definierte Begriff "Menschen mit Migrationshintergrund" dienten als Arbeitsgrundlage im Fachforum Beschäftigung.

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Fachforums erarbeiteten vorläufige Leitziele zur weiteren Bearbeitung in Arbeitsgruppentreffen:

1. Potenziale nutzen und fördern
2. Chancengleichheit auf dem Arbeitsmarkt
3. Interkulturelles Lernen
4. Netzwerke

Für das Fachforum Beschäftigung einigte man sich zunächst auf die Durchführung einer Bestandsaufnahme über die Maßnahmen und Projekte auf lokaler Ebene.

Alle im Fachforum vertretenen Institutionen sollten in Bezug auf eine Potenzialerhebung ihrer Zielgruppen angefragt werden, mit dem Wunsch der Rückmeldung an das Integrationsbüro / RAA.

Darüber hinaus wurden die Mitglieder des Forums gebeten, alle Ihnen zur Verfügung stehenden Daten und wissenschaftlichen Analysen für die weitere Zusammenarbeit zur Verfügung zu stellen.

Auch die Benennung der mittel - bis langfristig angelegten Projekte / Maßnahmen / Angebote der beteiligten Institutionen sollten in einen durch das Integrationsbüro zur Verfügung gestellten - und auf der Internetseite abrufbaren - Erhebungsbogen einfließen.

Diese Bündelung und Zusammenstellung der Aktivitäten, aber auch die Beschreibungen der Problemlagen sind die Basis für die weitere Vorgehensweise bzw. für das zu erstellende Handlungskonzept.

In der Folge wurden die durch teilnehmende Institutionen eingebrachten Arbeitspapiere in einer Arbeitsgruppe inhaltlich besprochen. Die Mitglieder diskutierten unterschiedliche Fragestellungen wie z.B.:

- Wie ist die Verteilung von Ausbildungsplätzen nach Geschlecht?
- Welche Gruppen sind auf dem Arbeitsmarkt benachteiligt (z.B. Frauen, Menschen mit Zuwanderungsgeschichte)?
- Welche beruflichen Qualifikationen bringen Spätaussiedler aus dem Herkunftsland mit und wie werden diese in Deutschland zur Aufnahme einer Tätigkeit anerkannt?
- Können die Jugendlichen mit Zuwanderungsgeschichte noch gezielter nach Aufenthaltsstatus und Nationalität erfasst werden?
- Findet eine Benachteiligung von Gruppen in bestimmten Stadtteilen statt?

Aus diesem Diskussionsprozess heraus wurden Arbeitsschritte / Maßnahmen zur Gestaltung eines entsprechenden Handlungsrahmens vereinbart.

Die Beteiligten waren sich einig, dass die Zielgruppen konkret benannt werden müssten, weil eine allgemeine Beschreibung zu kurz greift.

Um einen Überblick zu erhalten, schien es daher wichtig, dass die im Fachforum vertretenen Einrichtungen die Potenziale ihrer Zielgruppen beschreiben bzw. benennen. Hierbei sollten aber auch die individuellen Voraussetzungen der Migranten berücksichtigt werden. Es wurde eine Potenzialbeschreibung arbeitsfähiger Migranten in Bochum erstellt, differenziert nach

- a) Migrantengruppen (vgl. Studie des Vereins Partner e. V.)
- b) Einzelpersonen (Bewerberprofile von Agentur für Arbeit / ARGE)

Die bisherige Aufteilung der Personengruppen ist zu erweitern, um die Personengruppe "ohne eine auf dem Arbeitsmarkt direkt verwertbare Qualifikation" auch auf jüngere Menschen zu erstrecken, die (aus welchen Gründen auch immer) nicht in der Lage sind, einen schulischen Abschluss zu erwerben.

Bei den Jugendlichen sollte der Schwerpunkt auf solche Jugendliche gelegt werden, die tatsächlich "durch das Raster fallen", und die nicht durch Maßnahmen der Berufsvorbereitung erreicht werden. Für diese Gruppe kann es dann gezielte Projekte geben.

Ein Schwerpunkt könnte bei den arbeitsmarktfähigen Erwachsenen liegen, die man durch gezielte Qualifizierungs- und Coachingmodule erfolgreich in Arbeit vermitteln könnte.

Es ist sinnvoll, ein Konzept zur Qualifizierung für die beschriebenen Zielgruppen zu erstellen und die Hemmnisse in den strukturellen Rahmenbedingungen und beim Zugang zum Arbeitsmarkt im Blick zu behalten.

Grundsätzlich könnte für die anderen Zielgruppen entsprechend ihres Sprachstandes, ihrer beruflichen Kompetenz und ihres kulturellen Hintergrundes eine zielgerichtete Beratung (Profiling) angeboten werden. Diese Beratung soll auf eine entsprechend abgestimmte Qualifizierung vorbereiten, in der auch kulturspezifische Elemente - die beispielsweise für die Aufnahme einer Erwerbstätigkeit wichtig sind - vermittelt werden.

Zu berücksichtigen ist, wie das Anforderungsprofil von Arbeitgebern an Auszubildende sowie die grundsätzlichen Anforderungen an den Arbeitsmarkt beschrieben werden.

Aus Sicht der Gruppe fehlt bislang eine Bestandsaufnahme im Hinblick auf bereits gegebene Fördermaßnahmen.

Die Abstimmung von Angeboten (Qualifizierungsmaßnahmen) zur gezielten Installation von Projekten ist ein weiterer Baustein bei den Überlegungen zur Unterstützung der Zielgruppe/n

Darüber hinaus gibt es auch die Möglichkeit, in Kooperation mit einem Träger kofinanzierte Angebote (50/50) für Jugendliche beim Übergang Schule/Beruf zu installieren, wobei aber auch alle anderen Zielgruppen berücksichtigt werden können.

Seitens der Agentur für Arbeit wurde vorgeschlagen, unter dem Stichwort "Fachkräftebedarf" Lösungen für Firmen anzubieten.

Weiterhin ging es auch um die Finanzierung zukünftiger Projekte. Es wurde auf die Prüfung der Fördermöglichkeiten seitens der EU hingewiesen. Hierzu wurden die noch nicht verabschiedeten Ergänzungsmaßnahmen / EU-Mittel (Förderphase 2007-2013) beschrieben. Es werden Projekte favorisiert, die lokal initiiert werden sollen, um mit den sich ergebenden Erfahrungen in die Fläche gehen zu können.

Die interkulturelle Sensibilisierung von Multiplikatorinnen und Multiplikatoren durch Fach-Referenten, Info-Veranstaltungen, etc. wird als ein weiterer wichtiger Baustein betrachtet.

Ferner wurde ein regionales Übergangsmanagement, eine Schullandschaftskarte sowie die Stärkung der Elternkompetenz angeregt.

Ein weitere Maßnahme soll die verstärkte Einbindung von Migrantenbetrieben in die Berufsausbildung sein.

Die Einrichtung und Finanzierung eines Netzwerk-Managers zur „Beschäftigungsförderung für Bochumer MigrantInnen“ im Sinne einer One-Stop-Agency⁶⁰ für die beteiligten Institutionen.

Förderstrategie aus einer Hand verabschieden. Diese beinhaltet u. a.:

- a) Förderprogramme für Aus- und Weiterbildung (nachträglicher Erwerb adäquater berufsbildender Abschlüsse/Zusatzqualifikationen)
 - b) Sprachförderung systematisch in Angebote einbeziehen
 - c) Kinderbetreuung (Jugendamt) systematisch in Angebote einbeziehen
 - d) Transparenz zwischen lokalem Angebot und lokaler Nachfrage herstellen (Unternehmen/AG-Vertreter/AN-Vertreter einbinden).

Leitziel

Angeregt durch einen Fachvortrag von Frau Mona Granato, Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB), Bonn, zum Thema „Potenziale von Migranten und deren Zugang zum Arbeits- und Ausbildungsmarkt“ reflektierte die Großgruppe den zwischenzeitlichen Diskussionstand im Fachform und beschäftigte sich eingehend mit den Potenzialen von Bewerbern mit Zuwanderungsgeschichte und einer damit verbundenen Überprüfung und Präzisierung der während der Integrationskonferenz durch das Fachforum formulierten Leitziele.

Die am 27.03.2007 erarbeitete Formulierung

⁶⁰ Siehe auch: **One-Stop-Shop** wird in der Wirtschaft, wie auch in der öffentlichen Verwaltung die Möglichkeit genannt, alle notwendigen bürokratischen Schritte, die zur Erreichung eines Zieles führen, an einer einzigen Stelle durchzuführen. Quelle: Wikipedia

“Verbesserung der Integration von Menschen mit Zuwanderungsgeschichte in den Ausbildungs- und Arbeitsmarkt und Erhalt der Beschäftigung durch Erkennen, Beschreiben, Fördern und Nutzen der Potenziale unter Berücksichtigung der Grundprinzipien des interkulturellen Lernens und der Chancengerechtigkeit”

wurde als grundlegendes Leitziel zur Präsentation bei der kleinen Integrationskonferenz am 31. Mai 2007 vereinbart.

Zur Erreichung der formulierten Leitziele sind folgende Handlungsempfehlungen benannt worden:

Die Gestaltung von Qualifizierungsmaßnahmen soll unter Berücksichtigung fachsprachlicher und fachpraktischer Aspekte erfolgen. Es ist wünschenswert, Maßnahmen in gemeinsamer Trägerschaft (Agentur für Arbeit / ARGE) abzustimmen und anzubieten. Diese Angebote werden den Migrantenselbstorganisationen (MSO) zeitnah bekannt gemacht.

Für die zukünftige Ausrichtung und Begleitung des Themenfeldes Beschäftigung wurde die Einrichtung eines Arbeitskreises, einer Arbeitsgruppe oder eines Runden Tisches unter städtischer Federführung empfohlen.

Bestehende Bildungsvoraussetzungen könnten durch allgemeine oder fachlich qualifizierende Sprachkurse verbessert werden. Die Kurse müssten in ihrer Organisation, Zuweisung und Bewilligung verbessert werden und den Zielgruppen entsprechend angepasst sein.

Zusätzlich ist es wichtig, den Erwerb eines qualifizierenden Schulabschlusses und die fachliche Weiterqualifizierung zu fördern. Die Zusammenarbeit mit Vertretern der Bezirksregierung in einem noch aufzubauenden Netzwerk könnte zum Beispiel zu einer Beschleunigung des Anerkennungsverfahrens führen bzw. zu unbürokratischer Bearbeitung der Anerkennung von Bildungsabschlüssen.

In Bezug auf die Transparenz über vorhandene Chancen für Migranten sind lokale und regionale Jobbörsen zu etablieren mit einem Fokus auf Zwei- und Mehrsprachigkeit. Dabei gilt es gezielt die transnationale Expansion regionaler Unternehmen wie z. B. Deutschland / Türkei, Deutschland / GUS-Staaten in den Blick zu nehmen.

Durch die Sensibilisierung von in der Arbeitsvermittlung Tätigen könnten - trotz eines evtl. bestehenden Sprachdefizits - die fachlichen Potentiale der Migranten erkannt werden. Grundsätzlich sind unterstützende Dolmetscher-Dienste eine sinnvolle Ergänzung bei der Begleitung in den Ausbildungs- und Arbeitsmarkt. Allerdings ist hierbei zu beachten, dass interkulturell qualifizierte Dolmetscher eingesetzt werden.

Die Forderung an die landes- / bundespolitische Adresse, Quoten bei der Arbeitsvermittlung gesetzlich zu verankern, könnte lokal in Projekten und Maßnahmen durch eine entsprechende Quotierung begleitet werden.

Als eine grundsätzliche Querschnittsaufgabe wurde die Netzerkennung beziehungsweise der kontinuierliche Ausbau des Netzwerkes verstanden.

Handlungsempfehlungen

Nach der Zwischenkonferenz der Fachforen, die zur Selbstbestimmung und zum Abgleich der Schnittstellen von Zielen und Maßnahmen der verschiedenen Handlungsfelder diente, wurden die Handlungsempfehlungen nochmals präzisiert.

Es ergaben sich für die Handlungsempfehlungen folgende Änderungen:

- Gestaltung von Qualifizierungsmaßnahmen unter Berücksichtigung fachsprachlicher Aspekte

Der Bedarf, insbesondere auf der Betriebsebene, wird weiterhin als hoch eingeschätzt.

- Impulsgebung und Begleitung des Themenfeldes Beschäftigung durch einen "Runden Tisch" unter Federführung der Stadt

Ein runder Tisch sollte für das Thema Beschäftigung zuständig sein.

Ziel: Koordination, Information, Innovation

Neben der Großgruppe werden zielgruppen- und handlungsfeldspezifische Unterarbeitsgruppen generiert.

Dieser Tisch sollte auch für interkulturelle Differenzen im Handlungsfeld Beschäftigung zuständig sein, als Beispiel unterschiedliche Verfahrensweisen bei der Krankmeldung, die z. T. zu Arbeitsplatzverlusten bei Russlanddeutschen führen. In diesem Zusammenhang wird eine sog. "berufsbegleitende Migrantenbetreuung" vorgeschlagen.

Möglicher Teilnehmerkreis:

Stadt Bochum: Integrationsbüro, VHS, Wirtschaftsförderung, Schulverwaltungsamt und Schulamt, Berufsschullehrer; Arbeitgeberverbände (AGV, IHK, KH), Arbeitnehmerverbände (DGB), ARGE, Agentur für Arbeit, Kooperationsverbund ALO, MSO,

Federführend sollten Wirtschaftsförderung und Integrationsbüro sein. Der Runde Tisch sollte über Zielvereinbarungen Verbindlichkeit realisieren.

Ein zusätzliches Thema wäre für den Arbeitskreis: „Ethnische Ökonomie“. Der Runde Tisch soll Steuerungs- und Netzwerkfunktionen wahrnehmen und outputorientiert arbeiten.

Es wird darauf hingewiesen, bei der zukünftigen Arbeit des Runden Tisches Doppelungen von Themen zu vermeiden und Synergieeffekte zu bündeln (insbesondere in Bezug auf Trägernetzwerke z.B. MEB, Gender).

Aufbau und Pflege eines Mentorenprogrammes als Beispielmaßnahme des Runden Tisches

- Bestehende Bildungsvoraussetzungen durch allgemeine und fachlich qualifizierende Sprachkurse verbessern
- Qualifizierende Schulabschlüsse und fachliche Weiterqualifizierung fördern

Vorschlag: Modulare Qualifikation durch Agentur für Arbeit; berufsbegleitende Qualifizierung könnte in Betrieben stattfinden (Ausbau betrieblicher Qualifizierungsmaßnahmen). Wenn die Bereitschaft des Betriebes existiert, Mitarbeiter zu beschäftigen, kann die Agentur für Arbeit schon während der Probezeit qualifizieren.

- Gruppe der Spätaussiedler: Umschulungsbedarf wegen mangelnder Anerkennung der Abschlüsse, bei anderen Gruppen eher Bedarf an berufsbegleitender Qualifizierung.

Beschleunigung des Anerkennungsverfahrens / unbürokratische Bearbeitung der Anerkennung von Bildungsabschlüssen

Eigentlich trotz Handlungsbedarf kein kommunaler Handlungsspielraum bei Anerkennungsverfahren, alternativ Möglichkeit berufsbegleitender Prüfung (Nachweis 5 Jahre Berufspraxis plus 6 Monate Kurs).

- Einrichtung lokaler Jobbörsen für Zwei- und Mehrsprachige / Sensibilisierung der Arbeitsvermittler zur Erkennung fachlicher Potenziale (Evtl. Einsatz von Dolmetschern)

Ein regionales Call - Center für die Agentur für Arbeit ist aus strukturellen Gründen nicht umsetzbar. Eine Anbindung bei der ARGE sei dagegen aufgrund der unterschiedlichen Organisationsstruktur eher denkbar. Aus Sicht der ARGE ist eine Beschränkung des oben genannten Services auf einzelne öffentliche Einrichtungen dagegen nicht zielführend.

Vorstellbar sei, dass Sprachunterstützung als Vorschaltmaßnahme konzipiert werde. Hier ist eine Finanzierung über ABM bzw. Arbeitsgelegenheiten in der Entgeltvariante möglich.

Der Vorrang der Sprachförderung bzw. die Schnittstellen mit dem betreffenden Forum werden nochmals betont.

Das Integrationsbüro weist auf die Notwendigkeit hin, die Kompetenz der Mehrsprachigkeit bei der Vermittlung in Jobs (für mehrsprachige Menschen) zu nutzen.

Die Agentur für Arbeit meint, dass eine Jobbörse vorstellbar wäre, als Dienstleistung für zwei und mehrsprachige Kunden. Dies sollte jedoch von der Idee des Call - Centers oder einer mehrsprachigen Kontakt- und Informationsstelle für den Bereich der Beschäftigung getrennt behandelt werden, unabhängig von der Frage der institutionellen Anbindung an die Agentur für Arbeit oder die ARGE.

- Aufbau eines Netzwerks / Einrichtung und Finanzierung eines „Netzwerkmanagers“ (One-Stop-Agency)

Zusammenfassung priorisierter Maßnahmen:

Maßnahme 1: Runder Tisch

Maßnahme 2: Netzwerkmanager (verknüpft mit 1)

Maßnahme 3: Mentorenprogramm Beschäftigung

Fachforum Wohnen

Übersicht

1. Einführung in die Thematik
2. Bestandsaufnahme/ Situationsbeschreibung
3. Ziele
4. Maßnahmen
 - 4.1 Vorschläge zum Ziel „Integrierte sozialorientierte Stadt(teil)entwicklung initiieren“
 - 4.2 Vorschläge zum Ziel „Interkulturelles Zusammenleben fördern“
 - 4.3. Vorschläge zum Ziel „Funktionierende Nachbarschaften schaffen/ Beseitigung von Zugangsbarrieren zum Wohnungsmarkt“
 - 4.4 Vorschläge zum Ziel „Partizipation fördern“
 - 4.5 Vorschläge zum Ziel „Bedürfnisorientierte Verbesserung von Wohnqualität und Wohnbedingungen“
5. Ausblick

1. Einführung in die Thematik

Mit der Schwächung der Integration über den Arbeitsmarkt gewinnen das städtische Wohnquartier sowie die Wohnung als Lebensmittelpunkt von Menschen mit Migrationshintergrund für den Integrationsprozess zunehmend an Bedeutung. Die Wohnung und das Wohnquartier bilden zum einen den sozialräumlichen Hintergrund für den Erwerb von Bildung und Sprache, für die Integration in den Arbeitsmarkt, für die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben und für die Schaffung von sozialen Kontakten. Sie sind gleichzeitig aber auch selbst wichtige Integrationsfaktoren, weil sie Aktions- und Freiräume bestimmen.

Mit der ersten Integrationskonferenz am 15.09.2006 nahm das Fachforum Wohnen - als eines von fünf - seine Arbeit auf, um für die genannten Themenbereiche

- **Wohnen von Menschen mit Migrationshintergrund**
- **Zusammenleben im Stadtteil**

eine Bestandsaufnahme zu erarbeiten. Darüber hinaus sollten Ziele und Handlungsempfehlungen für die künftige Entwicklung formuliert werden.

Gemeinsame Grundlage aller Fachforen waren die von Herrn Prof. Dr. Krummacher formulierten allgemeinen Leitziele und der von der Kommunalen Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsvereinfachung definierte Begriff: Menschen mit Migrationshintergrund.

Die Betreuung des Forums übernahm das Amt für Bauverwaltung und Wohnungswesen. Die einzelnen Veranstaltungen wurden vom Institut InWIS Forschung & Beratung GmbH professionell moderiert. Als Input dienten darüber hinaus verschiedene Fachvorträge - auch von externen Referenten. Sie waren hilfreich für die weitere Diskussion/ Arbeit.

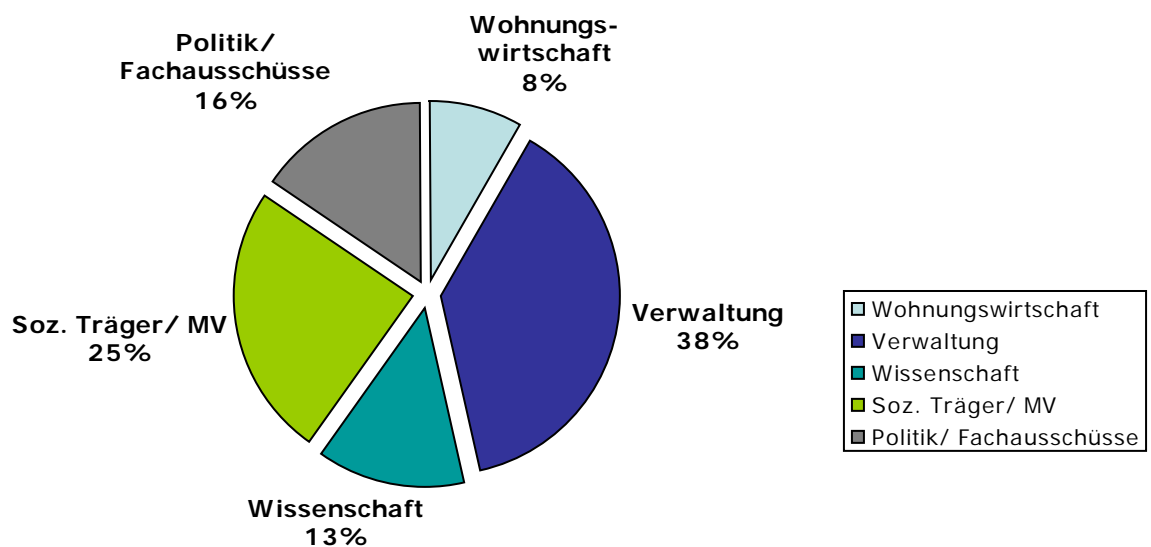


Abbildung: Zusammensetzung des Fachforums Wohnen

An den 7 Sitzungen nahmen regelmäßig 17 bis 24 Personen aus verschiedenen Institutionen und Arbeitsbereichen teil (vgl. Abbildung).

Nach einer kurzen Kennenlernphase entwickelten sich die beteiligten Personen - trotz unterschiedlicher Professionen, Interessen und Beweggründe für eine Teilnahme am Fachforum Wohnen - zu einem engagierten, konstruktiv und ergebnisoffen arbeitenden Team.

2. Bestandsaufnahme und Situationsbeschreibung

Als Einstieg in die Bestandsaufnahme zur Wohnsituation von Menschen mit Migrationshintergrund und dem Zusammenleben im Stadtteil wurden ausgewählte Daten der Wohnungsmarktbeobachtung, der Sozialberichterstattung sowie der Einwohnermeldestatistik vorgestellt. Die jeweiligen Vorträge sind im Internet unter www.bochum.de/integrationsbuero in der Rubrik Integrationskonferenz hinterlegt.

Dabei wurde deutlich, dass keine der verfügbaren amtlichen Datenquellen und -auswertungen qualitativ und quantitativ hinreichende Informationen zu den o. g. Themenbereichen beitragen kann. Vor diesem Hintergrund ist verständlich, dass keine Bestandsaufnahme durchgeführt werden konnte, die auf messbaren Indikatoren, Analysen oder empirisch gewonnenen Information beruht. Daher ist das Integrationsbüro bereits - der Aufforderung des Forums folgend - mit der Verbesserung der Datenlage befasst.

Aufgrund der unterschiedlichen beruflichen und ehrenamtlichen Tätigkeitsbereiche verfügen jedoch die Teilnehmerinnen/ Teilnehmer am Fachforum Wohnen über vielfältige, fundierte Kenntnisse und Erfahrungen. Die folgenden **subjektiven Bewertungen** basieren darauf und stellen eine durch Kartenabfrage erarbeitete Stärken-Schwächen-Bewertung der Wohnsituation in Bochum dar.

Die zu den Fragen

1. Was trägt derzeit in Bochum zu einem gelungenen Zusammenleben im Stadtteil und zu guten Wohnbedingungen für Menschen mit Migrationshintergrund bei?
2. Was steht derzeit in Bochum einem gelungenen Zusammenleben im Stadtteil und guten Wohnbedingungen für Menschen mit Migrationshintergrund entgegen?

erarbeiteten Antworten wurden in einem weiteren Schritt verschiedenen Themenbereichen entweder als Stärke oder Schwäche zugeordnet:

Vernetzung und Nachbarschaft

Stärken:

- Vorhandene und im Aufbau befindliche Kooperationen und Netzwerke zwischen Institutionen
- Bestehende gute Nachbarschaften im Stadtteil
- Vorhandene Nachbarschaftshilfe und bürgerschaftliche Initiativen

Schwächen:

- Fehlendes integriertes Quartiersmanagement auf Stadtteilebene
- Fehlende Bewohnerbeteiligung bei strukturellen Entscheidungen

Begegnungsmöglichkeiten

Stärken:

- Stadtweite Kultur- und Bildungsangebote sowie sportliche Aktivitäten in Vereinen bieten Begegnungsmöglichkeiten
- Quartiersbezogene Feste, Nachbarschaftstreffs, kulturelle und sportliche Angebote, Familien-/ Kulturzentren sowie weitere Orte bieten Rahmen für gemeinsame Aktivitäten und Begegnung
- Bereitschaft für interkulturelle und interreligiöse Dialoge

Schwächen:

- Einsparungen bei öffentlichen Angeboten
- Fehlende Räumlichkeiten für gemeinsame Treffs
- Fehlende mehrsprachige Angebote bei sozialen Dienstleistungen und zur Gestaltung von Gemeinschaften
- Fehlende interkulturelle Infrastruktur
- Nicht ausreichende stadtteilnahe außerschulische Bildungsangebote

Wohnungsmarktsituation/ Wohnumfeld

Stärken:

- Entspannter Wohnungsmarkt
- Großer Wohnungsbestand

Schwächen:

- Diskriminierung/ Erschwernisse bei der Wohnungssuche
- Schlechte Bausubstanz/ Renovierungsstau
- Zu wenig große Wohnungen für Familien
- Ungepflegtes/ unattraktives Wohnumfeld (Plätze, Straßen, Freiflächen)
- Stadtteile ohne Versorgungsinfrastruktur
- Fehlende urbane Öffentlichkeit (Foren, Plätze...)
- Beeinträchtigungen durch Nebeneinander von Arbeit und Wohnen

Subjektive/ persönliche Einstellungen

Stärken:

- Tolerante Gesellschaft
- Integrationsoffenheit und -wille bei Menschen mit und ohne Migrationshintergrund
- Aktive Mitarbeit der Menschen mit Migrationshintergrund
- Wenig interkulturelle Konflikte im Vergleich zu anderen Städten
- Zusammenleben in bunter Vielfalt

Schwächen:

- Fehlende interkulturelle Kommunikation (sprachliche und kulturelle Barrieren, Anonymität, Isolation)
- Berührungängste/ Abgrenzungsbestrebungen auf „beiden Seiten“
- Fehlende Akzeptanz für einander/ Fremde/ andere Kulturen
- Neonazi-Aktionen

Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

Stärken:

- Einzelhandel: Vielfalt und dezentrale Versorgungsangebote

Schwächen:

- Hohe Arbeitslosigkeit
- Allgemein schwierige soziale Lage

3. Ziele

Ausgehend von der Bestandsaufnahme wurde anhand der Leitfrage „Woran können wir in den nächsten 15 Jahren in den Bereichen Wohnen von Menschen mit Migrationshintergrund und Zusammenleben im Stadtteil erfolgreich arbeiten“ ein Zielkatalog erstellt.

Die Formulierung und die Festlegung der Ziele war ein intensiver Prozess, der einige Sitzungstermine in Anspruch nahm. Einige Ziele mussten nochmals neu formuliert, anderen Oberzielen oder sogar Fachforen zugeordnet werden.

Darüber hinaus galt es, einen Zielkonflikt zu lösen, der darin bestand, dass zunächst Ziele formuliert wurden, die eine freiwillige Wohnstandortwahl der Menschen mit Migrationshintergrund präferierten - andererseits aber auch Ziele, die eher das Gegenteil anstrebten (Beeinflussung und Steuerung der Wohnstandortwahl).

Hierzu und auch zu anderen unterschiedlichen Standpunkten konnte nach intensiver, konstruktiver Diskussion im Forum Konsens erzielt werden. Im Ergebnis hat sich das Forum auf die nachstehenden 6 Oberziele und eine Vielzahl von Unterzielen verständigt.

1. Integrierte, sozialorientierte Stadt(teil)entwicklung initiieren

- Unterschiedliche Zielgruppen ansprechen (Singles, Familien etc.)
- Haushaltsnahe Dienstleistungen erschließen
- Quartiersmanagement einsetzen, damit Bewohner mitreden können
- Wohnraum/ Stadtteile mit hohem Migrantenanteil besser gestalten
- Freundliche Umfeldgestaltung
- Infrastruktur verbessern
- Beratungsmöglichkeiten für Bewohner errichten
- Stadtteile attraktiv gestalten (Schulen, Straßen Spielplätze etc.)
- Stabilisierung von Stadtteilen
- Zielgruppenorientierte Quartiersentwicklung
- Aufwertung der Adresse erreichen
- Wohnumfeld verschönern (Gärten etc.)
- Gepflegtes Wohnumfeld schaffen
- Stadtteilen ein eigenes Gesicht geben
- Nutzung von Potentialen aus den Nachbarstädten
- Gastland - Rechte und Pflichten kennen

2. Interkulturelles Zusammenleben fördern

- Gegenseitiges Kennenlernen
- Aufeinander Zugehen
- Gemeinsame Kultur entwickeln
- Stabilisierung des Zusammenlebens
- Zusammenleben von Deutschen und Migranten verbessern
- Stadtteilstoffe organisieren

- Netzwerke im Stadtteil funktionieren
- Sprachliche Verständigung fördern
- Gemeinschaftliche Aktionen durchführen
- Koordination und Integration von verschiedenen Interessen und Bedarfen
- Familie = eigene Kultur

3. Funktionierende Nachbarschaften schaffen

- Freiwillige Segregation zulassen/ erzwungene Segregation abbauen
- Wahlchancen am Wohnungsmarkt erhöhen
- Soziale Benachteiligung als Fokus - unabhängig von der Nationalität
- Quartierskonflikte professionell moderieren
- Stadt, Wohnungsunternehmen und Akteure vor Ort/ weitere professionelle Akteure treffen gemeinsame Vereinbarung zur Belegungssteuerung
- Sozial sensible Belegungssteuerung ohne Nationalitätengesichtspunkte durchführen
- Zusammenführende und abgrenzende Angebote entwickeln (Rückzug)

4. Partizipation fördern

- Partizipation der Betroffenen
- Außenbereich = gemeinsames Wohnen
- Bewohnerbeteiligung aktivieren (Sozialarbeit, Mietertreffs)
- Treffs einrichten (interkulturell, Mehrgenerationen)
- Partizipation ausbauen
- Stadttreffs für Bewohner errichten und mitgestalten
- Begegnungen fördern
- Begegnungsmöglichkeiten schaffen/ fördern

5. Bedürfnisorientierte Verbesserung der Wohnqualität und -bedingungen

- Wohnqualität steigern
- Preiswerten Wohnraum erhalten
- Wohnraum und Wohnumfeld bedürfnisorientierter und attraktiver gestalten
- Verbesserung der Wohnbedingungen
- Wohnqualität erhöhen
- Eigentumsbildung fördern/ unterstützen
- Unterschiede verringern

- Wohnsituation verbessern
- Stärkung und dauerhafte Qualitätssicherung für das Wohnen in Bochum
- Bezahlbare Wohnungen für alle Bevölkerungsgruppen schaffen
- Familiengerechte Wohnungen
- Wohnungen müssen bezahlbar sein
- Bezahlbares altersgerechtes Wohnen ermöglichen
- Unterschiedliche Bedürfnisse beim Wohnen berücksichtigen (Männer, Frauen, Kinder etc.)

6. Beseitigung von Zugangsbarrieren am Wohnungsmarkt

- Maßnahmen gegen Diskriminierung im Wohnbereich
- Chancengleichheit für Migranten ermöglichen

4. Maßnahmen

Nachdem der Zielkatalog erarbeitet war, wurden in Gruppenarbeit Maßnahmevorschläge und Handlungsempfehlungen zu den verschiedenen Zielbereichen entwickelt, die dazu dienen sollen, dem jeweiligen Leitziel in den kommenden 15 Jahren näher zu kommen.

4.1 Vorschläge zum Ziel „Integrierte, sozialorientierte Stadt(teil)entwicklung initiieren“

(1) Entscheidung über eine Priorisierung von Stadtquartieren oder eine flächendeckende Initiierung der integrierten sozialorientierten Stadt(teil)entwicklung treffen

Zu Beginn des Prozesses muss zunächst geklärt werden, ob man bestimmte Stadtquartiere auswählt oder eine flächendeckende integrierte, sozialorientierte Stadtteilentwicklung initiieren will.

(2) Stärken und Schwächen analysieren

Die Analyse dient der Auswahl von Stadtquartieren für die Initiierung der integrierten sozialorientierten Stadt(teil)entwicklung.

(3) Einrichtung einer gesamtstädtischen und einer projektorientierten Lenkungsgruppe mit Vertretern aus Politik und Verwaltung

Die Lenkungsgruppe ist von der Stadt Bochum zu initiieren und zwar möglichst zeitnah. Sie dient der Steuerung des integrierten, sozialorientierten Stadt(teil)entwicklungsprozesses und ist eine maßgebliche Entscheidungsinstanz. In jedem Fall sollte der AMI⁶¹ eingebunden werden; ggf. ist auch die örtliche Politik einzubinden, wobei der Bezirksvertretung die stärkste Bedeutung zukommt.

(4) Einrichtung von Stadtteilbüros mit Beteiligungsstruktur/ Quartiersmanagement und Mieterbeiräte

Die Stadt Bochum beauftragt ein Büro mit der Durchführung des Quartiersmanagement, das wiederum jeweils ein Stadtteilbüro in den priorisierten Gebieten der integrierten, sozialorientierten Stadt(teil)entwicklung einrichtet. Das Quartiersmanagement hat besonders dafür Sorge zu tragen, dass Beteiligung nicht folgenlos bleibt und aktiv die Einbindung beteiligungsschwacher Bewohner/innen erfolgt. Diese Maßnahme ist in 2007 in den Stadtumbaugebieten durchzuführen.

Örtliche Stadtteilbüros bzw. Quartiersmanagements sorgen für Beteiligung der Bewohnerinnen und Bewohner, Wohnungswirtschaft, Vereine, Bezirksvertretung usw.

(5) Einrichtung bzw. Fortführung von Stadtteilkonferenzen

Hierbei sollen folgende Akteure eingebunden werden: Bewohnerinnen und Bewohner, Haus- und Grundeigentümerversammlung, Wohnungswirtschaft, Einzelhandel, Vereine, Sozialraumkonferenz, Arbeitnehmer- und Arbeitgebervertreter, ARGE, Mieterverein usw. Für die Einrichtung und das Gelingen der Stadtteilkonferenz sind alle Akteure im Stadtteil verantwortlich. Sie sollte bereits im Herbst 2007 in den Stadtumbau Gebieten eingerichtet werden. Besonders wichtig ist, dass die im Rahmen der Stadtteilkonferenz erarbeiteten Handlungsvorschläge und Maßnahmen auch tatsächlich umgesetzt werden und Beteiligung damit nicht folgenlos bleibt.

⁶¹ AMI = Ausschuss für Migration und Integration bei der Stadt Bochum

(6) Priorisierung von Stadtumbau West-Gebieten

Verantwortlich für diese Maßnahme ist die Stadt Bochum unter Einbeziehung aller Akteure. Die Stadtumbau West-Gebiete, in denen prioritär bzw. bis 2010 die integrierte, sozialorientierte Stadt(teil)entwicklung umgesetzt werden soll, sind Goldhamme, Griesenbruch, Stahlhausen sowie die Innere Hustadt. Wünschenswert wäre es, wenn die Maßnahme langfristig flächendeckend umgesetzt werden könnte.

(7) Durchführung einer Stärken-Schwäche-Analyse in den ausgewählten Gebieten

Verantwortlich für diese Maßnahme sind die eingesetzte Projektarbeitsgruppe, das Quartiersmanagement sowie weitere örtliche Akteure. Mit der Maßnahme sollte ab Mai 2007 begonnen werden. Die Stärken-Schwächen-Analyse ist notwendig, um bedarfsorientiert zu handeln. Sie ist immer wieder - prozesshaft - zu aktualisieren.

(8) Einrichtung eines Quartiersbeirates und eines Quartiersfonds

Zur Vertretung von Bewohnerinteressen ist ein repräsentativer Quartiersbeirat zu bilden. Die Einrichtung eines Quartiersfonds liegt im Verantwortungsbereich der Stadt Bochum. Sie stellt die notwendigen finanziellen Mittel für den Quartiersfond aus den Mitteln des Programms Stadtumbau West zur Verfügung. Ein entsprechender Fonds sollte Anfang 2008 eingerichtet werden und den Bewohnervertretern zur Verfügung stehen. Der Quartiersfonds ist ein wichtiges Instrument für die Bewohneraktivierung, indem die Bewohnervertreter/innen über die Verwendung dieses Geldes entscheiden und es für die Umsetzung kleinerer Projekte im Stadtteil einsetzen.

(9) Priorisierung von Handlungsfeldern

Die Priorisierung von Handlungsfeldern obliegt dem Aufgabenbereich der Lenkungsgruppe bzw. der Stadtteilkonferenz und sollte prozesshaft geschehen. Die Handlungsfelder mit Priorität sollten aus der Stärken-/ Schwächen-Analyse abgeleitet bzw. mit ihr abgeglichen werden. Soziale Projekte sollten von Beginn an berücksichtigt bzw. „gelebt“ werden. Folgende Handlungsfelder werden – vorbehaltlich eines Abgleichs mit der Stärken-/ Schwächen-Analyse - als prioritär erachtet:

- Wohnen, Wohnumfeld
- Freiräume, Grünflächen, Spielplätze
- Arbeit und lokale Wirtschaft, Versorgung

- Soziale Infrastruktur, für unterschiedliche Zielgruppen
- Bildung/ Kultur
- Gesundheit
- Imagemarketing, Ruf des Stadtteils
- Umwelt, Müll
- (Straßenverkehr) Verkehr
- Stadtteilwegweiser (Broschüre)
- Projektbezogene, direkte Bürgerbeteiligung
- Quartiersfonds

(10) Durchführung eines „Interkulturalitätschecks“ bei allen Maßnahmen

Verantwortlich für die Durchführung des/der „Interkulturalitätschecks“ sind die Projektarbeitsgruppe, der Quartiersbeirat sowie das Bochumer Integrationsbüro. Ziel der Maßnahme ist es, sicherzustellen, dass die Interkulturalität bei Maßnahmen nicht verloren geht. Diese Checks sollten daher prozessbegleitend durchgeführt werden. Wenn festgestellt wird, dass eine Maßnahme zwar nicht das Kriterium der Interkulturalität erfüllt, aber sinnvoll ist, sollte sie dennoch durchgeführt werden.

Im Rahmen der Initiierung und Durchführung der integrierten sozialorientierten Stadt(teil)entwicklung sollten zwei mögliche **Risiken** im Blickfeld bleiben: Das erste betrifft die folgenlose Beteiligung von Akteuren bzw. Bewohnern im Stadtteil. Um dies zu vermeiden, ist eine Verbindlichkeit zur Umsetzung von Maßnahmen zu schaffen und letztendlich auch die Verantwortung hierfür zu übernehmen. Das zweite Risiko betrifft die fehlende Berücksichtigung beteiligungsschwacher Bewohnerinnen und Bewohner.

4.2 Vorschläge zum Ziel „Interkulturelles Zusammenleben fördern“

(1) Aufbau von Netzwerken zur Koordination verschiedener Interessen und Bedarfe

Verantwortlich für den Aufbau solcher Netzwerke ist das örtliche Quartiersmanagement, das diese Aufgabe auch ab 2008 umsetzen sollte. Eine Koordination ist notwendig, wenn deutlich geworden ist, was im Quartier getan werden muss. Sie soll sicherstellen, dass alle Bevölkerungsgruppen berücksichtigt werden, um Angebotslücken zu erkennen und zielgenau neue Angebote zu schaffen. Denn nur derjenige Bewohner ist bereit, sich zu

integrieren, der auch seine eigene Kultur leben kann. Hierzu ist ggf. die Schaffung spezifischer Angebote notwendig.

(2) Durchführung von Stadtteilstesten, Sprachkursen, Kulturveranstaltungen

Um das interkulturelle Zusammenleben zu fördern, bedarf es Stadtteilsteste, Sprachkurse und unterschiedlicher Kulturveranstaltungen. Sie sind seitens der in der kulturellen Arbeit tätigen Akteure zu organisieren. Diese Aktivitäten sollten kontinuierlich stattfinden. Die Freiwilligenarbeit ist zu fördern und Bewohnerinnen und Bewohner sind als Experten ihres Quartiers zu betrachten.

4.3. Vorschläge zu den Zielen „Funktionierende Nachbarschaften schaffen“ und „Beseitigung von Zugangsbarrieren zum Wohnungsmarkt“

(1) Aktionstag Wohnungsmarkt

Ein Aktionstag Wohnungsmarkt wird in Bochum bereits durchgeführt. Künftig soll dieser durch Ausrichtung auf das Motto „Migranten als Mieter willkommen“ helfen, Migranten den Zugang zum Wohnungsangebot zu erleichtern. Es soll damit auf bestehende Wohnungsangebote aufmerksam gemacht werden und ein „Marktplatz“ geschaffen werden, wo unterschiedliche Interessen - die der Mieter und Vermieter - zusammenfinden. Neben den Wohnungsunternehmen als Partner wären seitens der Stadt das Wohnungsamt (Amt 60), Sozialamt (Amt 50) sowie das Integrationsbüro zuständig für die Durchführung des Aktionstages. Durch das Motto sollen Barrieren in den Köpfen der Menschen beseitigt werden (Abbau eines strukturellen Defizits).

(2) Mehrsprachige Mieterinformationen/ Immobilienanzeigen, ...

Diese kurzfristig umzusetzende Maßnahme dient dazu, Informationsdefizite bei der Gruppe der Menschen mit Migrationshintergrund abzubauen, verantwortlich sind die Wohnungseigentümer und Vermieter.

(3) Imageverbesserung (bestimmter) Quartiere

Durch Öffentlichkeitsarbeit und Kampagnen sowie die Einrichtung von Stadttoren mit mehrsprachigen „Willkommen“ - Schildern sollen ein positives Bewusstsein in der Bevölkerung erzeugt und Barrieren in den Köpfen beseitigt werden. Wichtig ist, dass nicht nur Kampagnen stattfinden, sondern dabei auch eine Begegnung von Mensch zu Mensch ermöglicht wird.

(4) Rechtlich-formal: Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz (AGG)

Ein rechtlich-formales Instrument zum Abbau von Zugangsbarrieren ist das bestehende Gleichbehandlungsgesetz (AGG), dessen Inhalte ggf. besser zu kommunizieren sind.

(5) Treffpunkte zum Kennenlernen (Feste...)

(6) Treffpunkte zur Konfliktbewältigung (Mieterbeirat)

Vorschläge zum Ziel „Partizipation fördern“

Partizipation ist nach Ansicht der Gruppe gleichzusetzen mit „Beteiligung/Mitgestaltung“. Die aufgeführten Arbeitsschritte und Maßnahmen sind nicht nur auf die Gebiete des Stadtumbau West in Bochum zugeschnitten, sondern idealerweise in jedem Stadtentwicklungsprozess umzusetzen. Anmerkung des Plenums: Die Förderung der Partizipation ist ein anspruchsvolles Ziel, zumal es hierfür - z. B. im Vergleich zu Stadtumbau West - bei der Kommunalverwaltung keine Zuständigkeit gibt. Wichtig ist die Verstetigung der Beteiligungsverfahren, auch aufgrund des in den Stadtteilen vorhandenen Beteiligungs- und kreativen Potenzials, das somit genutzt werden könnte. Um Beteiligungsansätze zu verstetigen, ist eine Querschnittsorientierung in der kommunalen Verwaltung notwendig, wobei der Sozialverwaltung eine zentrale Aufgabe zukäme.

(1) Info-Veranstaltung zur Quartiersentwicklung

Voraussetzung ist ein politischer Auftrag, aufgrund dessen die Stadt bis 2008 möglichst alle Beteiligten erreichen soll. Auf diesen Veranstaltungen sind Dolmetscher einzusetzen, die der Überwindung von Sprachbarrieren dienen.

(2) Einrichtung des Quartiersmanagement, wenn Bedarf (Begegnungshaus)

Gemeint ist ein dauerhaftes Quartiersmanagement - möglichst durch vorhandene Organisationen - einzurichten von der Stadt bis 2008. Es ist wichtig, den Gremien verbindliche Namen zu geben. Das Quartiersmanagement ist idealerweise zu verstehen als ein Zusammenschluss mehrerer Akteure und Institutionen aus dem Stadtteil, die sich um die Stadtteilentwicklung „kümmern“, also z. B. auch Stadtteilkonferenzen durchführen. Das Begegnungshaus könnte eine Einrichtung im Stadtteil sein, in der viele verschiedene Einrichtungen ihr Zuhause haben. In der Partizipationspraxis wird es wichtig sein, verbindliche und für alle verständliche Namensgebungen für Partizipationsformen wie der Stadtteilkonferenz bzw. dem Quartiersmanagement zu geben.

(3) Beteiligung Aller am Prozess des Zusammenlebens

Das Quartiersmanagement hat die Aufgabe, alle Bewohnerinnen und Bewohner sowie die örtlichen Akteure zum Mitmachen aufzurufen. Instrumente der Beteiligung können Befragungen, Stadtteilstefte, das Aufsuchen bestehender Gruppen, die Einrichtung von Treffs, Wettbewerben und Mitgestaltung sein.

(4) Verbindliche Umsetzung der vereinbarten Ergebnisse der Beteiligung

Das Quartiersmanagement hat - ggfs. über die zuständige Stelle (Amt) - darauf zu achten, dass die Ergebnisse der Beteiligung machbar sind, aber auch dafür Sorge zu tragen, dass diese zur Umsetzung gelangen. In einem längerfristigen Zeitrahmen ist bei der Umsetzung auf Mitgestaltung zu achten; entsprechende Erfolgserlebnisse fördern die Partizipation.

Vorschläge zum Ziel „Bedürfnisorientierte Verbesserung von Wohnqualität und Wohnbedingungen“

(1) Bedürfnisanalyse

Um bedürfnisorientiert Wohnqualität und -bedingungen zu verbessern, bedarf es zunächst einer Bedürfnisanalyse. Diese ist schon bald als Auftrag an die Wissenschaft zu vergeben, da es bisher noch keine Bedürfnisanalysen hinsichtlich der Gruppe der Menschen mit Migrationshintergrund gibt. Bei bisherigen Bewohnerbefragungen zeigte sich, dass beim Einsatz von Fragebögen Sprachbarrieren auftraten. Insofern ist auf zielgruppengerechte Befragungsinstrumente zu achten.

(2) Fördermöglichkeiten für die Schaffung von Räumlichkeiten zur Begegnung

Es sollte bei Häusern mit mehr als 10 Wohnungen zum Beispiel Vorgabe sein, einen Gemeinschaftsraum einzurichten, um Begegnungsmöglichkeiten zu schaffen. Die Politik sollte dazu - bis 2015 - geeignete Fördermöglichkeiten bereitstellen.

(3) Alternative Wohnformen fördern

Stadt, Land und Bund sollten alternative Wohnformen wie z.B. generationenübergreifendes Wohnen durch Förderangebote unterstützen.

(4) Umzugsmanagement

Angesichts des demographischen Wandels sollte ein Umzugsmanagement eingerichtet werden, um älteren Menschen bzw. älteren Migrantinnen und Migranten den Umzug in eine kleinere, altengerechte Wohnung zu ermöglichen. Zuständig sind die freien Wohlfahrtsträger.

(5) Innovativer und flexibler Wohnungsbau

Hier ist eher langfristig eine andere Denkweise - insbesondere bei Architekten und Bauträgern - gefordert, alternative bzw. bessere und flexiblere Grundrisse ohne höhere Baukosten zu verwirklichen.

(6) Sozialstation einrichten

Es sollten pflegerische Dienstleistungen vor Ort angeboten werden - denkbar ist, dass verschiedene freie Träger in einem Haus kooperieren, um zum Beispiel Beratungsleistungen etc. anzubieten. Hierfür bieten sich z. B. Sozialstationen für Personen mit Behinderung, die zusammen wohnen, an.

(7) Quartierspflege „aus einer Hand“

In manchen Quartieren sind die Grün-, Spiel- und Gemeinschaftsflächen in einem schlechten Zustand. Diese Freiflächen könnten „aus einer Hand“ gepflegt werden. Hiermit sollten vor allem Quartiersbewohnerinnen und –bewohner betreut werden. So könnte man - neben einer höheren Identifikation mit dem Wohnumfeld - z. B. auch arbeitslosen Jugendlichen eine neue Beschäftigung vermitteln.

(8) Modernisierungen und Bestandspflege

5. Ausblick

In der 7. Sitzung am 11. Mai 2007 hat das Fachforum Wohnen das vorliegende Arbeitspapier - als Teil des Integrationskonzeptes - einstimmig beschlossen. Damit ist der Auftrag aus der 1. Integrationskonferenz für das Fachforum erledigt.

Das Forum empfiehlt, das Arbeitspapier von den politischen Gremien beschließen zu lassen sowie die Ergebnisse unmittelbar in den bereits initiierten Stadtumbauprozessen zu berücksichtigen (Weiterleitung an die Lenkungsgruppe).

Forum V: Kinder- und Jugendarbeit -

Einleitung

Zu Beginn ihrer Arbeit hat sich die Arbeitsgruppe - Forum V bei der Beschreibung der Lebenssituation und Integrationsentwicklung von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund auf die Erfahrungen und Erkenntnisse in den außerschulischen Lebensbereichen (insbesondere Kinder- und Jugendarbeit und Straßensozialarbeit) eingeschränkt. Insbesondere der für die Integrationsförderung besonders bedeutende Bildungsbereich (Beschreibung der Lage, Chancen und Perspektiven der Kinder- und Jugendlichen) war damit kein Gegenstand der Arbeitsgruppe. Der schulische Bereich, die Situation in Vorschuleinrichtungen, sowie die Situation der Migrantenjugendlichen im Übergang Schule - Beruf, bzw. im Ausbildungsmarkt, werden grundsätzlich in anderen Arbeitsforen der Integrationskonferenz bearbeitet. Die in diesem Text enthaltenen Aussagen und Feststellungen zu der Situation in diesen Lebensbereichen stützen sich auf die Erfahrungen und Einschätzungen der Fachkräfte der Kinder- und Jugendfreizeithäuser und der Straßensozialarbeit.

Sowohl zur Durchführung und Beschreibung der Lebenssituation (Bestandsaufnahme) als auch zur Erarbeitung und Festlegung der Handlungsvorschläge hat sich die Arbeitsgruppe auf folgende Vorgehensweise verständigt:

- Sammlung und Auswertung der statistischen Zahlen (Stabstelle Sozialplanung)
- Einbeziehung der relevanten Ergebnissen der Jahresberichte der 33 Einrichtungen der offenen Kinder- und Jugendarbeit für das Jahr 2005
- Durchführung einer aktuellen schriftlichen Umfrage bei ausgewählten 16 Einrichtungen und Diensten zu Beginn des Jahres 2007
- Einbeziehung von wissenschaftlichen Erkenntnissen zur Lebenssituation von Kinder- und Jugendlichen mit Migrationshintergrund (Referat von Prof. U. Boos- Nünning)

Die im Folgenden dargestellte Ausgangslage / Bestandsaufnahme stützt sich im Wesentlichen auf diese Grundlage.

1. Ausgangslage / Bestandsaufnahme

1.1 Statistische Zahlen und Fakten

Ende 2003 lebten in Bochum rund 11.000 Kinder- und Jugendliche (0-18 Jahre) mit Migrationshintergrund. Das entspricht einem Anteil von rund 18 %.

Aufgrund der Änderungen im Staatsangehörigkeitsgesetz steigt die Zahl der eingebürgerten Kinder- und Jugendlichen mit Migrationshintergrund stetig, während die Zahl der Kinder- und Jugendlichen mit ausländischer Staatsangehörigkeit eher abnimmt. Aktuell können wir daher mindestens von einem Viertel Anteil der Kinder- und Jugendlichen mit Migrationshintergrund ausgehen.

Die Zahl der StammbesucherInnen (6- 26 Jahre) der 33 Kinder und Jugendeinrichtungen in Bochum betrug in 2005 rund 3200. Über 60% davon waren Kinder- und Jugendliche mit Migrationshintergrund.

Die an der Anfang 2007 durchgeführten Befragung teilnehmenden 15 Einrichtungen erreichen rund 1540 Kinder- und Jugendliche mit Migrationshintergrund. Hierzu kommen noch einmal rund 100 Jugendliche, die von Streetworkern begleitet und betreut werden. Rund 85 % davon sind 6 bis 18 Jahre alt. Die Gefälle zwischen den weiblichen und männlichen BesucherInnen ist bei der Zielgruppe deutlich größer (70 % Jungen, 30 % Mädchen).

Diese intensive Nutzung der KJFH` s durch die Kinder- und Jugendlichen mit Migrationshintergrund zeigt die hohe Akzeptanz dieser Einrichtungen bei dieser Zielgruppe. Die Situation in der Jugendverbandsarbeit stellt sich jedoch i. d. R ziemlich anders dar. Hier sind die Kinder- und Jugendlichen aus Zuwandererfamilien stark unterrepräsentiert.

Die ethnische bzw. kulturelle Herkunft der Kinder und Jugendlichen stellt sich wie folgt dar:

Türkisch ca. 37 %

Kurdisch ca. 16 %

Osteuropäische Staaten ca. 17 %

Arabische Länder ca. 12 %

Sonstige ca. 18 %

Die Kinder und Jugendlichen aus Zuwandererfamilien, die dem regelmäßigen Besucherkreis der Kinder- und Jugendfreizeithäuser angehören, besuchen folgende Schulformen:

Förderschulen 7 %

Hauptschule 27 %

Gesamtschule 17 % = 51 %

Grundschule 23 %

Realschule/ Gymnasium 9 %

Aufgrund der Ergebnisse ist davon auszugehen, dass die Kinder- und Jugendfreizeithäuser (KJFH`s) für Migrantenkinder und -jugendliche ein wichtiger Aufenthaltsort sind und in ihrem Alltag zentrale Bedeutung haben. Die ethnische bzw. kulturelle Herkunft der BesucherInnen in den KJFH / Streetwork spiegelt die gesamtstädtische Bevölkerungsstruktur der Migrationsbevölkerung wieder.

Auch die schulische Zugehörigkeit der Migrantenkinder und -jugendlichen aus den KJFH`s entspricht nahezu dem tatsächlichen Anteil in den Schulformen (bis auf die Förderschulen).

1.2. Besondere Problemlagen der Kinder und Jugendlichen aus Zuwandererfamilien

Die Fachkräfte der KJFH`s, die täglich mehrere Stunden mit Kindern und Jugendlichen aus Zuwandererfamilien zusammen verbringen, geben an, dass folgende Probleme für die Lebenssituation der Zielgruppe kennzeichnend sind⁶²:

geringe Motivation

finanzielle Probleme

geringe Unterstützung durch die Eltern

schwache schulische Leistungen

⁶² Es handelt sich um subjektive Eindrücke ohne Anspruch auf empirische Repräsentativität.

Aggressivität und Gewaltbereitschaft

Sie bestätigen auch, dass Migrantenkinder und -jugendliche geringe Chancen auf einen qualifizierten Schulabschluss haben. Die Chance, einen Ausbildungsplatz zu finden, wird deutlich geringer eingeschätzt als die Chancen zur Erlangung eines qualifizierten Schulabschlusses. Diese Einschätzungen entsprechen voll der realen Situation sowie den Zukunftsprognosen. Die o .g. wichtigsten Probleme bilden nahezu einen geschlossenen Kreis und bedingen sich gegenseitig.

Offensichtlich können die Kinder und Jugendlichen bei der Bewältigung dieser Probleme wenig Unterstützung von ihren Familien erwarten. Denn nach Erfahrungen und Einschätzungen der Fachkräfte sind für die Lebenssituation der Zuwandererfamilien folgende Merkmale kennzeichnend:

Die Eltern sind bzgl. Erziehung und schulischer Unterstützung überfordert.

Die meisten Eltern haben eine geringe Schulbildung und mangelnde Sprachkompetenz.

Häufig sind die Familien finanziell nicht gut ausgestattet.

Das Freizeitverhalten der Eltern ist durch unkontrollierten Medienkonsum gekennzeichnet.

Insbesondere bei islamischen Familien wird nach traditionellen Rollenbildern erzogen (Rollenbild Mann/Frau.)

Diese Lage begründet einerseits die besondere Bedeutung der Kinder- und Jugendhilfe für diese Zielgruppe („Migrantenkinder und -jugendliche suchen den Familienersatz im öffentlichen Raum“ / Gruppenaktivitäten, soziale Einrichtungen), andererseits aber auch die Notwendigkeit der nachhaltigen sozialpädagogischen Unterstützung der Eltern.

1.3. Problemlagen im Umgang miteinander

Kinder und Jugendliche aus Zuwandererfamilien, die sowohl im Alltagsleben als auch perspektivisch unterschiedliche Probleme haben, zeigen auch problematische

Verhaltensweisen im Umgang miteinander. Es geht dabei insbesondere um folgende Verhaltensweisen:

Geschlechtsspezifisches Diskriminierungsverhalten

Geringe Motivation

Wenig Respekt gegenüber anderen Besuchern

Höhere Aggressivität / Gewaltbereitschaft

Geschlechtsspezifisches Diskriminierungsverhalten Jugendlicher mit Migrationshintergrund wird oftmals in den Familien erfahren und in die Jugendfreizeithäuser getragen. Darüber hinaus tragen Rapper wie *Bushido* und *Sido* zur Verfestigung von Rollendiskriminierungen bei.

Jugendliche mit türkisch-arabischem Hintergrund rivalisieren häufig mit Jugendlichen aus dem osteuropäischen Kulturkreis. Jugendliche aus osteuropäischen Herkunftsländern stehen offener Kinder- und Jugendarbeit generell distanzierter gegenüber.

1.4. Besondere Lage der Mädchen aus Migrationsfamilien

Mädchen aus Zuwandererfamilien sind in den KJFH`s besonders unterrepräsentiert. Es bestehen hinsichtlich der Frei- und Selbstbestimmungsräume der Mädchen religions-, nationalitätenspezifisch nach wie vor große Unterschiede. Aus der Sicht der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Einrichtungen werden insbesondere die selbstbestimmten Handlungsspielräume der Mädchen aus islamischen Familien häufig sowohl von den Eltern, als auch von ihren gleichaltrigen männlichen Altersgenossen eingeschränkt. Andererseits suchen junge Frauen aus dem islamischen Kulturkreis verstärkt nach anderen als traditionellen islamischen Lebensperspektiven. Dies ist vor allem in Maßnahmen der Berufsqualifizierung zu beobachten.

Eine wissenschaftliche Untersuchung zur Integrationsbereitschaft von jungen Migrantinnen⁶³ zeigt aber auch, dass sie sich zu den Anpassungserwartungen der Aufnahmegesellschaft sehr differenziert verhalten. Während die Leistungen (Beherrschung der deutschen Sprache,

⁶³ Boos-Nünning, Ursula/Karakaşoğlu, Yasemin: Viele Welten leben. Zur Lebenssituation von Mädchen und jungen Frauen mit Migrationshintergrund. Münster. 2005.

Kontaktpflege zu den Deutschen u. a.), die die Grundlagen für die Handlungsfähigkeit im Alltag darstellen, als erforderlich angesehen werden, werden kulturbezogene Anpassungsleistungen (Heirat eines Deutschen, religiöse Anpassung u. a.) eher abgelehnt.

„Junge Frauen mit Migrationshintergrund wollen überwiegend auf Dauer in Deutschland leben und die deutsche Sprache beherrschen sowie in Schule und Beruf hier erfolgreich sein.“⁶⁴

1.5. Stärken und Kompetenzen von Kinder- und Jugendlichen aus Zuwandererfamilien

Kinder und Jugendliche aus Zuwandererfamilien dürfen nicht rein defizitär betrachtet werden. Sie weisen verschiedene Stärken und Kompetenzen auf, die in integrationspolitischen Debatten häufig untergehen oder nicht genügend beachtet werden. Die Fachkräfte in den KFJH¹ s beobachten insbesondere folgende Stärken:

Fähigkeit sich zu integrieren (Zweisprachigkeit; Fähigkeit zwei Welten zu verbinden)

stärkerer Gruppen- und Familienzusammenhalt

Verantwortungsbereitschaft für die Familie und Freunde

ausgeprägte sportliche Begabung

Diese und andere Ressourcen, „...die in Migrationserfahrungen liegen, werden zu wenig genutzt. Unzureichende deutsche Sprachkompetenz wird häufig als Mangel an Begabung ausgelegt. Die religiöse und kulturelle Herkunft der Jugendlichen stößt auf Desinteresse oder Ablehnung, Diskriminierung und Vorurteile erschweren ihren Alltag und führen zu Rückzug und Resignation.“⁶⁵

⁶⁴ Boos - Nünning, Ursula: Referat vom 16.03.07, Fachforum Kinder- und Jugendarbeit, Stadt Bochum

⁶⁵ a. a. O.

1.6. Resümee

Unsere Bestandsaufnahme macht deutlich, dass öffentliche und freie Kinder- und Jugendhilfe bei der Verbesserung der Lebenssituation und Sicherstellung der Chancengleichheit eine besondere Rolle und Funktion übernehmen kann und muss, und dabei an verschiedenen Anknüpfungspunkten ansetzen kann.

Es wird dabei vor allem darauf ankommen, dass die Einrichtungen und Dienste der Kinder- und Jugendhilfe, die interkulturelle Öffnung und Stärkung der interkulturellen Kompetenzen als wichtigste Aufgabe der Zukunftsfähigkeit begreifen und diese entsprechend umsetzen können.

2. Leitziele der Kinder- und Jugendarbeit

Basierend auf den Erkenntnissen der Ausgangslage und den übergeordneten Leitzielen - vorgetragen von Prof. Krummacher am 15.09.2006 - wurden Ziele für die Kinder- und Jugendarbeit in Bochum entwickelt, um die Integration von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund nachhaltig zu verbessern.

I. Um die Gleichberechtigung und soziale Chancengleichheit zu fördern sind folgende Ziele zu realisieren:

- Migrantenorganisationen sind in die Jugendhilfeplanung einzubinden
- Interkulturelles Lernen und interkultureller Austausch sind in den Angebotsstrukturen und Einrichtungen der Kinder- und Jugendarbeit zu fördern.
- Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund sind in die Maßnahmen der präventiven Kinder- und Jugendarbeit einzubinden.
- Die Situation von Mädchen und jungen Frauen mit Migrationsgeschichte muss stärker in das Blickfeld genommen werden
- Die Angebote der Kinder- und Jugendarbeit sind hinsichtlich ihrer geschlechtsspezifischen Eignung zu differenzieren, zu überprüfen und zu ergänzen

II. Die gesellschaftliche Teilhabe und politische Partizipation sollte durch folgende Zielvorgaben in der Kinder- und Jugendarbeit gefördert werden:

- Migrantenorganisationen und -selbstorganisationen, die Kinder- und Jugendarbeit betreiben, sind in den Jugendring zu integrieren.
- Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund sind in die bestehenden Jugendverbände zu integrieren.
- Die Selbstorganisationen von Jugendlichen mit Migrationshintergrund sind zu stärken.
- Die politische Vertretung von Migrantenorganisationen, die Kinder- und Jugendarbeit betreiben, ist ebenfalls zu stärken.

III. Die Integrationsbereitschaft von Zugewanderten und der Mehrheitsgesellschaft sollte durch die Verfolgung folgender Ziele forciert werden:

- Antidiskriminierungsarbeit und Konfliktmoderationen insbesondere in den Sozialräumen, in denen ein hoher Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund lebt, soll Bestandteil jedes Integrationsbemühens sein.
- Maßnahmen und Projekte die eine gegenseitige Akzeptanz zur Folge haben, sollen vorrangig gefördert und gewürdigt werden.

IV. Der gegenseitige Respekt vor der religiösen und kulturellen Andersartigkeit im Rahmen der Menschenrechte und des Grundgesetzes sollte durch folgende Ziele erreicht werden:

- Integrationshemmende religiöse und politische Einstellungen sind zu bekämpfen.
- Der interreligiöse und interkulturelle Dialog ist zu fördern, um eine gegenseitige Akzeptanz zu erreichen.

V. Um den interkulturellen Austausch, das Zusammenleben und die Konfliktaustragung mit friedlichen Mitteln zu fördern, sollten folgende Ziele in der Kinder- und Jugendarbeit erreicht werden:

- Partnerschaften mit Städten des Landes, aus denen die größte Gruppe von Migranten der Stadt kommt, sollten angestrebt werden.
- Internationale Jugendaustauschmaßnahmen sind mit den Herkunftsländern der Migrantenjugendlichen durchzuführen.
- Eine interkulturelle Woche, an denen die Jugendverbände, Migrantenorganisationen und die Einrichtungen der Kinder- und Jugendarbeit beteiligt werden, ist auf Dauer einzurichten.
- Bestehende Veranstaltungen (Kemnade International, BO - Total u. a.) sollten verstärkt Migrantenjugendliche in ihre Angebote mit einbeziehen.

Aus diesen Zielvorgaben sind Maßnahmen- und Handlungsempfehlungen entwickelt worden.

3. Maßnahmen- und Handlungsempfehlung

Die für die Integration von Kindern und Jugendlichen notwendigen zusätzlichen Maßnahmen sind nicht kostenneutral, sondern werden zusätzliche finanzielle und personelle Ressourcen erfordern. Zudem lassen sie sich nicht alleine auf die Kinder- und Jugendarbeit beschränken, sondern erfordern auch die Ausweitung und Einrichtung von Angeboten in anderen Bereichen der Jugendhilfe:

- Um die Migrantenorganisationen an der Jugendhilfeplanung zu beteiligen, sind deren Vertreter zu den Facharbeitskreisen einzuladen und an den Entscheidungsprozessen zu beteiligen
- Die Angebotsstrukturen der Kinder- und Jugendfreizeithäuser, der Jugendverbandsarbeit und der Jugendsozialarbeit müssen stärker auf die Kinder und Jugendlichen mit Migrationshintergrund ausgerichtet werden. Das gilt sowohl für die Freizeitangebote als auch für die außerschulischen Bildungsangebote und die in vielen Fällen notwendigen Einzelfallberatungen. Um dies stärker zu fördern, ist es notwendig, mehr

Fachpersonal mit Migrationshintergrund einzustellen und die bereits tätigen Mitarbeiter durch Fortbildungsmaßnahmen zu qualifizieren.

- Eine geschlechterdifferenzierte Arbeit mit Jungen und Mädchen muss in den Einrichtungen der Kinder- und Jugendarbeit beibehalten werden. Mädchen und jungen Frauen müssen Schutzräume als Zufluchtsorte und niederschwellige Angebote zur Verfügung gestellt werden. Insbesondere Mädchen und junge Frauen mit Migrationshintergrund sind stärker ganzheitlich zu unterstützen, damit sie eigene Lebenspläne entwickeln können, autonom werden und sich von diskriminierenden Rollenvorstellungen lösen können.

Ebenso haben die Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe Jungen und jungen Männern Alternativen zu ihren traditionellen Rollenbildern anzubieten, um Anerkennung und Selbstbestimmung zu fördern.

- Auseinandersetzungen zwischen unterschiedlichen Migrantengruppen sowie Mitgliedern der Mehrheitsgesellschaft soll durch Gewaltpräventions- und Konfliktlösungsprojekte vorgebeugt werden. Neben der Gewaltprävention ist an Orten der Kinder- und Jugendarbeit Suchtprävention in allen Bereichen notwendig. Es zeigt sich, dass die Art des Suchtmittels in Wechselwirkung zum kulturellen Hintergrund der Jugendlichen steht.

Die o. g. präventive Arbeit sollte in Form von Aufklärung, Beratung und Projektarbeit in den Einrichtungen durchgeführt werden.

- Um die Integration von Migrantenorganisationen und -selbstorganisationen in den Jugendring zu fördern, sollen die Organisationen angeschrieben und eingeladen werden.

- Der Jugendring sollte seine Mitgliedsorganisationen für die Einbeziehung von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund in die tägliche Jugendverbandsarbeit sensibilisieren.

- Im Rahmen der internationalen Begegnungen, Städtepartnerschaften und Freizeitmaßnahmen sollten die Herkunftsländer und Städte von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund stärker in das Blickfeld genommen werden. Insbesondere internationale Begegnungen und Freizeitmaßnahmen der Jugendverbände und der Einrichtungen der offenen Kinder- und Jugendarbeit sollten vermehrt in den Herkunftsländern der Migrantenbevölkerung stattfinden.

- Ferienfreizeiten mit Kindern und Jugendlichen aus unterschiedlichen Ethnien sind vorrangig zu fördern, um interkulturelles Zusammenleben erfahrbar zu machen.
- Um insbesondere die Lebenssituation von Kindern und Jugendlichen aus sozial benachteiligten Migrationsfamilien zu fördern sind u. a. folgende Maßnahmen notwendig:

Projekte im Übergang von Schule und Beruf

Projekte für schulschwache Kinder und Jugendliche sowie Schulverweigerer

Nachhilfe und Sprachförderung für Eltern und Kinder

Stärkung der Erziehungskompetenz der Eltern

Gezielte Elternarbeit (Muttersprachliche Angebote an die Eltern)

Für diese Angebote sollten Stadtteilzentren eingerichtet werden, in denen u. a. auch eine ortsnahe Antidiskriminierungsarbeit und Konfliktmoderation angesiedelt werden könnte. Hierzu würden sich die Gebäude der Kinder- und Jugendfreizeithäuser außerhalb der Öffnungszeiten anbieten.

4. Ausblick

Der vorliegende Arbeitsbericht soll Bestandteil einer Gesamtkonzeption zum Thema Migration werden und in den politischen Gremien beraten werden. Nach den politischen Beratungen und Entscheidungen soll der Arbeitsbericht in den Kinder- und Jugendförderplan der Jahre 2010 - 2015 eingearbeitet werden und damit Praxisrelevanz erlangen. Die detaillierte Konzeptumsetzung, Maßnahmen- und Ressourcenplanung sollte im Gesamtkontext der Erstellung des Jugendförderplans erfolgen. Die Erstellung des Jugendförderplans erfolgt durch eine Arbeitsgruppe im Rahmen der Jugendhilfeplanung. An dieser Arbeitsgruppe sind Vertreter von Migrantenorganisationen beteiligt.

Die Umsetzung des Jugendförderplans wird durch einen kontinuierlichen Wirksamkeitsdialog kontrolliert. Die Ergebnisse werden den politischen Fachausschüssen und Bezirksvertretungen zur Kenntnis gegeben.